

# M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 1-2/10 Jahrgang 59



**Nachrichtenmarkt  
Karten neu  
gemischt**

# inhalt

## titelthema nachrichtenmarkt

- 8 **Karten neu gemischt**  
Von Günter Herkel
- 11 **Abbau von Aktualität und Brisanz**  
Profilaufweichung beim Nachrichtensender N24 – Verkauf möglich

## aktuell

- 4 **Solidarität mit Mumia Abu Jamal**
- 4 **Tipps und Termine**
- 5 **Organisationswahlen**  
Konferenzen bis Herbst
- 5 **Kulturplakate im Stadtbild**

## kolumne / betriebsratswahlen

- 6 **Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich**  
Mit einer gewissen Portion Courage Betriebsräte wählen
- 7 **Betriebsratswahlen im Frühjahr 2010**

### M Archiv im Web

<http://mmm.verdi.de/archiv>

## journalismus

- 13 **Gegenentwurf**  
Linke Medienakademie – Zeichen setzen, klug Medien machen
- 14 **Mutig, multimedial, meinungsbildend?**  
Journalistische Online-Portale und Blogs mit hyperlokalen Inhalten
- 16 **Schlacht ums Wasser**  
Dokumentarfilmer massiv bei Recherchearbeiten behindert
- 17 **Weißer Flecken im Journalismus**  
Vernachlässigte Themen über Menschen ohne Lobby

## print

- 18 **Unterwegs bei Wind und Wetter**  
Wie Verlage eine „Optimierung der Zustellkosten“ vornehmen
- 20 **Jetzt geht es ans Umsetzen**  
Verbindliche Standards für Text-Honorare an Tageszeitungen
- 21 **Tarifstandards erhalten**
- 21 **Eine für Vier**  
Trotz Ausgliederungsverbot: MDS gründet Redaktionsgemeinschaft



**Mehr als 2.000 Fotografen protestierten am 23. Januar auf dem Londoner Trafalgar Square gegen das Terror-Gesetz. Es erlaubt der Polizei das Fotografieren auf öffentlichen Straßen und Plätzen ohne jeglichen Verdacht zu verbieten.**

- 22 **WAZ: 21 Redakteure zu viel**
- 22 **Tarifabschlüsse in Sachsen und Bayern**
- 22 **Neue Berufsgenossenschaft für Fotografen**
- 22 **Das neue Blättchen im Netz**
- 22 **Konzernbetriebsrat bei Bauer-Tochter**
- 23 **Video als Beweis für Kriegsverbrechen**  
Öffentliches Interesse contra sensationeller Berichterstattung
- 23 **Einigung mit Geräteindustrie über PC-Vergütung**

## recht

- 24 **Ungleiches Duell**  
WDR zwischen Rundfunk- und Informationsfreiheit

## rundfunk

- 25 **Hallo-Ü-Wagen**  
Zukunft einer traditionsreichen Radiosendung in Frage gestellt
- 25 **Trotz voller Auftragsbücher**  
Kündigungen beim Start der Bavaria-Tochter
- 26 **Mit Hartnäckigkeit ans Ziel**  
Nach wochenlangen Auseinandersetzungen Tarifabschluss beim RBB
- 27 **Hirn will Arbeit**  
Deutschlandradio Wissen – eine Art Labor mit Netzanschluss

### M-Abonnement

<http://mmm.verdi.de/abo>

## Mangelnde Staatsferne

**Von Karin Wenk |** Die Bundestagsfraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke wollen den ZDF-Staatsvertrag in einem Normenkontrollverfahren vom Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen. Ein entsprechender Entwurf, erarbeitet von Verfassungsrechtler Dieter Dörr (M 12 / 2009), wurde Anfang Januar in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Kern ist die mangelnde Staatsferne der Aufsichtsgremien des ZDF und die daraus resultierende Verletzung des Grundrechts der Pressefreiheit. Auslöser für die Initiative war die Abwahl des ZDF-Chefredakteurs unter maßgeblicher Einflussnahme der Politik im November vergangenen Jahres. Ausgehend davon, dass das Bundesverfassungsgericht in früheren Urteilen das Prinzip der Staatsferne gestärkt hat, sieht Dörr gute Erfolgchancen für eine solche Klage.

Von den 77 Mitgliedern des ZDF-Fernsehrats kommt der größte Teil aus dem Bund, den Ländern und Parteien. Außerdem berufen die Ministerpräsidenten der Länder Vertreter aus gesellschaftlichen Bereichen wie Wissenschaft, Kunst und Jugendarbeit. Und sie dürfen mitreden, bei der Entsendung der Kandidaten von Verbänden in den Fernsehrat. Damit entstammen mindestens 50 von 77 Mitgliedern des Gremiums der „staatlichen Sphäre“, heißt es im Entwurf der Antragschrift. Auch die

# kommentiert

Zusammensetzung des Verwaltungsrates, der Brender entließ, ist Dörr zufolge verfassungswidrig. In dem 14köpfigen Gremium sind fünf Vertreter aus den Ländern und einer aus dem Bund. Die restlichen acht Mitglieder werden vom Fernsehrat gewählt werden. Jedoch haben die sechs staatlichen Vertreter bei wichtigen Entscheidungen eine Sperrminorität. Das heißt, sie können auch Entscheidungen des Intendanten aushebeln. Auch ver.di unterstützt den Gang zum Bundesverfassungsgericht. Die geltenden Regelungen beim ZDF würden Vertretern der Exekutive einen ungerechtfertigten Einfluss in den Gremien ermöglichen. Sie müssten zugunsten der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zurückgedrängt werden, erklärte Vize-ver.di Frank Werneke, Mitglied im ZDF-Fernsehrat. Die Option des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des ZDF-Verwaltungsrates Kurt Beck, die ZDF-Gremien in Eigenregie umzustrukturieren, schätzt Werneke aufgrund der Mehrheitsverhältnisse der Ministerpräsidentenkonferenz als wenig „erfolgsversprechend“ ein. Er fordert die Abgeordneten auf, sich für die Klage auszusprechen. Ein Viertel der Bundestagsabgeordneten muss dahinter stehen. Grüne und Linke haben zusammen 144 Abgeordnete, zwölf weitere sind notwendig. Potenzial gibt es hier hoffentlich in der SPD!

## film

- 28 **Etwas von Viktualienmarkt**  
60 Jahre Berlinale – ein Gespräch mit Festivalchef Dieter Kosslick
- 29 **Tarifrunde für Filmtechniker ohne Annäherung**
- 29 **Drei Millionen für Kino-Digitalisierung**

## internationales

- 30 **Wieder auf Sendung**  
Internationale Hilfe für die Medien in Haiti
- 31 **Exodus aus dem Iran**  
Die größte „Journalistenwanderung“ der letzten Jahre
- 31 **Aktion für Hisham Bashraheel, Jemen**
- 32 **Fehlende Beweise**  
Prozess gegen baskische Journalisten vor dem Ende

## rubriken

- 4 **Briefe an M**
- 32 **Service**
- 36 **Impressum**
- 37 **Leute / Preise**

## Nachrichtenvielfalt im Abgang?

Der Wert von Nachrichten scheint unaufhaltsam weiter zu sinken. Ihre Produktion ist teuer. Beim Privatfunk gelten sie als „Programmblocker“ und als völlig ungeeignet, im Umfeld Werbung zu schalten – also bringen sie nichts ein. ProSieben Sat.1-Vorstandschef Thomas Ebeling hält sie „für das Image bei den Politikern vielleicht für wichtig“, bei den Zuschauern „nicht unbedingt“. So ist es nicht verwunderlich, wenn eine Agentur wie AP Deutschland, obwohl schwarze Zahlen schreibend, verschertelt wird, um die Verluste der amerikanischen Mutter zu verringern. Die Übernahmeagentur ddp drückt die Tarifverträge der eingekauften APler, bezahlt an seine Leute ohnehin schon immer weniger Geld, beginnt zu kündigen. Aus zwei mach eins – eine starke Agentur, die den Markt erobern will. Mit insgesamt weniger und schlechter bezahlten Journalisten? (Titelthema S. 8 – 10) Auch bei N24 stimmt die Rendite nicht. Am besten verkaufen. Was auch die Rettung des etablierten Nachrichtenkanals bedeuten könnte, käme er in die richtigen Hände!

Die alternativ angedrohte Neuausrichtung würde unausweichlich zu einer weiteren Verflachung des Informationsangebotes führen. Ginge sie doch einher mit Einschnitten beim Personal, daran besteht wenig Zweifel (S. 11 / 12). Weniger Anbieter, weniger Nachrichtenvielfalt! Weniger Redakteure, machen in kürzerer Zeit mehr – arbeiten crossmedial – wählen qualifiziert Infos aus, schreiben Nachrichten? Und das führt dann zu mehr oder zumindest zum Erhalt von Qualitätsjournalismus in Print, Online und im Rundfunk? Feierlich wird auf unzähligen Medienpodien die Qualitätsflagge geschwenkt. In der Medienrealität bestimmt der Rotstift die Anzahl der Arbeitsplätze in Redaktionen, Verlagen und Sendern, bricht das viel beschworene journalistische Gütesiegel. Nicht besser ergeht es den Zustellern, die bei jedem Wetter dafür sorgen, dass das gedruckte Medienprodukt ins Haus kommt. Dafür werden zum Beispiel in Aachen gerade die „Zustellkosten optimiert“. Was im Klartext heißt, die Löhne zu kürzen und die Arbeitsbedingungen zu ver-

schlechtern. Auch in Bremen und im bayerischen Rosenheim ist man in dieser Beziehung „auf gutem Wege“! (S. 18 / 19) Niedrige Einkommen und Arbeitstage ohne Ende kennen auch viele Selbstständige in der Medienbranche. Die dju in ver.di hat nahezu sieben Jahre für freie Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen mit den Verlegern um neue Vergütungsregelungen. Mit Erfolg! Erstmals, seit dem 1. Februar, gibt es nun verbindliche Standards für Text-Honorare. Es sind Mindeststandards, die für viele Freie eine enorme Steigerung ihrer Einkünfte, mitunter eine Verdopplung der bisherigen Zeilenhonorare, bedeuten. Auch wenn Kritiker die Nase rümpfen ob der Centbeträge, es ist ein Schritt auf dem Weg Honorardumping auszumerzen. Und es ist ein akzeptabler Kompromiss, der nun auch noch für die Fotografen gefunden werden muss. Jetzt gilt es, die Honorare in der Praxis durchzusetzen, Freie und Gewerkschaften gemeinsam (S. 20).  
*Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin*

# & aufgespießt

## Ab in die Hölle

**Von Tilmann P. Gangloff** | Es ist ein Zeichen von Weisheit, sich nicht über Dinge zu ärgern, die man ohnehin nicht ändern kann. Empörungen über Dieter Bohlen und seine Fehltritte bei „Deutschland sucht den Superstar“ zum Beispiel sind völlige Zeitverschwendung. Trotzdem muss die Frage erlaubt sein, ob RTL und die Produktionsfirma Grundy Light Entertainment nicht zu weit gegangen sind, als sie einen „DSDS“-Teilnehmer mit einem feuchten Fleck im Schritt vor die Kamera ließen. In der Nachbearbeitung wurde die Sache dann auch noch auf die Spitze getrieben; das Showbusiness ist schließlich kein Ponyhof. Prompt kritisierte die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) erst den Sender und dann die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen, weil sie die Sendung freigegeben hatte. Die FSF ist allerdings die falsche Adresse: Sie soll junge Zuschauer vor Sendungen schützen, die sich möglicherweise beeinträchtigend auswirken könnten. Der Schutz der Teilnehmer vor sich selbst gehört nicht zu ihren Aufgaben. Vielleicht haben Mitarbeiter der Produktionsfirma den Fleck ja sogar bemerkt, aber tunlichst vermieden, den 18-jährigen Azubi darauf hinzuweisen: weil er ein gefundenes Fressen war. Bohlen hat die Gelegenheit prompt weidlich ausgenutzt, selbst wenn der passende Spruch aus dem Abreißkalender für den Mobbing-

Nachwuchs („Lieber Cholera am Pillermann als dein Gesang“) wohl aus anderem Zusammenhang stammte. Später wurde dann noch ein strullendes Engelchen eingebaut und der betretene Abgang des Jungen mit einem passenden Schunkelied unterlegt. RTL, wen wundert's, ist sich keiner Schuld bewusst. Bei YouTube wurde der entsprechende Ausschnitt aus „Deutschland sucht den Superstar“ zwar gelöscht, bei RTL-Tochter Clipfish kann er womöglich immer noch aufgerufen werden. Da das Internet nichts vergisst, wird der junge Mann diesen Fleck nie wieder los. Wenn man das Ganze positiv betrachten will, könnte man sagen: Der männliche Teil der Zielgruppe hat gelernt, dass es nicht schaden kann, nach dem Toilettenbesuch einen prüfenden Blick auf die Hose zu werfen; erst recht vor einem wichtigen Termin. Und weil Bohlen den Auftritt „Scheiße“ fand und er für jedes „Scheiße“ einen Euro in ein Sparschwein werfen muss, hat das Ganze wenigstens für die Erdbebenopfer in Haiti sein Gutes. Über 5.000 Euro hat Bohlen schon abgedrückt, RTL hat die Summe auf 10.000 Euro aufgestockt. Früher nannte man so was Ablass: Großzügige Zahlungen sollten verhindern, dass man für seine Sünden in der Hölle schmorte. Wenn es einen Gott gibt, lässt er die Beteiligten hoffentlich nicht so leicht davonkommen.



**Wir freuen uns über Briefe. Manchmal müssen wir Leserbriefe kürzen und bitten dafür um Verständnis.**

ver.di Bundesverwaltung  
Karin Wenk, «M»-Redaktion, 10112 Berlin  
Telefon: (030) 69 56 23 26  
Fax: (030) 69 56 36 76  
E-Mail: [karin.wenk@verdi.de](mailto:karin.wenk@verdi.de)

## Kollege Bürgerjournalist

**Kommentiert & aufgespießt: „Schindluder“ in M 12/2009**

Ich stimme Karin Wenk in ihrer Einschätzung zu, dass die Blogger und Bürgerjournalisten zu einer Senkung der Lohnstandards der Journalisten beitragen. Umso notwendiger ist es, dass ver.di diese „Neuen“ als angehende Kolleginnen und Kollegen begrüßt, in dem sie ihnen vermittelt, dass sie für ihre Arbeit auch Lohn verlangen können und sollen. Dann fällt auch deren Lohndruckerfunktion fort. Nicht diese Bürgerjournalisten schaden dem Qualitätsjournalismus, sondern die zunehmende Auslagerung journalistischer Arbeit und die immer größere Arbeitsbelas-

tung in den Redaktionen. Dem gegenüber nehmen sich Blogger oder Bürgerjournalisten für ihre Themen oft viel Zeit, was die journalistische Qualität gerade nicht schmälert. Auch viele Kollegen in den Printmedien haben einmal in einem Teilgebiet, sei es Umweltschutz, Antifaschismus, Gewerkschaftsarbeit, ihre journalistische Ader entdeckt. *Peter Nowak, Berlin* ■

## Ungenauigkeiten

**20 Jahre danach: Sachsen/Sachsen-Anhalt in M 12/2009**

Auf „Fehler und Ungenauigkeiten“ im Beitrag über die Medien in Sachsen/Sachsen-Anhalt wurde in diesem Leserbrief hingewiesen. Ein Auszug: „So nennt der Autor drei Sendereihen des MDR, von denen es zwei gar nicht gibt. Die „Musikantenscheune“ war eine Unterhaltungssendung des ORB und wurde am 21. Juli 2003 eingestellt. Die letzte Meldung des MDR über SuperIllu TV stammt vom September 2005. Die Sendung wurde am 28.01.1998 das erste Mal ausgestrahlt. Sie ist eingestellt. Die beliebte regionale Unterhaltungssendung (nicht Show) des MDR

heißt „Wernesgrüner Musikantenschenke“ und wird auch 2010 wieder produziert. Dass das MDR-Boulevardmagazin „Brisant“, auch für die ARD und mit dessen gewollter Hilfe produziert, eine „eskapistische Tendenz mit Hang zum vermeintlich unpolitischen Unterhaltungsfernsehen“ haben soll, ist einfach nicht nachvollziehbar.“ *Klaus Winkler, Berlin* ■

## Falscher Titel

**Hartes Brot für die Demokratie in M 12/2009**

In Ausgabe 12/09 von „M“ schreiben gleich drei Autorinnen zum Titelthema auf fünf Seiten (ziemlich langweilig) über Qualität und journalistische Sorgfaltspflicht. Und dann wird in den Diskussionssplittern (S.10) Wolfgang Mayer als Redakteur der „Nürnberger Neuesten Nachrichten“ zitiert. Wolfgang Mayer dürfte bei der dju allgemein bekannt sein. Er ist seit vielen Jahren mein Kollege bei den *Nürnberger Nachrichten*, einer nicht ganz kleinen Tageszeitung. „Nürnberger Neueste Nachrichten“ gibt es nicht und hat es nicht gegeben. *Herbert Fuehr, Erlangen* ■

## ↳ Solidarität für Mumia Abu Jamal

Der schwarze Journalist Mumia Abu Jamal ist mehr denn je von der Vollstreckung der Todesstrafe bedroht. Der US-Supreme-Court hat in einer Entscheidung vom 19. Januar das Todesurteil nicht aufgehoben, jedoch die Hinrichtung auch noch nicht angeordnet. Nochmals soll das 3. Berufungsgericht seine Entscheidung prüfen. Ein Wiederaufnahmeverfahren ist jedoch nicht in Sicht. Gründe dafür gäbe es einige. So hatte Mumia Abu Jamal keinen fairen Prozess, der zuständige Richter galt als voreingenommen und die Jury war ausschließlich mit Weißen besetzt.

Der engagierte Radiojournalist der Black Community soll 1982 einen weißen Polizisten ermordet haben. Seitdem ist er in Haft, seit 1995 sitzt er in der Todeszelle im Hochsicherheitsgefängnis SCI-Greene in Pennsylvania. Eine weltweite Solidaritätsbewegung konnte bisher im Ringen um einen neuen Prozess die Hinrichtung aufhalten. Mit einer Online-Petition wendet sie sich nun gegen jede Todesstrafe an US-Präsident Obama. Über 20.000 Menschen auf der Welt erwarten ihre Hinrichtung, davon allein in den Todestrakten der Vereinigten Staaten über 3000. Per Mausclick ist Unterstützung möglich: [www.petitiononline.com/Mumialaw/petition.html](http://www.petitiononline.com/Mumialaw/petition.html)

# Tipps und Termine

**Workshop Reportage-Fotografie** | Erste Grundlagen und Fähigkeiten in der Reportagefotografie soll ein 7-tägiger Workshop an der Fachhochschule in Hannover vermitteln. In der einen Woche sollen die Teilnehmer auch eine eigene kleine Reportage fotografieren. Am Ende des Seminars werden die Arbeiten präsentiert. Grundkenntnisse der Fotografie und journalistische Kenntnisse sind mitzubringen. Für das Seminar vom 13. bis zum 19. Juli unter Leitung von Prof. Rolf Nobel kann man sich bis zum 30. April anmelden. Mehr dazu unter: <http://dju.verdi.de/fotografen>

**Internationaler Studentenausweis** | Die International Student Identity Card (ISCI) ist der weltweit akzeptierte Nachweis des Auszubildenden-, Schüler- und Studentenstatus. Mit dem ISCI können 40.000 Ermäßigungen und Rabatte in über 100 Ländern in Anspruch genommen werden. Der Ausweis ist ab Ausstellung für ein Jahr gültig und für ver.di-Mitglieder kostenlos. Anträge gibt es in den ver.di-Bezirken oder unter [www.mitgliedernetz.verdi.de](http://www.mitgliedernetz.verdi.de)

**Wettbewerb** | Der Schülerwettbewerb 2009/2010 der Nationalen Initiative

Printmedien – Zeitungen und Zeitschriften in der Demokratie stellt die Fragen: Was bewegt Euch, wenn ihr an die Fußball WM 2010 in Südafrika denkt? Verfolgt ihr die Berichterstattung in den Zeitungen und Zeitschriften? Wünscht Ihr euch vielleicht mehr Infos ...? Einsendeschluss der Arbeiten, Artikel, Recherchen zum Thema Fußball ... ist der 7. Mai. Mehr dazu unter: [www.nationale-initiative-printmedien.de](http://www.nationale-initiative-printmedien.de)  
Die Initiative des Medienstaatsministers Bernd Neumann wird auch von der dju in ver.di unterstützt.

**Freie Journalisten** | „journalismus konkret 12“ informiert freie Journalistinnen und Journalisten über die Gewerkschaft ver.di als ihre Interessenvertretung. Das geschieht vor allem in der dju in ver.di, denn zwei Drittel der dju-Mitglieder arbeiten freiberuflich bei Zeitungen, Zeitschriften, in Funk und Fernsehen. Für sie gibt es überall in Bezirken, Landesbezirken und auf der Bundesebene kompetente Ansprechpartner, heißt es in dem Informationsflyer. Er liegt in den Medienfachbereichen der Länder bereit. Ständig aktuelle Beratung für Freie bietet die dju unter [http://dju.verdi.de/freie\\_journalisten](http://dju.verdi.de/freie_journalisten)

# Organisationswahlen

## Bis zum Herbst müssen viele Konferenzen stattfinden

**Noch sind es rund 19 Monate bis zum nächsten ver.di-Bundeskongress im September 2011, doch die Vorbereitungen laufen bereits an. Termine für Fachgruppen-, Fachbereichs-, Bezirks- und Landesbezirkskonferenzen müssen gefunden, Delegierte und Vorstände neu gewählt werden.**

Auch für die Fachgruppe Medien beginnt der Count-Down – die Bundesfachgruppenkonferenz findet am 26. und 27. Februar 2011 in Berlin statt, die dju in ver.di beginnt mit ihrer Berufsgruppenkonferenz bereits einen Tag früher. Und auch hier gilt: Die demokratische Willensbildung über Anträge und Mandate beginnt bereits im 2. Quartal dieses Jahres. Dann nämlich müssen die Vorstände der Senderverbände in den Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in ihren Mitgliederversammlungen Rechenschaft ablegen, Anträge beraten und ihre Vorstände neu wählen.

Bis zum Herbst dieses Jahres müssen die Gliederungen der dju, die vier Filmverbände, ggf. die Kinosäule und die nicht

verbandsgebundenen Bereiche der Fachgruppe Medien ihre Konferenzen auf der Landesebene erledigt haben. Dort werden auch nach einem ausgetüftelten System unter der Maßgabe von Solidarität und Proporz die Delegierten für die Bundesfachgruppenkonferenz gewählt werden.

Die Mitglieder der Fachgruppe erfahren in aller Regel aus „M“, wann und wo ihre Versammlung vor Ort stattfindet, außerdem kann diese Information über das Internet ([www.verdi.de](http://www.verdi.de)) abgefragt werden. Dort finden Interessierte auch die Geschäftsordnung der Fachgruppe (<http://medien-kunst-industrie.verdi.de/medien>).

Die Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen in ver.di finden nach Satzung alle vier Jahre statt. Die ersten – meisten betrieblichen – Versammlungen sind bereits erledigt, die bezirklichen Gliederungen – auch die Bezirksfachbereiche oder -gruppen – müssen bis Juli getagt haben. Der Antragsschluss für den 3. ver.di-Bundeskongress in Leipzig ist am 20. Mai nächsten Jahres.

Inez Kühn ■

## Kulturplakate im Stadtbild

„Gute Plakate in der Stadt“ machen neugierig und sind ein Hingucker. Der Kulturplakat-Wettbewerb „guteplakate.de“ wird von Artefakt Kulturkonzepte in Kooperation mit der Ströer Gruppe, Deutschlands Marktführer für Außenwerbung, erstmals in 2010 initiiert und ausgeschrieben. Er verfolgt das Ziel, kreative und öffentlichkeitswirksame Plakate auszuzeichnen, die im Stadtraum für kulturelle Veranstaltungen aller Genres wie Film- und Literaturveranstaltungen werben. Das beste Kulturplakat wird im Internet unter [www.guteplakate.de](http://www.guteplakate.de) per Online-Voting ermittelt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Dem Gewinner winken Freiflächen für Kultur-Plakatierungen im nächsten Jahr, die der Außenwerber Ströer zur Verfügung stellt. Das Mediovolumen umfasst 10.000 Euro. Der Druck der Plakate wird durch die Berliner Firma PickMe übernommen. Ab sofort bis zum 1. November können laufend Plakatmotive hochgeladen werden, die im Zeitraum 1. Dezember 2009 bis 1. November 2010 für Kulturprojekte im öffentlichen Stadtraum erworben haben und werben. ■

# Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich

Mit einer gewissen Portion Courage Betriebsräte wählen

**Von Ulrich Janßen** | Seuchen sind in aller Munde dieser Tage. Sie sind hoch ansteckend, und wenn sie sich unbegrenzt ausbreiten, heißen sie Pandemien. Mit solchen Merkmalen kann es ein Wort weit bringen: Im Fall der Schweinegrippe nicht nur monatelang in die Schlagzeilen, sondern anschließend bis auf Rang drei der Gesellschaft für Deutsche Sprache bei deren Wahl zum „Wort des Jahres 2009“. Auch das „Unwort des Jahres 2009“ kommt nicht ohne Seuche aus: „Betriebsratsverseucht“. Einem Beitrag des Fernsehmagazins Monitor zufolge wurde es in einer Baumarktkette von einem Chef Kollegen zugeschrieben, die von einer Filiale mit Betriebsrat an einen Firmenstandort ohne Betriebsrat wechselten.

Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich, und der Zynismus, ohne den ein solches Unwort unerfindlich wäre, wird zu Recht aus fast allen Richtungen gegeißelt. Ein Teilaspekt der missratenen Wortwahl aber hat auch sein Gutes: Kompetente Betriebsratsarbeit wirkt nicht nur punktuell, sondern breit. Ihre Wirkung zieht Kreise in Gruppen, Abteilungen, Betrieben, Unternehmen, Konzernen. Der Versuch, Betriebsratswahlen und Betriebsratsarbeit als Seuche zu diffamieren, entlarvt auch die Angst des Unwortschöpfers vor der Kraft, mit der sich Betriebsratsarbeit ausbreiten und seine Macht beschränken kann. Insofern kommt das „Unwort des Jahres“ zur rechten Zeit ans Tageslicht. Denn in diesem Frühjahr werden in Deutschland turnusgemäß neue Betriebsräte gewählt – auch in der Medienbranche.

In Verlagen, privaten Rundfunksendern, filmtechnischen Betrieben und Kinos endet in Kürze die Amtszeit der meisten 2006 gewählten Gremien. Die Betriebsräte haben keine einfache Wahlperiode hinter sich. Rigidies Kostenmanagement auch in wirtschaftlich gesunden Unternehmen zwang die betrieblichen Arbeitnehmervertreter und die Gewerkschaften in schwierige Kämpfe. Tariffucht durch Leiharbeit oder Ausgliederung, Organisationsumbau und Personalabbau: Immer waren und sind auch die Betriebsräte gefordert. In solchen Zeiten sind Sozialpläne zum Ausgleich oder zur Milderung der Folgen von Managemententscheidungen nicht das einzige Bei-

## Links zum Thema

<http://br-wahl.verdi.de/>  
<http://www.verdi-bub.de/>

spiel, aber ein sehr anschauliches für die Notwendigkeit von Betriebsräten, denn: Kein Betriebsrat, kein Sozialplan.

Einen Zwang zur Einsetzung von Betriebsräten kennt das Gesetz nicht, die Belegschaft oder wenigstens ein paar Arbeitnehmer/innen des Betriebs müssen die Wahl schon selbst in die Hand nehmen. Wer das be- oder verhindert, macht sich strafbar. Die Rechtslage ist also komfortabel, komfortabler als manchmal die betriebliche Wirklichkeit, denn beileibe nicht alle Chefs handeln rechtskonform. Eine gewisse Portion Courage gehört neben der qualifizierten Beratung und Begleitung durch die Gewerkschaft also dazu. Ein prominentes Beispiel dafür aus der Verlagswelt lieferten jüngst Kolleginnen und Kollegen des Nachrichtenmagazins *Focus*, die angesichts erwarteter Umwälzungen im Unternehmen erstmals einen neunköpfigen Betriebsrat gewählt haben. Vielleicht noch mutiger setzten im vergangenen Jahr Zusteller eines privaten Postdienstes in Oldenburg erstmals einen Betriebsrat durch: Bei der Nordwest Post- und Presselogsistik (NWPP), einem abgespaltenen Betriebsteil einer Zustellgesellschaft, die zur Unternehmensgruppe der *Nordwest-Zeitung* gehört.

## ■ Nicht klein begeben

Nicht zu unterschätzen ist auch der rechtliche Rahmen, in dem gewählte Betriebsräte agieren (können). Forderungen nach Ausweitung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte sind berechtigt, zumal in der Medienbranche mit den Einschränkungen der Betriebsratsrechte durch den so genannten Tendenzschutz (§ 118 Betriebsverfassungsgesetz), der zum Beispiel in Verlagen den Anspruch auf einen Wirtschaftsausschuss beseitigt. Dennoch ist das vorhandene Regelwerk ein nützlicher Werkzeugkoffer, der keineswegs Foltergeräte für irgendeine Partei enthält, sondern Instrumente für einen

fairen Ausgleich der Interessen mit zivilisierten Methoden. Wenn dieser Ausgleich in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber nicht zustande kommt, braucht der Betriebsrat beileibe nicht klein beizugeben. Ein Arbeitgeber der dem BR die kalte Schulter zeigt, riskiert in vielen Fällen den Gang in die Einigungsstelle – ein Verfahren, das viele Arbeitgeber auch der Kosten wegen scheuen. Sie stehen dann vor der Wahl, doch noch einzulenken oder sich dem ungewissen Spruch der paritätisch besetzten Einigungsstelle mit einem neutralen Vorsitzenden zu unterwerfen und das Verfahren obendrein zu bezahlen. In einem solchen gesetzlichen Rahmen die Arbeitsbedingungen im Betrieb mit zu gestalten, ist eine reizvolle Aufgabe für Betriebsratsmitglieder, und viele von ihnen empfinden Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats auch als eine Art Entschädigung für Sorgen und Belastungen, die das Amt als Interessenvertreter im Betrieb ebenfalls zuweilen mit sich bringt.

Die im Betriebsverfassungsgesetz verankerte Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber (übrigens „im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen“, wie es in § 2 BetrVG heißt) wird von Arbeitgebervertretern gern missverstanden oder bewusst umgedeutet in eine einseitige Pflicht des Betriebsrats zum Entgegenkommen oder gar Verzicht. Sie bindet aber beide Seiten gleichermaßen und lässt keinen Raum für Seuchenvergleiche. Gleichwohl werden immer wieder Versuche ruchbar, Kollegen gegen die Verbreitung von Betriebsräten und ihrer Arbeit zu „impfen“.

Gerade neu gewählte Betriebsräte werden demnächst vor der Aufgabe stehen, sich in Betriebsratsschulungen mit den Werkzeugen des Betriebsverfassungsgesetzes und ihren Handlungsmöglichkeiten vertraut zu machen. Die ver.di-Tochter Bildung und Beratung (ver.di b + b) sowie die ver.di-Bildungswerke haben Seminarprogramme auch speziell für neu gewählte Betriebsratsmitglieder aufgelegt. Wissen stärkt auch das Immunsystem. ■

**Ulrich Janßen**



Ulrich Janßen ist Betriebsratsvorsitzender der Nordwest-Zeitung (Oldenburg) und Bundesvorsitzender der dju in ver.di.

Foto: Christian v. Polentz / transit

# Betriebsratswahlen im Frühjahr 2010

„Eine starke Stimme für alle“ heißt das Motto für die diesjährigen Betriebsratswahlen in den Medienbetrieben. In eine starke Interessenvertretung in Redaktionen, Verlagen, Kinos, privaten Rundfunksendern und filmtechnischen Firmen gehören ver.di-Kolleginnen und -Kollegen. ver.di hat dafür kompetente Kandidaten. Vier von ihnen, ihre Beweggründe sich für die Interessen aller Beschäftigten einzusetzen, stellen wir kurz vor.

## Erst Personalrätin – jetzt Betriebsrätin

Bei Radio Bremen gibt es, wie in allen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, schon immer eine sehr aktive Arbeitnehmervertretung aus Gewerkschaft, Personalrat, Schwerbehindertenvertretung und seit 1992 auch der Frauenbeauftragten. Diese starke Allianz hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Arbeitsbedingungen für unsere KollegInnen gut waren und immer noch sind.

Als Radio Bremen beschlossen hatte, mehrere Bereiche auszugliedern, haben wir Gewerkschaftsvertreter und -vertreterinnen erreicht, dass auch in den Töchtern, egal wie klein sie sind, Tarifverträge abgeschlossen und Betriebsräte gewählt werden. Durch die Ausgliederung der Produktion in die Tochterfirma Bremedia Produktion GmbH habe ich mein Mandat als Personalrätin verloren und bin zur Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden. Wir Betriebsräte der Tochterfirmen mussten uns mit einer anderen Gesetzesgrundlage auseinandersetzen, veränderte Rechte verhandeln und die Interessen der Beschäftigten unter schlechter werdenden Bedingungen vertreten. Das bedeutete viel Arbeit unter hohem Zeitdruck. Wir konnten aber erfolgreich verhindern, dass Arbeitnehmerinteressen in diesen Umstrukturierungsjahren vernachlässigt wurden.

Ich bin überzeugt: wir brauchen nach wie vor einen starken Betriebsrat und werde erneut kandidieren.

Monika Grüning ■

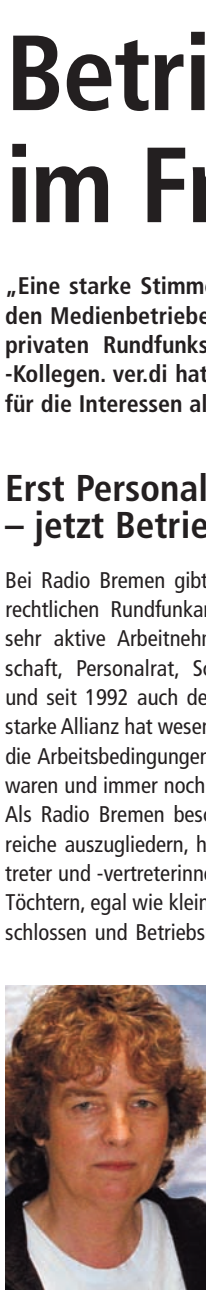


Foto: Christian v. Polentz/transit

## Moderatorin und Vermittlerin

Ich bin seit zwei Jahren Betriebsrätin beim Verlag Nürnberger Presse. Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, die Wünsche der Kunden haben für das Unternehmen und für seine Mitarbeiter oberste Priorität, um Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandorte zu sichern. Betriebsrat sein, das bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen, das Zusammenwirken und die

Einigung zwischen beiden Seiten zum Wohle der Mitarbeiter zu begleiten.

Schon während meiner Zeit als Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung habe ich gelernt, im Team zu arbeiten und vor allem den Kolleginnen und Kollegen zuzuhören, um herauszufinden, was sie auf dem Herzen haben.

Die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Charakteren von Menschen macht mir viel Spaß. Für mich persönlich ist es sehr wichtig meinen Kolleginnen und Kollegen bei Fragen fachlich weiterhelfen zu können. Durch die Betriebsratsseminare und auch durch meine private berufsbegleitende Weiterbildung zur Wirtschaftsfachwirtin konnte ich mir einiges an zusätzlichem Wissen aneignen. Mittlerweile brauche ich genau diese Fähigkeiten immer mehr. Als Projektmitarbeiterin für meinen ursprünglichen Arbeitsbereich Vertrieb darf ich jetzt aktiv die Zukunft mitgestalten bei der Einführung unseres neuen SAP-Verlagssystems.

Veränderungen bringen viele neue Chancen mit sich, rufen aber auch bei vielen Mitarbeitern Ängste hervor. Dadurch bin ich als Betriebsrätin oft in der Rolle als Vermittler und Moderator gefragt.

Carina Hofweber ■



Foto: privat

## Gleichgewicht gegenüber Arbeitnehmern einfordern

Ein Betriebsrat ist wichtig, für ein „natürliches“ Gleichgewicht zwischen Arbeitgebern & Arbeitnehmern. Ohne Betriebsrat besteht die Gefahr, dass der Arbeitgeber seine Ziele ohne Beachtung seiner sozialen Verantwortung durchdrückt. Ein guter Betriebsrat erinnert den Arbeitgeber daran! Ich bin im Betriebsrat, da ich gern Interessen von „Schwächeren“ vertrete: Schon in der Schule war



Foto: privat

ich Klassensprecher, in der gymnasialen Oberstufe durchgehend Schulsprecher, beim Bund Vertrauensperson.

Im Cinemaxx Bremen besteht unsere Aufgabe darin, die Rechte unserer Kolleginnen & Kollegen auf der Grundlage des Arbeitsrechtes und diverser Betriebsvereinbarungen im Auge zu haben und bei Problemen durchzusetzen. Aktuell gibt es bei uns im Betrieb unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Informationsrechtes des Betriebsrates nach dem Betriebsverfassungsgesetz, zum Beispiel wenn es um Abmahnungen geht.

Thomas Adick ■

## Engagement für die Kollegen

Ich bin gelernte Schriftsetzerin und arbeite heute in der Anzeigenabteilung der Dresdner Druck- + Verlagshaus GmbH & Co. KG (u. a. Sächsische Zeitung, Morgenpost Sachsen). Seit 1992 bin ich im Betriebsrat, seit 1995 freigestellte Betriebsrätin und stellvertretende BR-Vorsitzende.

Die Entscheidung, im Betriebsrat mitzuarbeiten, habe ich 1992 auch getroffen, weil ich diesen Weg als meinen begriff, um mit den gesellschaftlichen Umwälzungen dieser Zeit umgehen zu können. Damals war es wichtig, erstmals Regeln wie Tarifverträge, Sozialplan und Betriebsvereinbarungen aufzustellen – ein ungeheuer großer Lernprozess für uns alle.

Heute sieht die Situation so aus: Im Gegensatz zu den Jahren bis 1999 – wir haben knapp 800 Mitarbeiter des Dresdner Druck- + Verlagshauses vertreten – existieren nun nach den vorgenommenen Ausgliederungen zahlreiche Tochterfirmen. Wir konnten dies nicht verhindern, jedoch erstreikte

sich die Belegschaft mit Hilfe der Gewerkschaften Tarifverträge für die ersten neu gegründeten Regionalverlage. Anschließend war unsere Aufgabe, in diesen Unternehmen Betriebsratswahlen einzuleiten. Inzwischen gibt es acht Betriebsratsgremien mit insgesamt ca. 40 Mitgliedern, deren Arbeit wir im DD+V-Gruppenbetriebsrat koordinieren.

Aber auch unter den schwierigeren Bedingungen können und müssen wir Betriebsräte Grenzen setzen. Mir geht es ums Aufpassen, Aufmerksamkeit Erwecken und Einschreiten an den Stellen, wo die geforderte Leistung von Mitarbeitern nur noch am Rande der Erträglichkeit geleistet werden kann; um Hilfestellung und Engagement bei den verschiedensten sozialen und arbeitsrechtlichen Themen, die meine Kollegen an mich herantragen, und darum, die Probleme unserer DD+V-Gruppe durch die Mitarbeit im Konzernbetriebsrat von Gruner + Jahr weiter „nach oben“ zu tragen. Wir verhandeln neben vielen anderen Themen gerade eine Konzernbetriebsvereinbarung zum Einsatz und zur Bezahlung von Praktikanten.

Elke Schanz ■



Foto: privat



# Karten neu gemischt

**Mit der Übernahme der deutschen AP durch den Deutschen Depeschen-Dienst (ddp) und dem bevorstehenden Umzug der Deutschen Presse-Agentur (dpa) nach Berlin werden die Karten auf dem Markt der Nachrichtenagenturen neu gemischt. Zu befürchten ist ein Konzentrationsprozess, bei dem Jobs und Vielfalt verloren gehen.**

Von Günter Herkel

Lange wurde dementiert, aber Anfang Dezember letzten Jahres ließen die Beteiligten die Katze aus dem Sack: Der Deutsche Depeschendienst (ddp) übernimmt die deutsche Tochter der US-amerikanischen Agentur Associated Press (AP). ddp beschäftigt mehr als 140 Text- und Bildjournalisten und erzielte 2009 einen Umsatz von voraussichtlich 13,5 Millionen Euro. Die deutsche AP erwirtschaftete mit über 110 festangestellten und freien Mitarbeitern einen etwa gleich hohen Betrag. Mit der Fusion beider Dienste dürfte sich der Wettbewerb auf dem ohnehin hart umkämpften deutschen Agenturmarkt weiter verschärfen.

Die Beschäftigten der deutschen AP erfuhren vom Anschluss ihres Dienstes an den ddp aus den Medien. Etwa 15 der

bisherigen 110 Mitarbeiter, so die ursprüngliche Ansage, werden voraussichtlich nicht übernommen. Dies solle aber sozialverträglich geregelt werden. Die dju in ver.di forderte vorsorglich den Erhalt der im Vergleich zum ddp wesentlich besseren Tarifbedingungen bei AP. „Der Erhalt der Tarifstruktur bei AP ist nur der erste Schritt“, sagte der bei ver.di für Nachrichtenagenturen zuständige hessische Landesfachbereichsleiter Manfred Moos. In einem zweiten Schritte müssten die Tarife beider Agenturen auf das Niveau von AP angeglichen werden. Es könne nicht angehen, dass „auf Dauer die Mitarbeiter des ddp zu sehr viel schlechteren Konditionen arbeiten müssen als ihre neuen Kollegen bei AP Deutschland“. Dass die Versprechungen der neuen Eigentümer nicht viel wert sind, bekamen die AP-Kollegen schnell zu spüren. Entgegen der ursprünglich gegebenen Beschäftigungsgarantie erhielten acht Beschäftigte der AP-Fotoredaktion zur Jahreswende die Kündigung zugestellt. Eine ähnlich „schöne Bescherung“, hatte die neue AP, die mittlerweile unter dem Agenturkürzel „DAPD“ (Deutscher Auslands-Depeschendienst) operiert, zehn Fotografen-Pauschalisten bereitet – sensiblerweise am Heiligen Abend. Beide Entlassungswellen laufen faktisch auf die Zerschlagung der Bildredaktion hinaus. Es dränge sich der Eindruck auf, so ver.di-Mann Moos, ddp sei „vor allem am Kundenstamm und am Renommee von AP interessiert“. Zu spüren bekamen das auch die 16 Schweizer AP-Mitarbeiter. Sie wurden Ende Januar –

entgegen früheren Äußerungen der neuen Besitzer – rüde an die Luft gesetzt. Die schweizerische Depeschendienst AG (SDA) übernimmt seit 1. Februar von der ddp deren deutsche Dienste und den aus dem englischsprachigen Dienst von AP International produzierten Auslands-Depeschendienst der DAPD für die Schweiz. Das ehemalige AP-Büro in Bern soll in ein Korrespondentenbüro umgewandelt werden.

Eine kleine Revolution auf dem deutschen Agenturmarkt bedeutet die Fusion schon. „Die ddp als zweitgrößter inländischer Dienst hat sich mit dem größten ausländischen Dienst, der AP, zusammengesgeschlossen“, gab sich Peter Löw, Vorstandschef der ddp Media Holding AG, selbstbewusst, „wir sind nun als ddp-AP die zweitgrößte Presseagentur in Deutschland“.

Zwar verfügte ddp bislang als einzige Agentur neben dpa über ein bundesweites Netz von Landesbüros. Als Schwachpunkt galt aber der fehlende Auslandsdienst. Nach dem Deal mit AP schwingt sich ddp jetzt zum „Vollanbieter“ auf, wie Löws gleichberechtigter Vorstandskollege Martin Vorderwülbecke stolz verkündete. Man habe eine gegenseitige Lizenzvereinbarung geschlossen. Die AP werde somit in den nächsten 15 Jahren auf den gesamten Content – sowohl Bild als auch Ton – der ddp/AP-Gruppe zugreifen können und umgekehrt.

## ■ Martialische Kampfansage

Nicht eingeschlossen in diesen Deal sind Bewegtbilder, ein Markt, der für die Kunden von Nachrichtenagenturen zunehmend wichtiger wird. Aber auch hier will der ddp in Kürze nachrüsten. Selbst wenn beide Partner in einer Übergangsphase noch parallel in den bisherigen Strukturen weiter laufen sollen, entsteht mittelfristig eine Agentur mit mehr als



**Das Archivbild zeigt das Frankfurter AP-Büro 1957, im Vordergrund die Inlandsredaktion, dahinter die Auslandsredaktion und der Fernschreibraum. AP wurde bereits 1846 in New York gegründet. Einen deutschen Dienst der AP gibt es seit 1945.**







Foto: Arno Burgi

**dpa Berlin, 2008, Redaktionsräume noch in der Reinhardtstraße 23**

200 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von rund 30 Millionen Euro. Zum Vergleich: Marktführer dpa zählt etwa 800 Beschäftigte und setzte im vergangenen Jahr 94 Millionen Euro um. dpa musste zur letzten Jahreswende einen schweren Schlag hinnehmen, als mehrere große Regionalzeitungen der Essener WAZ-Gruppe ihr Basisdienst-Abo nicht verlängerten. Jetzt bläst ddp-Mann Löw zur Attacke.

„Wir haben einen angeschlagenen Monopolisten, und wir versuchen nun so'n bisschen wie Francis Drake gegen die Armada durch Mobilität, durch Innovation, durch gute qualitativvolle Arbeit Marktanteile zu erobern“, so seine martialische Kampfansage. Durch die Übernahme der deutschen AP holt ddp jetzt weiter auf.

Bei der dpa geht nun die Furcht um, andere Blätter könnten dem Beispiel der WAZ-Gruppe folgen und sich von dpa abwenden. Ihr Basisdienst sei zu teuer, ihre News-Pakete oft nicht flexibel genug an die Bedürfnisse der Kunden angepasst,

**ddp in neuen Räumen in der Berliner Rheinhardtstraße 52, nach dem Umzug im Oktober 2009**



Foto: Michael Kappeler / ddp

sagen dpa-Kritiker. Die Verteidiger warnen dagegen davor, das genossenschaftliche dpa-Modell aufs Spiel zu setzen. Schließlich befindet sich die Agentur faktisch im Besitz der wichtigsten Medienbetriebe des Landes. Eine Schwächung der dpa würde somit die deutsche Medienkultur beschädigen. ddp-Chef Löw zeigt sich unbeeindruckt, räumt aber Kontakte zu diversen Blättern ein, die angeblich einen Absprung bei der dpa erwägen, einstweilen aber noch davor zurückschrecken. „Sie haben Bedenken, in diesem Fall in eine Gruppenhaft genommen zu werden, weil es würde dann heißen, sie wären der Sargnagel an dem Solidaritätsmodell dpa“.

**■ Konzentration auf den US-Markt**

Beim Marktführer kam die Kampfansage des aufmüpfigen Wettbewerbs naturgemäß nicht gut an. Gegen den Vorwurf der ddp-Eigner, die Kundenverträge der dpa enthielten „sittenwidrige Vertragslaufzeiten mit rechtswidrigen Verlängerungslaufzeiten“ leitete die dpa-Geschäftsführung mittlerweile rechtliche Schritte ein. Der Vorgang belegt, mit welch harten Manschetten auf dem Agenturmarkt in Krisenzeiten um Marktanteile gerungen wird.

Der ddp-Deal mit der deutschen AP hat eine spezielle medienhistorische Note. Denn ddp entstand 1971 aus der deutschen Tochter von UPI, einer früheren AP-Konkurrentin. Später gehörte ddp unter anderem zum Imperium des späteren Pleitiers Leo Kirch. In dieser Phase schlukkte man 1992 ADN, die ehemalige staatliche Nachrichtenagentur der DDR. Seit 2004 im Besitz der Beteiligungsgesellschaft Arques, übernahmen Anfang 2009 die beiden früheren Arques-Vorstandsmitglieder Löw und Vorderwülbecke die Agentur. Die Restbestände der einstmaligen stolzen UPI gingen übrigens im Jahr 2000 in den Besitz der berüchtigten Moon-Sekte über.

Nicht wenige Bedenkenträger fürchten, die neuen Besitzer von ddp/AP

könnten nach Heuschreckenart die neue Großagentur bei ausreichender Profitabilität bald wieder abstoßen. Schließlich stammen Löw und Vorderwülbecke aus Finanzinvestorenkreisen. Solchen Skeptikern treten beide entschieden entgegen. Man betrachte die ddp/AP-Gruppe nicht so sehr als eine „wirtschaftliche Einheit mit dem Zweck, hohe Gewinne zu erzielen“. Man wolle die notwendigen Erträge vielmehr wieder „in die Unternehmen reinvestieren“. Die ersten Maßnahmen sprechen eine andere Sprache.

Wieso kam es überhaupt zur Übernahme der deutschen AP durch ddp? Der Deal ist vor allem vor dem Hintergrund der gravierenden US-Zeitungskrise zu greifen. AP gehört den US-Zeitungsverlegern, ähnelt also in seiner Eigentümerstruktur der dpa. Anders als bei der dpa sind die US-Eigentümer – genannt „Members“ verpflichtet, die AP-Nachrichtenproduktion abzunehmen und zu bezahlen. Wenn sie die Nachrichten nicht mehr nutzen wollen, müssen sie auch ihre Mitgliedschaft bei AP aufgeben. AP bedient mit 3.000 Journalisten allein in den USA 1.700 Zeitungen und an die 5.000 TV und Radiosender. AP bekommt derzeit die Auswirkungen von Finanzkrise und Rezession besonders stark zu spüren. Im Gefolge der US-Zeitungskrise haben einige große US-Regionalblätter im vergangenen Jahr ihre Verträge mit AP gekündigt. Für 2009 war der Abbau von etwa zehn Prozent der weltweit 4.100 AP-Stellen vorgesehen. Mit zeitgleich beschlossenen Preissenkungen von rund 20 Prozent soll ein weiterer Kundenverlust gestoppt werden. Der Verkauf der deutschen AP ist somit auch als Schritt zur stärkeren Konzentration auf das Kerngeschäft der Mutter, den US-Markt, zu interpretieren. Und das, obgleich die deutsche Tochter bis zuletzt schwarze Zahlen produzierte und Gewinne in die USA abführte.

Dritter Wettbewerber ist die französische Agence France Presse (AFP), die auf dem deutschen Agenturmarkt eine gewisse Ausnahmestellung einnimmt. Wie AP und Reuters verfügt sie über ein weltweites Korrespondentennetz, laut eigener Homepage 2.000 Mitarbeiter in 165 Ländern. Umstritten ist AFP wegen ihrer Gesellschaftskonstruktion, die entfernt an den öffentlich-rechtlichen Status deutscher Rundfunkanstalten erinnert. Der Vorstand besteht aus zehn Medienvertretern, drei Vertretern der französischen Regierung und drei Belegschaftsvertretern. Wettbewerber monieren regelmäßig diese starke Abhängigkeit vom Staat. Bis zu 40 Prozent der AFP-Einnahmen stammten bislang aus Abos staatlicher Einrichtungen, im Jahr 2009 immerhin 110 Millionen Euro vom 270-Millionen-Gesamtbudget.

Da dennoch kein ausreichendes Kapital für eine weltweite multimediale Ausrichtung vorhanden ist, soll AFP in Kürze ganz vom Staat übernommen werden. Bis zum Frühjahr 2010 ist die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft geplant, deren Anteile zu fast 100 Prozent von der staatlichen Beteiligungsgesellschaft APE gehalten werden. Über APE übt der französische Staat bereits Einfluss auf Konzerne wie Air France, Renault oder EADS aus. Allenfalls ein kleiner Teil könnte an eine Mitarbeitergesellschaft gehen. Für Kritiker ein Feigenblatt, mit der die absolute Staatskontrolle über die Agentur bemäntelt werden soll. Der Konkurrenz ist AFP aufgrund ihrer spezifischen Verfasstheit seit langem ein Dorn im Auge. Denn



Foto: Maurizio Gambarini

## Vom Mittelweg in Hamburg zum Springer-Hochhaus nach Berlin

„dass finanziell von Regierungen abhängige Agenturen den Privatagenturen mitunter auch außerhalb des eigenen Landes Konkurrenz machen, ist ein klarer Wettbewerbsnachteil von unabhängigen Agenturen“, schrieb etwa dpa-Co-Geschäftsführer Michael Segbers in seiner vor drei Jahren publizierten Branchenstudie „Die Ware Nachricht“.

Dass es vor dem Hintergrund der Zeitungskrise gelegentlich auch aus der Politik Vorstöße zur Reform des deutschen Agenturwesens gibt, verwundert kaum. Angesichts der anhaltenden Diskussion um spektakuläre Kundenverluste bei dpa sorgte ein Debattenbeitrag von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier kurz vor der letzten Bundestagswahl für Aufregung. Sein Vorschlag, bei einer verschärfen Abwanderung von Gesellschaftern dpa in eine Stiftung zu verwandeln, stieß indes weder bei den Betroffenen noch den Wettbewerbern auf Beifall. Mit dem Hinweis, die dpa sei „ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen“, erstickte dpa-Geschäftsführer Malte von Trotha eine potentielle Reformdebatte im Keim.

Der Wettbewerb werde „nicht über den Journalismus ausgetragen, sondern über die Preise“, erkannte schon vor Jahren der kürzlich in den Ruhestand

getretene ehemalige dpa-Chefredakteur Wilm Herlyn. Folglich senkte die Agentur die Preise und modifizierte ihr Leistungsangebot. Die Landesdienste wurden in den Basisdienst integriert, später ein Modulsystem eingeführt. Seit Mitte 2007 können Kunden aus fünf Modulen – Standardberichte, Wissen/Hintergründe, Zusammenfassungen, Autoren sowie Service / Termine – ihr eigenes Portfolio zusammenstellen. Zusätzlich versucht die Agentur mit Spezialdiensten wie den vor drei Jahren gegründeten „dpa Nachrichten für Kinder“ neue Abonnenten zu erschließen. Ein gleichfalls neu entwickelter deutsch-türkischer Dienst wurde kürzlich nach wenigen Monaten Pilotphase eingestellt.

Mit der Zentralisierung der bislang auf Hamburg, Frankfurt/M. und Berlin verteilten Redaktionen in der deutschen Hauptstadt will dpa künftig den medialen Anforderungen der Branche besser gerecht werden. Der Beschluss, die Zentralredaktion ausgerechnet in Räumlichkeiten des Axel Springer Verlages im alten Berliner Zeitungsviertel anzusiedeln, provozierte allerdings eine unerwartete Kundenreaktion. Mit dem Hinweis, das Mietverhältnis mit Springer beeinträchtige die Unabhängigkeit von dpa, kündigte der *Berliner Tagesspiegel* zum Juli 2010 den Nachrichtenbezugsvertrag mit der Agentur. Branchenkenner argwöhnen, es handle sich um eine vorgeschobene Begründung für ein längst geplantes Sparvorhaben.

Natürlich geht der Umzug dieser Größenordnung nicht ohne Reibungsverluste ab. Von den 170 betroffenen Hamburger Kollegen will „deutlich mehr als ein Drittel“ nicht an die Spree mitkommen, schätzt dpa-Betriebsratsvorsitzender Reino Gevers. Die meisten „klassischen Textredakteure“ sind zwar umzugswillig. Resistent seien dagegen vor allem viele Mitarbeiter verschiedener dpa-Töchter, etwa der Themendienste und der Infografik. „In diesen Bereichen gibt es überwiegend Teilzeitbeschäftigte mit Kindern und Ehepartnern, die mit ihren Jobs in Hamburg verwurzelt sind“, sagt Gevers. Ein Ortswechsel stelle derzeit außerdem ein unkalkulierbares Risiko dar. Schließlich wisse niemand, „was innerhalb des nächsten halben Jahres in der Medienbranche passiert“.

## ■ Hilfe durch Transfergesellschaft

dpa-Kollegen in rentenahen Jahrgängen dürften sich per Abfindungsvertrag aus dem Dienst verabschieden. Im rechtzeitig abgeschlossenen Sozialplan sei „das Bestmögliche“ für die Betroffenen herausgeholt worden, sagt Gevers. Für die meisten anderen wird eine Transfergesellschaft gegründet, in der sie über einen Zeitraum

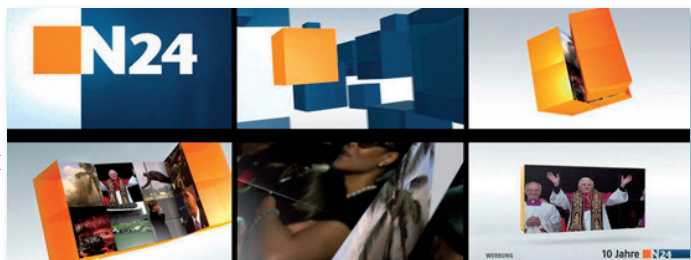
von zehn Monaten mittels Beratung und Coaching auf ein Berufsleben jenseits von dpa vorbereitet werden sollen. Die in der Regel gut qualifizierten internetaffinen Grafiker und sonstigen Online-Experten hätten wohl kaum Schwierigkeiten, in andere Medienunternehmen zu wechseln, prognostiziert Gevers. Auch aus der Frankfurter Bildredaktion wollen längst nicht alle in die künftige Hauptstadtzentrale.

Organisiert wird der logistisch anspruchsvolle Umzug vom seit Jahresbeginn amtierenden neuen dpa-Chefredakteur Wolfgang Büchner. Nach den bisher bekannten Plänen rechnete der frühere Spiegel-Online-Chef ursprünglich mit etwa 30 umzugsunwilligen Beschäftigten beider Standorte. Da diese Zahl nun offenbar mindestens doppelt so hoch ausfällt, wird es ohne Neueinstellungen nicht abgehen. Einige bereits erfolgte Personalrotationen im mittleren Führungsbereich ließen die Branche aufhorchen. So heuert als Chefkorrespondent der künftigen dpa-„Netzwelt“-Redaktion der bisherige Auslandschef und stellvertretende DAPD-Chefredakteur Peter Zschunke an. Mit dem neuen Ressort „Netzwelt“ bietet Büchner dem Wettbewerber DAPD Paroli, der bislang beim Themenkomplex Online mit seinem Spezialdienst „Computer & Cyberspace“ die Nase vorn hatte. Froben Homburger soll die künftige Top-Themen-Redaktion der dpa leiten. Er führte bislang die Inlandsredaktion der deutschen von AP und hatte dort auch das Amt des stellvertretenden Chefredakteurs inne.

Ebenfalls vom DAPD wechselt demnächst Antje Homburger in die dpa-Wirtschaftsredaktion. Abgänge, die die alte AP schmerzen und im Hause nach Berichten von Insidern für „erhebliche Verunsicherung“ sorgen. Wer die Chance auf einen Wechsel bekomme, werde sie nutzen, heißt es unter Hinweis auf die weitgehend tariflosen Zustände bei ddp. Sprüche wie „Tod auf Raten“ (gemeint ist die alte AP) oder „Das Imperium schlägt zurück“ machen die Runde. Im Gegenzug wird Cord Dreyer, der ehemalige Geschäftsführer und Chefredakteur der Wirtschafts-Nachrichtenagentur dpa-AFX, jetzt in Personalunion neuer Chefredakteur und Geschäftsführer von DAPD und ddp.

Dass der Weggang einzelner DAPD-Spitzenkräfte zum Marktführer vereinzelt hämische Kommentare auslöste, findet Betriebsratschef Gevers unangebracht. Zwar hält auch er die ddp-Attacken auf dpa für teilweise „unter der Gürtellinie“. Es bringe aber wenig, beide Agenturen gegeneinander auszuspielen, meint er: „Falls eine irgendwann auf der Strecke bleibt, würde das sehr viele qualifizierte Arbeitsplätze kosten.“ ■





# Abbau von Aktualität und Brisanz

## Profilaufweichung beim Nachrichtensender N24 – Verkauf möglich

**Verkauf oder Neuausrichtung – diese beiden Optionen hatte die ProSiebenSat.1-Führung zum Jahresende 2009 dem Nachrichten- und Doku-Kanal N24 in Aussicht gestellt. Jetzt läuft es offenbar auf ein Management Buy-out unter Beteiligung von Ex-Spiegel-Chef Stefan Aust hinaus. Mit dem Niedergang der Infosparte im Privatfernsehen gerät das duale System in Schiefelage.**

„Nachrichten sind vielleicht für das Image bei den Politikern wichtig, aber nicht unbedingt bei allen Zuschauern.“ Mit dieser steilen These sorgte ProSiebenSat.1 Vorstandschef Thomas Ebeling bei Medienpolitikern und Medienkontrolleuren im November 2009 für einige Irritation. Besonders schlecht kam die Provokation bei den 320 N-24-Beschäftigten an, die seither um ihre Arbeitsplätze fürchten. In einer ersten Reaktion zeigte sich Ex-Betriebsratsvorsitzender Uwe Theuerkauff „erschrocken und entsetzt“ über die vagen Sanierungspläne Ebelings, „die doch in den kommenden Wochen und Monaten ganz brutale Einschnitte verheißen“. (M 12/09) Es hänge ein Damoklesschwert über der nagelneuen Sendezentrale am Potsdamer Platz. „Niemand weiß, was genau passieren wird, wer in Zukunft noch einen Arbeitsplatz haben wird und wer nicht“.

Für Unmut sorgte auch die offenkundige Geringschätzung des Nachrichtengeschäfts durch Ebeling. Das verletze den Berufsstolz der Redaktion, die bereits vor einigen Jahren den RTL-Konkurrenten n-tv als Marktführer abgelöst hat. N24 erzielt immerhin einen Marktanteil von einem Prozent, ein in der News-Sparte durchaus respektable Wert. Auch das Argument der Geschäftsleitung, die Nachrichtenproduktion sei zu teuer, kann der Betriebsrat nicht nachvollziehen. Man produziere erfolgreich preiswerte Qualitätsnachrichten. „Auf der einen Seite wird den Kollegen gesagt, ihr macht einen Superjob, schon seit Jahren, gefolgt von der Ansage: das wird euch nichts nützen, wir müssen euch trotzdem an den Kragen“, klagt Theuerkauff.

Die Konzernzentrale der ProSiebenSat.1 Media AG verweist auf hohe Verluste

des Senderverbunds und den dramatischen Einbruch der Werbeumsätze in jüngster Zeit. Es sei legitim, über geschäftliche Strategien nachzudenken, wie N24 auf einer wirtschaftlich tragbaren Grundlage betrieben werden könne. Der Betriebsrat macht für das Jahr 2009 die Gegenrechnung auf. Demnach standen Programm- und Verbreitungskosten von 75 Millionen Euro rund 30 Millionen Werbe- und sonstige Erlöse gegenüber, außerdem 65 Millionen Euro, die die anderen Mitglieder der Senderfamilie (ProSieben, Sat.1, Kabel 1) für die Nachrichtenlieferung überweisen. Letztere würden vom Konzernvorstand gern unterschlagen, um das unzutreffende Bild eines unprofitablen Senders zu zeichnen.

„Das Problem ist nicht die Performance von N24, sondern der Renditewahn der Heuschrecken, die uns 2007 gekauft haben“, sagt Theuerkauff. Diese hätten die ProSiebenSat.1 dazu gezwungen, für mehrere Milliarden Euro im europäischen TV-Geschäft zu expandieren.

Nach der kreditfinanzierten Übernahme der Senderkette SBS vor zweieinhalb Jahren lastet auf ProSiebenSat.1 ein Schuldenberg von dreieinhalb Milliarden Euro und jährliche Zinsbelastungen von 260 Millionen Euro. Kein Wunder, dass bei der N-24-Belegschaft der Eindruck entsteht, sie müssten mit den angekündigten harten Schnitten die verfehlte Politik der Finanzinvestoren KKR und Permira ausbaden.

Ob Rettung naht? Mitte Januar wurde bekannt, dass Torsten Rossmann, geschäftsführender Vorsitzender der N24 GmbH, erwägt, gemeinsam mit anderen leitenden N24-Mitarbeitern den Sender in

einem Management-Buyout-Verfahren zu übernehmen. Mit von der Partie soll auch der ehemalige Spiegel-Chefredakteur Stefan Aust sein, ein Mann, der als ehemaliger Geschäftsführer bei Spiegel-TV und dem Doku-Kanal XXP (heute Dmax) über beträchtliche Erfahrungen im Fernsehgeschäft verfügt. Falls das alte Sendermanagement den Zuschlag erhält, dürfte es auch die Tochter MAZ & More mit übernehmen, eine Firma, die derzeit das Sat.1-Frühstücksfernsehen und das „Magazin“-Format des Senders produziert. Gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* bestätigte Aust inzwischen sein Interesse an einem Einstieg bei N24. Die Mischung aus Dokus und Nachrichten ähnele der des früher von ihm gemeinsam mit Alexander Kluge betriebenen Senders XXP.



Foto: Ulrich Perrey/dpa/lbn

**Hoffnung auf Torsten Rossmann, geschäftsführender Vorsitzender der N24 GmbH**

Die Belegschaft reagierte erfreut auf die Ankündigung. Zum langjährigen Geschäftsführer Rossmann habe man volles Vertrauen, und auch Aust habe – anders als die Heuschrecken – „vermutlich ein publizistisches Interesse“, sagt Erdmann Hummel, Mitglied im N24-Redakteursausschuss. Ebelings weit gefasster „News“-Begriff beziehe sich dagegen auf Formate wie „Stefan Raab“ oder „Galileo“. Es drohe ein Systemwechsel, der auf für n-tv/RTL ein Präzedenzfall werden könne. Jeder



Eigentümerwechsel werde von der Redaktion darauf abgeklöpft, ob es weiterhin „qualitative und quantitative Nachrichten“ bei N24 gebe.

Ob und unter welchen Konditionen es zum Verkauf kommt, ist noch offen. Eine Entscheidung soll laut Geschäftsführung der ProSiebenSat.1 Media AG spätestens im März fallen. Sollte N24 bei der Gruppe bleiben, muss mit einer weiteren Verwässerung des Programmprofils, hin zu mehr Boulevard und Unterhaltung, gerechnet werden. Tatsächlich kann sowohl bei N24 als auch beim RTL-Konkurrenten n-tv von Nachrichten-Spartenkanälen im strengen Sinn längst nicht mehr die Rede sein. In den letzten Jahren wurde der Newsanteil mehr und mehr zugunsten von Dokus zurück gedrängt. Eine Profilaufweichung, die der Betriebsrat vor allem auf die profitorientierte Politik von KKR und Permira zurückführt.

Beim sporadischen Einschalten gewinnt der Zuschauer leicht den Eindruck eines von gelegentlich irrelevanten, häufig militärtechnischen, gern auch zeitlosen Stoffen geprägten Programms. „Seit Jahren arbeitet N24 so konsequent am Abbau von Aktualität und Brisanz, dass man sich wundern muss, dass niemand Einspruch einlegt, wenn sich der Sender immer wieder als ‚Marktführer‘ unter den Nachrichtensendern präsentiert“, ätzte erst kürzlich Harald Staun in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Eine dankbare Aufgabe also für einen Mann vom Schlage Stefan Aust. Misslingt der Verkauf, könnte N24 vom Regen in die Traufe kommen. Nach der Entlassung von Sat.1-Geschäftsführer Guido Bolten überraschte der neue Sat.1-Chef Andreas Bartl Mitte Januar zunächst mit der Ernennung von Katja Hofem-Best zur neuen Verantwortlichen für die Informationsinhalte der P7S1-Sendergruppe. Als frühere Programmchefin von RTL2 war sie bislang eher mit Casting- und Reality-Shows sowie anderen Unterhaltungsformaten befasst. Vor diesem Hintergrund musste Bartls Aussage, Frau Hofem-Best stehe für Kreativität und es sei „Zeit für neues, innovatives Fernsehen“, fast schon als Drohung gewertet werden. Eine Woche später sah man den imageschädigenden Irrtum offenbar ein. Verantwortlich für den Bereich Magazine einschließlich News wird nun Carina Teutenberg, bislang ProSieben-Chefredakteurin.

Auch die Medienpolitik beobachtet die aktuelle Entwicklung beim Privatfernsehen und speziell bei N24 mit Argwohn. Zwar versichert ProSiebenSat.1-Konzernsprecher Julian Geist, niemand denke „darüber nach, die Nachrichten aus dem Vollprogramm der Gruppe in irgendeiner Form abzusetzen oder massive Einschnit-

te vorzunehmen“. Aber selbst Kultur- und Medienstaatsminister Bernd Neumann (CDU) sah sich genötigt, Ebelings „Sanierungsvorschlag“ mit den Worten zu konkretisieren, die Verpflichtung von Privatsendern zur Information sei „kein Privatvergnügen von Politikern“, sondern geltendes Recht und eine Voraussetzung für die Zulassung der Programme.

## ■ Level Spartenprogramm

Dass TV-Manager wie Ebeling unter dem Druck von Investoren möglicherweise wenig Probleme damit hätten, die Inhalte ihrer Sender auf das Level von Spartenprogrammen zu reduzieren, liegt auf der Hand. Die Rundfunkgesetze legen keine Sanktionen vor, wenn ein Vollprogramm zur Sparte mutiert. Allerdings stünde damit das duale System aus öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern auf der Kippe. Auf dem Deutschen Medienkongress Mitte Januar in Frankfurt/M. bezeichnete Ebeling es als „Phänomen“ des deutschen TV-Marktes, dass „es große Wettbewerber ohne Profit-Interessen gibt (gemeint sind ARD und ZDF, d.A.) und der Hersteller nicht immer Einfluss auf ein Produkt hat“. So müsse Sat.1 zum Beispiel 6,5 Stunden die Woche mit Fremdverpflichtungen füllen, egal, wie gut sich das Umfeld dann vermarkten lasse. Beleg dafür, dass die Privatsendermanager den Zeitpunkt für geeignet halten, rundfunkrechtliche Auflagen anzugreifen: etwa die Verpflichtung zur Ausstrahlung von Regionalprogrammen oder von Beiträgen so genannter Drittanbieter. Auch die Nachrichten gelten als „Programmblocker“.

Unabhängig von der Qualität der N24-News treibt die Politik die Sorge um, künftig könne unter Umständen ein Drittel der deutschen Fernsehzuschauer nicht

mehr oder nur noch mit boulevardesk entstellten Nachrichten versorgt werden. „In Zeiten knapper Mittel droht die Gefahr, dass Programme zusammengestrichen werden, die sich auf ihrem Sendepplatz nicht refinanzieren“, schwang auch dem Vorsitzenden der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM), Thomas Langheinrich. Betroffen davon sei vor allem „die kostenintensive Informationssparte“, so der DLM-Direktor unter Verweis auf die Debatte um die Zukunft von N24.

Über die angemessene Methode, eine gewisse Nachrichten-Grundversorgung auch im Privatfunk zu gewährleisten, gehen die Meinungen in den Ländern und Sendern jedoch auseinander. Martin Stadelmaier, Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, kann sich durchaus vorstellen, Privatsendern die eigenständige Produktion von Nachrichtensendungen gesetzlich vorzuschreiben. N24, so seine Überzeugung, leide nicht unter einer zu teuren News-Produktion, sondern unter überzogenen Renditeerwartungen seiner Heuschrecken-Eigentümer. Dagegen findet Wolf-Dieter Ring, Präsident der für N24 zuständigen Bayerischen Landesanstalt für Neue Medien (BLM), die Wege zur Entstehung von Nachrichten sollten „nicht ordnungspolitisch diktiert werden“. Nachrichten in angemessener Qualität seien auch im Privat-TV erforderlich. Den Sendern müsse aber auch die Alternative eingeräumt werden, diese in eigener Verantwortung von Dritten einzukaufen. Die DLM hat eine eigene Arbeitsgruppe eingesetzt, die demnächst entsprechende Vorschläge präsentieren soll. Zur Debatte steht dabei auch ein Anreizsystem für die Privatsender, „damit sie auch in Zeiten schwindender Mittel ihre Rolle in der Herstellung von Öffentlichkeit angemessen wahrnehmen können“, heißt es geradezu staatstragend in einer DLM-Pressemitteilung. Eine Position, die Tobias Schmidt, Bereichsleiter Medienpolitik bei RTL, schon seit langem verfehlt. Wenn die Privaten weiterhin in News und Regionalprogrammen investieren sollen, so Schmidt, müsse der Staat Unterstützung leisten – etwa bei der Frequenzvergabe für neue Angebote oder mittels einer im digitalen TV-Überangebot besseren Positionierung auf elektronischen Programmführern. Selbst bei den Bündnisgrünen sind solche Anreizsysteme unter dem Druck der Krise nicht länger tabu. „Wir befürchten, dass Nachrichten immer das erste Opfer des Sparzwangs werden“, schlägt Tabea Rössner, medienpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, Alarm. „N24 darf nicht das Einfallstor für ein Nachrichtensterben im privaten Rundfunk werden.“ **Günter Herkel** ■

## Stefan Aust: ehemaliger Geschäftsführer bei Spiegel-TV und dem Doku-Kanal XPP



Foto: Soeren Stacher/dpa

# Gegenentwurf

Linke Medienakademie – Zeichen setzen, klug Medien machen



Foto: Cammy Sungu

Vom 10. bis 14. März 2010 findet die 7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz statt. Die Linke Medienakademie (LiMA) ist ein Gegenentwurf zu geschlossenen Kreisen und eingefahrenen Wegen. „M“ sprach mit einem Initiator des Projektes, Christoph Nitz.

**M** | Die 7. Medienakademie in Folge. Das klingt entweder nach gewaltigem Durchhaltevermögen oder nach großem Erfolg?

**CHRISTOPH NITZ** | Beides stimmt. Wir haben 2002 mit zwölf Teilnehmern und zwei Teamern angefangen. Von einem Medienkongress konnte da noch nicht die Rede sein. Im vergangenen Jahr kamen rund 650 Teilnehmer, 130 Referenten gaben ihr Wissen weiter, 130 verschiedene Angebote konnten genutzt werden. Wir sind in sieben Jahren zu einem der größten Medienkongresse Deutschlands geworden. Und – jetzt komme ich zum Durchhaltevermögen – die Organisatoren arbeiten noch immer und weiterhin ehrenamtlich.

**M** | In diesem Jahr sollen es rund 750 Teilnehmer werden, organisiert und geplant wird das ganze Jahr über, drei Monate herrscht Hochdruck – wie geht das ehrenamtlich?

**NITZ** | Viele kluge Köpfe, viele Schultern, auf die sich Lasten verteilen lassen, Enthusiasmus. Anders können rund 80 Wochenstunden in den drei letzten Vorbereitungsmonaten nicht geleistet werden.

**M** | Was ist das Wichtigste, das Besondere an der LiMA?

**NITZ** | Ganz sicher die Offenheit und der Netzwerkgedanke. Debattieren, vernetzen, weiterbilden – das ist die Kernidee der LiMA. Wir wollen Menschen, die sich politisch im Sinne von Willy Brandt links von Union und FDP sehen, journalistisches Rüstzeug an die Hand geben. Sie

sollen gut und klug Betriebszeitungen machen, genauso wie Partei- und Lokalzeitungen. Sie können sich mit unserer Hilfe im Online-Journalismus üben, etwas über modernes Zeitungslayout oder Öffentlichkeitsarbeit lernen. Wir bieten Kurse in allen Mediengattungen, Vorträge und Diskussionen zu streitbaren wichtigen Themen.

**M** | Welche Themen werden das in diesem Jahr sein?

**NITZ** | Wir wollen uns weiterhin wichtigen Querschnittsaufgaben linker Medienmacherinnen und -macher widmen: Gender in den Medien, Kampf gegen Rechts und für Migration. Da gibt es Defizite, das findet in der Medienlandschaft zu wenig und zu einseitig statt. Hier ist ein anderer Blick notwendig. Medienarbeit gegen Rechts muss täglich passieren, nicht nur, wenn mal gerade wieder etwas passiert ist.

**M** | Du hast ein Lieblingskind bei der diesjährigen Medienakademie?

**NITZ** | Ja, das LiMAunion camp am 11. März. Man könnte es mit dem etwas sperrigen Wort Zielgruppenkonferenz umschreiben. Das union camp wendet sich an die Macherinnen und Macher von Betriebszeitungen, an Betriebsräte und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Professionelle Medien- und Öffentlichkeitsarbeit ist extrem wichtig, um die Interessen von Arbeitnehmerinnen und -nehmern offensiv und erfolgreich zu vertreten. Gerade in Arbeitskämpfen ist eine funktionierende, professionelle, medienwirksame interne und externe Kommunikation Gold wert. Im LiMAunion camp wird sehr praxisnahes, unmittelbar anwendbares Wissen vermittelt. Wie organisiere ich Kampagnen, wie gestalte ich eine gute Pressearbeit, wie vermittele ich Standpunkte transparent und nachvollziehbar? Ich bin sicher, das union camp schafft Mehrwert, wird interessant und Spaß wird es auch machen. Übrigens bieten wir für ver.di-Mitglieder vergünstigte Teilnahmegebühren.

**M** | Wie das?

**NITZ** | Die ver.di-Zeitschriften „publik“, „M Menschen Machen Medien“, „Druck und Papier“ sowie „Kunst und Kultur“ sind unsere Medienpartner. Wir freuen uns über diese Partnerschaft. Sie kommt

unserem Netzwerkgedanken und Bildungsanspruch entgegen.

**M** | Inzwischen könnt Ihr ja mit prominenten Akteurinnen und Akteuren aufwarten. Die LiMA ist ein anerkanntes Projekt. Schärft oder verwässert dies das Profil der Veranstaltung?

**NITZ** | Wir können mit guten Namen aufwarten, mit Menschen aus Medien, Politik und Gewerkschaften, die etwas weiterzugeben, zu vermitteln haben. Dazu gehören Gregor Gysi, Ulrich Stoll, Peter Linden, Gerhard Seyfried, Jakob Augstein, Thomas Leif, Ines Pohl, Tina Groll, Gabriele Hooffacker. Deren jeweiliger Hintergrund ist so unterschiedlich, wie wir offen sind. Das schärft unser Profil als Projekt, das ich als undogmatisch links beschreiben würde, und das darauf zielt, das Potenzial von Gegenöffentlichkeit zu stärken.

Und ja, wir sind gewachsen. Wir haben als Weiterbildungsveranstaltung der PDS angefangen. Heute sind wir ein gemeinnütziger, parteienunabhängiger Verein. Wir bieten das ganze Jahr über Seminare und Workshops an, wir wollen uns in den nächsten Jahren auch regional aufstellen, planen eine Herbst-LiMA in NRW, wollen neue Leute für unseren Beirat gewinnen und natürlich wollen wir mehr Geld, um unsere Angebote zu erweitern.

**M** | Eine linke Medienakademie in einem Land, das nicht über allzu viele linke Medien verfügt. Ist das nicht vergebliche Liebesmüh?

**NITZ** | Unsere Erfahrung ist, dass viele Medienmacherinnen und -macher, darunter besonders viele junge, sich links verorten. Uns geht es darum, ihnen den Rücken zu stärken, sie zu ermuntern, wichtige Themen zu besetzen, sich zu vernetzen, den Mut nicht zu verlieren, voneinander zu lernen, sich zu qualifizieren, besser zu werden als die anderen. Das Gespräch führte

Kathrin Gerlof ■

## ➤ Angebot für ver.di-Mitglieder

ver.di-Mitglieder kostet die Teilnahme am Medienkongress LiMA nur 25 Euro anstatt 75 Euro. Auf der Internetseite [www.lima-akademie.de](http://www.lima-akademie.de) kann man bei „Tickets LiMA2010“ den Aktionscode `verdi_LiMA2010` eingeben und erhält dann Zugriff auf die ver.di-Tickets.





Quelle: waz/bpb

**Alexander Houben, Chef vom Dienst beim Tierischen Volksfreund und Henrik Bortels, Online-Chef der Märkischen Allgemeine in Potsdam beim 18. Forum Lokaljournalismus**

# Mutig, multimedial, meinungsbildend?

## Journalistische Online-Portale und Blogs mit hyperlokalen Inhalten

Wie die gesamte Medienbranche stöhnen auch die Lokal- und Regionalzeitungsverleger unter den Auswirkungen der Wirtschaftszession. Jetzt taucht im Internet eine neue Konkurrenz auf: Online-Portale und Blogs mit so genannten hyperlokalen Inhalten. Über aktuelle Entwicklungen im Lokaljournalismus diskutierten Ende Januar in Dortmund rund 150 leitende Redakteure, Medienwissenschaftler und Lokaljournalisten. Veranstalter des 18. Forum Lokaljournalismus waren die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) und die Essener WAZ-Gruppe.

Alexander Houben, Chef vom Dienst beim *Trierischen Volksfreund* stellt sich den idealtypischen Lokaljournalisten der Zukunft so vor: „Der wird in fünf Jahren zu ‘ner Pressekonferenz gehen um zehn Uhr, mit seinem Laptop, mit seiner UMTS-Karte. Um 11 Uhr ist die Pressekonferenz beendet. Um 11:05 haben wir die erste Online-Meldung im Netz stehen. Dann macht er ‘ne Twitter-Umfrage, was halten die Anwohner davon, macht ‘ne halbe Stunde später die längere Geschichte für online (...). Dann bearbeitet er das Video mit den O-Tönen von den betreffenden Menschen, die da waren...“

Und wenn er damit fertig ist, schreibt er vermutlich noch die Printgeschichte fürs Blatt. Eine solche eierlegende Wollmilchsau wäre sicher den meisten Verlegern hochwillkommen. Aber ganz so schnell wird es wohl nicht gehen. Mit der neuen Kommunikationstechnik Twitter etwa tun sich viele Redaktionen nach wie vor schwer, „Wenn jetzt jemand twittert,

dann macht er das auch oft, weil er jetzt online-affin ist, weil er das gern mal ausprobiert“, weiß Regina Krömer, stellvertretende Redaktionsleiterin der Offenbacher *Main Post* und Mitglied im Projektteam Lokaljournalismus der bpb. Das Ganze laufe sehr individuell, „aber dass da jetzt ein großes redaktionelles Konzept dahinter steht, das ist noch nicht so“.

### ■ Eine Schneise schlagen

Früher sahen sich die Journalisten gern als so genannte Gatekeeper. Was die Zeitungsleute nicht für berichtenswert hielten, fand in den Medien nicht statt. Angesichts der Vielzahl der Informationen und Info-Kanäle nimmt man neuerdings Zuflucht zum Begriff pathfinder. Es gelte, ins Dickicht von Twitter, Facebook, und Blogs eine Schneise zu schlagen, damit der vermeintlich überforderte User sich besser orientieren könne. Aber viele Nutzer greifen inzwischen zur Selbsthilfe, um da für Orientierung zu sorgen, wo ihrer Meinung nach professionelle Redaktionen zu wenig leisten. Denn trotz vielfacher Verlegerbekenntnisse zu „Online First“ ist ein Dilemma auch im Lokalen unübersehbar: Es erscheint schlicht unmöglich, immer mehr Kanäle mit Qualitätsinhalten zu versorgen, wenn gleichzeitig die Ressourcen immer geringer werden. „Hyperlokale Marken füllen neuerdings Lücken, die lokale und regionale Blätter nicht mehr füllen oder noch nie gefüllt haben“, sagt Stephan A. Weichert von der Berliner *Macromedia Hochschule für Medien und*

Kommunikation. Wie zum Beispiel in Passau, wo der 20jährige Fußballfan Michael Wagner aus seiner Passion fürs runde Leder das Projekt [www.fussball-passau.de](http://www.fussball-passau.de) entwickelt hat. Ein Lokalfußball-Portal, auf dem alles erfasst wird, was um den Amateurfußball in Niederbayern kreist: Ergebnisse, Tabellen, Spielberichte. Damit bricht Wagner in eine ureigene Domäne der Lokalzeitung ein. Die Leser finden das gut. Die Serverauswertung ergibt an den Wochenenden bis zu 30.000 Besucher, im Monat summiert sich das derzeit auf rund 350.000.

Mehr journalistische Substanz steckt hinter dem „Heddesheimblog“ des Profijournalisten Hardy Prothmann. Verärgert über die seiner Auffassung nach ungenügende Berichterstattung der ortsansässigen Lokalzeitung über bestimmte Themen, beschloss der freie Journalist, selbst lokalpublizistisch aktiv zu werden. (S. 19 „Schon entdeckt?“) Gleiches gilt etwa für: [www.hohenlohe-ungefiltert.de](http://www.hohenlohe-ungefiltert.de) von Ralf Garmatter (M 10/2009).

„Ein ziemlich großer deutscher Verleger hat mir unter Dreien gesagt, er hätte ziemlich Angst vor dem Tag, an dem jemand, der das kann und der auch vielleicht ein bisschen journalistisches Know How hat, sich in sein Verbreitungsgebiet setzt und solche Sachen macht“, sagt Christian Jakubetz, Medienblogger und ehemaliger Chef vom Dienst beim „ZDF-Heute-Journal“. Er glaubt, „dass diese Angst verdammt berechtigt ist“. Jetzt räche sich das Desinteresse der meisten Verlage, in die Niederungen des Sublokalen hinabzusteigen. Das findet auch Wiebke Möhring, Medienwissenschaftlerin an der Fachhochschule Hannover. Nach ihrer Auffassung geschieht es den Lokal- und Regionalzeitungsverlegern recht. Viele hätten sich jahrelang auf ihrem lukrativen Monopol ausgeruht. „Sie waren ja so ein bisschen Herrscher in ihrem Gebiet, kleine Könige. Was sie nicht erzählen wollten, haben sie nicht erzählt“. Plötzlich gebe es Menschen in der Region, die dagegen aufbegehren. Möhring: „Aus publizistischer Sicht finde ich den Bürgerjournalismus hervorragend.“

### ■ Kompetenz in Frage gestellt

Den Lokalzeitungsverlegern schmeckt diese Entwicklung dagegen gar nicht. Schließlich stellen die Online-Newcomer zumindest teilweise ihr Kerngeschäft in Frage: die lokale Kompetenz. Noch müssen sie nicht um ihre Pfründe zittern. Das ergibt sich unter anderem aus einer aktuellen Untersuchung des Dortmunder Formatt-Instituts in Nordrhein-Westfalen. An Rhein und Ruhr gebe es im Internet derzeit rund 60 Angebote mit Lokalinfor-



mationen, die nicht von etablierten Medienunternehmen stammten, berichtete Formatt-Geschäftsführer Horst Röper. Eine echte betriebswirtschaftliche Basis existiere nicht, die Betreiber agierten nach dem Lustprinzip, gepaart mit Selbstaussbeutung. „Solche Initiativen können professionellen Lokaljournalismus nicht ersetzen“, urteilt Röper.

Andererseits fahnden auch die Profis unter den Lokalzeitungsmachern nach einem validen Geschäftsmodell für ihre Online-Auftritte. Es gebe allenfalls „ein oder zwei Online-Portale von Regionalzeitungen, mit denen möglicherweise ein bisschen Geld verdient wird“, schätzt Malte Hinz, Chefredakteur der *Westfälischen Rundschau*. Die meisten Zeitungen seien „konzeptionell nicht so dicht dran an den Bedürfnissen“ der Internetnutzer. Eine Position, die auch Lutz Feierabend, stellvertretender Chefredakteur des *Kölner Stadtanzeigers* teilt. „Wir nehmen den Printartikel, heben den einfach über, machen den ein bisschen kleiner, geben eine Fotogalerie dazu, das war’s dann“, mit diesem vielfach noch gültigen Rezept sei beim internetaffinen Publikum kein Blumentopf zu gewinnen.

Was tun? Henrik Bortels, Online-Chef der *Märkischen Allgemeine* in Potsdam, hat eine Idee. „Was hält uns denn davon ab, diese neue publizistische Konkurrenz mit zu vermarkten?“ Sobald ein Blog eine relevante Reichweite habe, biete sich dies doch in beiderseitigem Interesse an. Die *Märkische Allgemeine* vermarkte nach diesem Muster als Blog-Host an die 700 angemeldete Weblogs, berichtete Bortels. „Die größten Kritiker machen das genau auf unserer Plattform.“ Eine Umarmungsstrategie, um die Konkurrenz besser zu kontrollieren oder sogar noch daran zu verdienen. Aber mit dem Verdienen ist das im Netz bekanntlich nach wie vor so eine Sache. Auch fußball-passau.de und der Heddesheimblog leben derzeit noch von Gratis-Zuarbeit und Selbstaussbeutung.

### ■ Mehr Präsenz mit weniger Leuten

Eines scheint allerdings klar. Der Wunsch der Verleger, crossmedial vernetzt zu sein, und das mit möglichst wenig Personal, werde nicht in Erfüllung gehen, meinte Blogger Christian Jakubetz. Eine deutliche Anspielung auf die Geschäftspolitik des mit veranstalten-

den WAZ-Konzerns, der im vergangenen Jahr rund 300 Redakteursstellen abgebaut hat. Und zwar vor allem in Lokalredaktionen. „Crossmediale und multimediale Präsenz auf allen Kanälen und das mit weniger Leuten – das wird sich beißen“, prognostiziert Jakubetz. Wer im digitalen Zeitalter erfolgreich operieren wolle, „muss möglicherweise investieren“. WR-Chef Malte Hinz setzt noch einen drauf. Die Frage der Verbreitungswege sei zweitrangig, „letztlich geht es um die Qualität im Journalismus“.

Wie wird der Lokaljournalismus im Jahr 2020 aussehen? Es wird ihn noch geben, aber in geringerer Vielfalt, prognostiziert Formatt-Chef Röper. Das Lokale werde künftig anders definiert werden. Vor allem die Online-Auftritte dürften künftig am „Hyperlokalen“ orientiert sein. Weichert sieht die Gattung der „Holzmedien“ insgesamt langfristig als Auslaufmodell. Als Lösung biete sich an – analog zur Entwicklung einiger Blätter in den USA oder der Schweiz – die Erscheinungshäufigkeit der Printausgaben auf zwei bis drei Mal pro Woche zu reduzieren und die restlichen Ressourcen auf online zu konzentrieren. Günter Herkel ■

# Schlacht ums Wasser

Dokumentarfilmer massiv bei Rechercharbeiten behindert

Die Produktionsfirma KernFilm aus Hamburg sieht sich bei den Recherchen zu ihren Filmen über die Privatisierung der Wasserversorgung massivem Druck seitens der Wasserindustrie ausgesetzt. Zuletzt wendeten Mitarbeiter eines Wasserkonzerns sogar körperliche Gewalt gegen die Journalisten an. Um unabhängig produzieren zu können, arbeitet KernFilm nun mit einem bis jetzt einzigartigen Finanzierungsmodell für Dokumentarprojekte in Deutschland. Die Filme werden durch Spenden realisiert, die übers Internet gesammelt werden.

Zusammen mit Danielle Mitterrand betreten Herdolor Lorenz und sein Produktionsteam den Empfang im Parc des Expositions im Norden von Paris. Die Frau des damaligen französischen Staatspräsidenten protegiert die Dreharbeiten für Lorenz aktuellen Film in Frankreich. Mit angewinkelter Kamera nähern sie sich dem Informationsstand des Wasserkonzerns Suez. Eingeladen hat die Pariser Stadtregierung. Gesponsert wird die Veranstaltung vom Wasserkonzern. Kaum werden sie von den Suez-Mitarbeitern gesichtet, kommen diese ihnen auch schon zielstrebig entgegen. „Sie sind Herdolor Lorenz. Was sie machen ist Krieg!“, ruft einer der Männer und schlägt Lorenz mit der geballten Faust ins Gesicht. Die folgenden Handgreiflichkeiten der beiden Manager aus der unteren Führungsriege des Unternehmens können als Einzelaktion verstanden werden, dennoch offenbaren sie, welche Stimmung im Konzern gegen das Filmteam herrscht.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Filmemacher sich bei ihren Recherchen von der Wasserindustrie scharf geschnitten sehen. Als sie vor drei Jahren den Film „Wasser unter dem Hammer“ für den NDR produzierten, reagierte der ebenfalls französische Wasserkonzern Veolia mit einer Kampagne ohne Gleichen. Es wird eine Klage vorbereitet, ein Flyer gedruckt, der den Film diffamiert – und es wird beim NDR interveniert.

„In einer Vorverhandlung konnten wir jedoch alle im Film getroffenen Aussagen belegen und mögliche Zweifel an der journalistischen Sorgfältigkeit aus dem Weg räumen“, sagt Lorenz. Trotzdem stellt sich der NDR nicht hinter sie. Im Gegen-

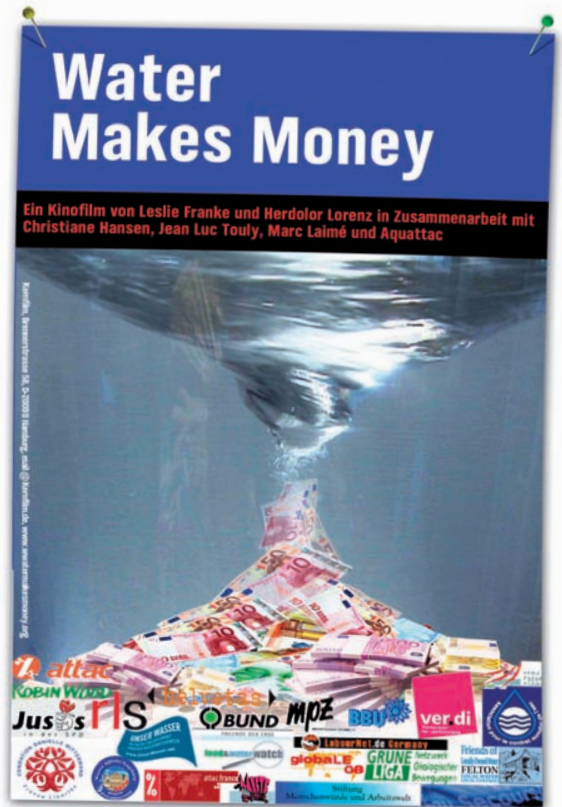
teil, Lorenz und seine Produktionspartnerin Leslie Franke werden von Mitarbeitern des Wasserkonzerns offen angefeindet. Und als mit dem Projekt betraute Redakteure des NDR den Filmemachern zur Seite springen wollen, werden auch diese von ihrem Vorgesetzten, dem damaligen Bereichsleiter Thomas Schreiber, rüde zurechtgewiesen. Gegen alle Regeln wird der Film nach nur einer Ausstrahlung aus dem Programm genommen. Jegliche weitere Zusammenarbeit mit KernFilm wird abgebrochen. Veolia entscheidet daraufhin von einer Klage abzusehen.

Obwohl beim NDR aus dem Programm genommen, erobert der Film das Publikum verschiedener Festivals. Er wird dafür in sieben Sprachen übersetzt. Unter anderem wird „Wasser unter dem Hammer“ auf dem 5th International Human Rights Filmfestival 2007 in Paris, auf dem Ekotopfilm Festival 2006 in Bratislava und auf dem Globale 2006 in Berlin gezeigt. Beim Brandenburger Festival des Umwelt- und Naturfilms erhält er den Publikumspreis. Außerdem ist der Film beim Weltwasserforum 2006 in Mexiko Stadt gezeigt worden.

Von dem Erfolg beflügelt plant das Produktionsteam das nächste Projekt, einen Film über die Privatisierung der Bahn, ausschließlich mit Unterstützung des Publikums zu realisieren.

Die Idee stammt aus den USA. Jeder spendet übers Internet einen geringen Betrag. Wer mehr als 20 Euro spendet, bekommt eine DVD zugesendet, sobald der Film fertig ist. Das Konzept ging auf. Um die 60.000 Euro wurden für „Bahn unter dem Hammer“ gesammelt. „Der Erfolg des Films

## Jean Luc Touly – ehemals Veolia Vorstand



übertraf alle unsere Erwartungen“, sagte Lorenz. Durch Mehrfachverwertung schütete er sogar einen beträchtlichen Gewinn aus.

Derzeit arbeitet KernFilm an einem neuen Film über die Privatisierung des Wassers. „Water makes the money“ beleuchtet die europäische Dimension des Themas. Vor allem in Frankreich, wo die beiden großen Wasserkonzerne Veolia und Suez ihre Firmensitze haben, gibt es eine rege Debatte über die Privatisierungspolitik bei der Wasserversorgung. Angeheizt wurde die Diskussion durch das Buch „L'eau des multinationales“ von Jean-Luc Touly, ehemaliges Vorstandsmitglied von Veolia. Touly zeigt in dem Buch die Fehlentwicklungen bei seinem ehemaligen Arbeitgeber auf. Unter anderem wirft er Veolia vor, ihm Bestechungsgelder von über einer Million Euro angeboten zu haben.

Bei den Rechercharbeiten, die sie quer durch Europa führen, haben sie feststellen müssen, dass sie bei der Wasserindustrie keine Unbekannten mehr sind. „Neben dem Vorfall in Paris ist es uns schon des Öfteren passiert, dass wir von Mitarbeitern der Wasserkonzerne plötzlich erkannt und abgewiesen wurden“, erzählt Lorenz. Die Firmen wollten sich dazu nicht äußern. Aber auch ihr Unterstützernetzwerk ist gewachsen. Neben den zahlreichen privaten Spendern engagieren sich auch größere Körperschaften wie Attac, der BUND und die ver.di-Fachgruppe Ver- und Entsorgung für das Projekt. Premiere des Films soll im Mai sein. Bisher hat das Filmteam 95.000 Euro für die Produktion gesammelt. Bei einem Spendenstand von 115.000 Euro gibt es zusätzlich 25.000 Euro von der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein.

Johann Tischewski ■

# Weißer Flecken im Journalismus

## Vernachlässigte Themen über Menschen ohne Lobby

**Über manche Themen wird nicht berichtet – obwohl sie viele Menschen betreffen. Die Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) stellt die TOP 10 der vernachlässigten Themen aus dem Jahr 2009 vor.**

Im Krankenhaus haben gerade sie es besonders schlecht: Schwer pflegebedürftige Menschen, die im Alltag die Hilfe einer Pflegekraft brauchen. Betroffen sind eine halbe Million Deutsche, Tendenz steigend. Kommen sie ins Krankenhaus, müssen fast alle von ihnen auf diese Hilfe verzichten. Denn die Pflegeversicherung zahlt dann nicht mehr für ihre Pflegekraft, angeblich ist eine ausreichende Versorgung in der Klinik gesichert. Leider sieht die Realität anders aus: Schon für die normalen Aufgaben hat das Pflegepersonal zu wenig Zeit. Menschen, die nicht selbst essen können oder auf die Klinik-Hektik psychisch auffällig reagieren, sind dort schlicht zuviel. Die Folgen: Massiver Einsatz von ruhig stellenden Medikamenten, zu schnell abgeräumte Mahlzeiten. Ein 2009 erlassenes Gesetz löst dieses Problem lediglich für rund 500 Betroffene: Diejenigen, die ihre Pflegekraft selbst angestellt haben anstatt die Pflegeversicherung zu nutzen. „Das Gesetz ignoriert ganz offenkundig die riesige Mehrheit der Betroffenen“, sagt Journalistik-Professor Horst Pöttker, Geschäftsführer INA an der TU Dortmund. „Da stand offenbar der Spargedanke im Vordergrund.“ Dennoch haben die Medien nicht über das Thema berichtet. Für die INA ist es deshalb TOP 1 der vernachlässigten Themen aus dem Jahr 2009.

„Ohne Öffentlichkeit kann auch kein politischer Druck ausgeübt werden“, sagt Pöttker. Vorgeschlagen hat das Thema eine Frau, die Betroffene kennt. Rund 120 solcher Vorschläge von Medienschaffenden, Wissenschaftlern, NGOs und Einzelpersonen haben Journalistik-Studierende im vergangenen Jahr recherchiert und in Mediendatenbanken auf Vernachlässigung geprüft. Über die Recherche-Ergebnisse diskutierte am 30. Januar eine elfköpfige Jury aus Wissenschaftlern und Journalisten. Zum dreizehnten Mal stellt die INA damit eine TOP 10 der vernachlässigten Themen eines Jahres auf – um Relevantes doch noch ans Licht zu bringen.

Auch auf Platz 2 wählte die Jury ein gesundheitspolitisches Thema: „Psychiatrie: Bundesregierung biegt UN-Konvention zurecht.“ „Die Auswirkungen betreffen erneut Menschen ohne große Lobby“, sagt Horst Pöttker und vermutet hier einen der Gründe für das Schweigen der Medien. „Psychisch Kranke sind für Journalisten erstmal unglaubwürdiger als eloquente Politiker.“ Letztere haben bei beiden Themen gute Gründe, die Öffentlichkeit zu meiden. Mit einem eingefügten Wort hebt die Bundesrepublik die für sie rechtsverbindliche UN Behindertenrechtskonvention aus, nach der in einigen Bundesländern deutlich vorsichtiger als bisher mit Zwangseinweisungen in die Psychiatrie umgegangen werden muss. Statt: „Eine Freiheitsentziehung aufgrund einer Behinderung ist auf keinen Fall gerechtfertigt“ heißt es in Deutschland: „Eine Freiheitsentziehung allein aufgrund einer Behinderung ist auf keinen Fall gerechtfertigt.“

Zu solchen Themen werden keine Pressekonferenzen veranstaltet. „Leider orientieren sich Journalisten aber lieber an Ereignissen – auch wenn sie inszeniert sind – als an aufwändig zu recherchierenden Zuständen“, sagt Pöttker.

Das zeigt sich auch an dem dritten TOP-Thema: „Kriegsberichterstattung lenkt von zivilen Friedensstrategien ab“. Die sind nämlich unblutig und dauern viele Jahre. Das macht sie

### Ausführliche Infos

Bei [www.nachrichtenaufklaerung.de](http://www.nachrichtenaufklaerung.de) gibt es ausführliche Informationen zu allen Themen.

für die Berichterstattung unattraktiv – obwohl sie zum Frieden beitragen können. „Es gehen auch Themen unter, die Probleme mit Anzeigenkunden oder wichtigen Quellen bedeuten können“, sagt der Journalismusforscher.

Wie TOP 4: rechtswidrige Polizeigewalt. Am ökonomischen Druck kann die INA nichts ändern. „Unsere Liste soll ein Anstoß sein, sich diesen wichtigen Themen trotzdem zu widmen.“

TOP 5–10: Lücken bei der Finanzaufsicht der Kirchen, Mangelhafte Deklaration von Jodzusatz in Lebensmitteln, Patente auf menschliche Gene und Gensequenzen, Schulen für Gehörlose unterrichten keine Gebärdensprache, Mangelnde Kontrolle deutscher Rüstungsexporte, Sondermüll beim Bauen und Sanieren.

*Miriam Bunjes, freie Journalistin.  
Sie leitet das Rechercheseminar der INA  
und ist zudem Mitglied der Jury ■*





Foto: Christian v. Polentz/Transit

ver.di-Demonstration für die Einführung eines Mindestlohns in Berlin

# Unterwegs bei Wind und Wetter

Wie Verlage eine „Optimierung der Zustellkosten“ vornehmen

**Zeitungsverlage sparen. Sie rationalisieren in der Technik, dünnen Redaktionen aus, legen Abteilungen zusammen und lagern aus. Was bleibt? Der Vertrieb. Damit erwischt es auch die Zusteller. Die nachts aufstehen und sich bei Wind und Wetter durch die Dunkelheit schaffen, damit die Zeitung rechtzeitig auf dem Frühstückstisch liegt. Für ein paar Cent pro Stück. Ihnen werden die Löhne gekürzt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Wie Verlage dabei vorgehen, zeigen die folgenden Beispiele.**

Wenn Betriebsratsvorsitzender Jürgen Eskens-Dopichay über seinen Noch-Arbeitgeber, die „Zeitungs-Zustellung Kreis Düren GmbH“, redet, weiß er kaum, wo er anfangen und wo er aufhören soll, so viele Verhandlungen und Querelen mit dem Arbeitgeber liegen hinter ihm. Bereits 2007 kündigte der Zeitungsverlag Aachen, der seine vier Zustellfirmen schon in den 90er Jahren in tariflose Tochtergesellschaften ausgelagert hatte, die „Optimierung der Zustellkosten“ an.

Die 220 Zusteller im Kreis Düren sollten fortan auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Wege- und Fahrlohn sowie sechs Tage Urlaub verzichten. Ein anderes Lohnsystem reduzierte außerdem den Grundlohn. Stammzusteller würden dadurch bis zu 25 Prozent ihres Einkommens verlieren, rechnet ver.di-Gewerkschaftssekretär Franz Blatt aus. ver.di initiiert daraufhin eine Aktion: Leser zeigen dem Verlag die Rote Karte und fordern ihn auf, die Finger von den unsozialen Sparplänen zu lassen.

Der Zeitungsverlag Aachen reagiert prompt: In persönlichen Briefen an die Leser und in Artikeln im eigenen Blatt verteidigt er sein „neues, branchenübliches Lohnmodell“, allerdings ohne den Betriebsrat zu Wort kommen zu lassen. Der Verlust bei den Anzeigenumsätzen mache Kostensenkungen in allen Verlagsbereichen unumgänglich, argumentiert der Zeitungsmonopolist, bei dem die *Aachener Zeitung* und die *Aachener Nachrichten* erscheinen. Eine „unabhängige externe Analyse“ habe gezeigt, dass die Zustellkosten

rund 25 Prozent über dem marktüblichen Niveau lägen.

Bei der externen Analyse handelt es sich um ein Gutachten der Unternehmensberatung Schickler, die den gesamten Verlag durchforstet und bei den Zustellern Einsparpotenzial entdeckt hatte. Schickler, unter anderem auf Zeitungsverlage spezialisiert, ist bei Betriebsräten und Gewerkschaften als Steigbügelhalter für die Rationalisierer in den Verlagen bekannt. So wirbt die Unternehmensberatung auf ihrer Internetseite mit dem Angebot, Logistik- und Zustellkosten nachhaltig zu senken.

Was die Unternehmensberatung gerechnet und analysiert hat, hält Thomas Meyer-Fries, Wirtschaftssachverständiger der Betriebsräte, für dürftig. Schickler arbeitet wie viele andere Unternehmensberatungen mit Benchmarking. Bei dieser Methode geht es darum, Abläufe, Produkte oder Dienstleistungen zwischen einzelnen Abteilungen, Werken oder Unternehmen zu vergleichen. Ziel ist es, den Primus einzuholen, besser: noch billiger zu sein.

Schickler präsentierte die Zahlen einiger weniger Zustellfirmen, und deren Kosten liegen unter denen in Aachen. Eine willkürliche Auswahl und nicht repräsentativ, kritisiert Meyer-Fries. Schickler-Geschäftsführer Rolf-Dieter Lafrenz verteidigt das Vorgehen: Man verfüge über die Daten von mehr als 30 Verlagen und habe eine Vorsortierung vorgenommen. „Wir ziehen nur vergleichbare Verlage heran.“ Ob es sich ausschließlich um solche Zustellfirmen handelt, bei denen die Verlage die Konzepte zur Kostensenkung der Unternehmensberatung bereits umgesetzt haben, dazu will sich Lafrenz nicht äußern.

Mehr noch: Den Beleg dafür, dass die Kosten um 25 Prozent über dem marktüblichen Niveau lägen, seien Unternehmensberatung und Verlag schuldig geblieben, wirft ihnen Meyer-Fries vor. Er hat eigene Vergleichszahlen herangezogen und kommt zu dem Schluss, dass die Zusteller rund um Aachen nicht – wie behauptet – überdurchschnittlich viel verdienen, sondern im oberen Durchschnitt lägen.

Das plagte den Zeitungsverlag Aachen wenig. „Unser Ziel war es, die Zustellkosten auf ein marktübliches Niveau zu senken“, erklärt Geschäftsführer Andreas Müller. Selbst auf das Kompromissangebot des Betriebsrats – Verzicht auf Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, dafür keine Grundlohnkürzung – ging der Verlag nicht ein und kündigte noch in der Einigungsstelle die Schließung der Zustellfirma im Kreis Düren an. Kurzum: Entweder werden die Löhne gesenkt oder der Betrieb dichtgemacht. Wie bereits in Heinsberg geschehen.

Über fast zwei Jahre ziehen sich die Verhandlungen hin, noch mal geht's vor die Einigungsstelle, wieder und wieder zieht

## Ein Netzwerk für Zusteller

Für die gewerkschaftlich organisierten Zeitungszustellerinnen und -zusteller (und die, die ver.di vielleicht beitreten wollen) gibt es eine sehr interessante Website: <https://zeitungszusteller.verdi.de/> Neben vielen anderen Themen geht es aktuell auch um spezielles Material für die anstehenden Betriebsratswahlen in den Zustellbetrieben.

der Betriebsrat vor Gericht. Am Ende steht fest: Die Zustellfirma wird dichtgemacht, die ersten Kündigungen sind bereits vor Weihnachten verschickt worden, Betriebsratsvorsitzender Jürgen Eskens-Dopichay wird die Firma als einer der Letzten am 31. Juli 2010 verlassen.

Wer möchte, kann sich bei der „Zeitungszustellung Kreis Aachen“ bewerben. Dort hatte der Betriebsrat die Kürzungen widerstandslos hingenommen. Allerdings ist es dem Betriebsrat vom Kreis Düren und ver.di gelungen, für die Zusteller einen guten Sozialplan und ordentliche Abfindungen auszuhandeln. Die Gesamtkosten für den Verlag dürften laut Branchenkenntern im siebenstelligen Bereich liegen. Trotzdem: „Für uns hat sich das gerechnet“, sagt Andreas Müller. Vielleicht doch nicht. Jetzt hat ver.di die Firma zu Sozial-

tarifverhandlungen aufgefordert. Die Art und Weise, wie der Zeitungsverlag Aachen vorgeht, hält Betriebsratsberater Thomas Meyer-Fries für exemplarisch, die Härte, mit der die Auseinandersetzung von Seiten des Arbeitgebers betrieben wurde, allerdings für außergewöhnlich.

Auch in Bremen geht es den Zustellern ans Portmonee, allerdings geschieht das dort schrittweise und schleichend. Die rund 2000 Zusteller, die morgens den *Weser-Kurier* und die *Bremer Nachrichten* ausgeben, stehen im Branchenvergleich recht gut da: Sie sind Angehörige der Bremer Tageszeitungen AG, haben einen Betriebsrat und einen Tarifvertrag.

Scheidet allerdings ein Zusteller aus, landet der Zustellbezirk in betriebsrats- und tariflosen Dienstleistungsfirmen. Bislang seien rund 300 Bezirke ausgelagert, sagt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Helmut Herrmann. Und wo's nicht freiwillig geschieht, wird gekündigt.

Für den Betriebsrat ist klar: Die Bremer Tageszeitungen wollen auf lange Sicht die betriebseigene Zustellung aufgeben. Er hat es zwar geschafft, dass bis Ende 2013 weitere betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind und der Tarifvertrag weiterhin gilt, aber nicht ohne Zugeständ-

nisse zu machen. Künftig werden die Zusteller auch Briefe verteilen und in jeden Briefkasten Werbematerialien stecken. Nichts gegen zusätzliche Arbeit, sagt Herrmann. Es hapert allerdings an der Entlohnung. 12,5 Cent pro Brief und 2,5 Cent pro Prospekt in der Stadt und 5 Cent auf dem Land, das ist mager. Deshalb hat ver.di vereinbart, dass die Zusteller nicht unter 7,50 Euro pro Stunde rutschen dürfen, erklärt die Landesbezirksfachbereichsleiterin von Niedersachsen-Bremen, Amadore Kobus.

Zusätzliche Arbeit für wenig Geld droht auch den rund 600 Zustellern des Oberbayerischen Volksblatts in Rosenheim. Bislang war dort die Briefzustellung freiwillig. Wer mochte, durfte. Allerdings mochte kaum einer. Briefe müsse man vorsortieren, Briefe veränderten die Tour jeden Tag aufs Neue, Briefe brauchten Zeit, und was Zeit braucht, drückt den Stundenlohn, sagt Betriebsrat Martin Neumayer. Deshalb waren bislang nur wenige Zusteller bereit, auch Post zu verteilen. Jetzt hat die Geschäftsleitung angekündigt, die Zusteller auszulagern und ihnen außer Briefen noch Prospekte in die Taschen zu packen. Schließlich machten das andere Verlage auch.   
 Michaela Böhm ■

# Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

## Heddeshaimblog

Er schreibt unbequem. Und hat viele Leser in seiner Heimat Heddeshaim. Heddeshaimblog hat Hardy Prothmann seinen Blog genannt. Der Journalist betreibt darauf seit Mai 2009 Lokaljournalismus in einer Form, „wie es leider nicht normal ist“. Kritischen Journalismus. „Hier gab es bislang nur Bratwurstjournalismus“, sagt Prothmann, der 15 Jahre lang fast nur überregional gearbeitet hat. Das Wort „Bratwurstjournalismus“ hat er im Januar sogar bei Wikipedia katalogisiert, es wurde nach vielen Diskussionen wieder gelöscht. Es meint Berichte über gnädige Wettergötter, nach Waffeln duftende Sportveranstaltungen und nichthinterfragte politische Entscheidungen. Auf [heddesheimblog.de](http://heddesheimblog.de) gibt es das nicht. Im 11.400-Einwohnerort bei Mannheim muss man

sich daran noch gewöhnen. Öffentlich wollen die Kritisierten lieber nichts über das neue Medium sagen. „Wir beobachten es kritisch und aufmerksam“, sagt ein Gemeinde-Sprecher, der namentlich nicht zitiert werden will. Viel Journalismus gibt es nicht in Heddeshaim. Eine Seite Berichterstattung täglich liefert die Monopolzeitung *Mannheimer Morgen*. „Die schreiben brav alles auf, was die Stadtoberen wollen“, sagt Prothmann. „Dass das jetzt anders läuft, stört.“ Prothmann stört das nicht – auch wenn er manchmal mit Klagen oder Körpereinsatz bedroht wird, wie er erzählt. Er bearbeitet die normalen Lokal-themen. Wenn der Ball des Turnvereins schlecht besucht war, obwohl er der größte Verein im Ort ist, steht das im Artikel – statt „für das leibliche Wohl war gesorgt“. Und wenn es dafür Ärger gibt, wird auch der öffentlich. „Sie machen keine Bilder. Ich möchte auch nicht, dass etwas Negatives

geschrieben wird“, zitiert er den Vereinsvorsitzenden. „Politik und Vereine sind eng verbandelt. Wenn ich die CDU kritisiere, kränkt das auch den Turnverein“, sagt der 42-Jährige. Gegründet hat Prothmann das Blog, als sich in Heddeshaim das Logistikunternehmen Pfenning ansiedelte. „Die Bürgerinitiative präsentierte Horrorzahlen über das Verkehrsaufkommen, der *Mannheimer Morgen* Jubelartikel über Jobs.“ Prothmann recherchiert selbst und präsentiert die Ergebnisse bei „blogger.de“. Eine Presseschau aus dem Archiv des *Mannheimer Morgen* mit Titeln wie „Betriebsrat zusammengeschlagen“ zusammen mit einem kritischen Veranstaltungsbericht bringen die Seite dort zum Abstürzen – die Geburtsstunde des heddeshaimblogs auf einem stärkeren Server. Seitdem arbeitet Prothmann 16 Stunden am Tag. „Ich will das Heddeshaimer Lokalmedium sein“, sagt er. Und nicht nur das: Zehn Domains für die Nachbargemeinden hat er reserviert. Seit Dezember gibt es das Hirschbergblog, im Februar kommt das Ladenburgblog. Finanziell trägt sich das bislang noch nicht allein. „Das lokale Anzeigengeschäft läuft aber gut an. Ich bin optimistisch, dass es sich bald rentiert.“ Einen freien Mitarbeiter beschäftigt er bereits. Und er zählt täglich über 20.000 Seitenzugriffe von rund 2.000 Usern. „Das ist ein Viertel der Gemeinde. Und es macht richtig viel Spaß, diese lokale Lücke zu füllen.“

Miriam Bunjes ■



# Jetzt geht es ans Umsetzen

## Verbindliche Standards für Text-Honorare an Tageszeitungen

Seit dem 1. Februar 2010 gibt es verbindliche Standards für die Text-Honorare der deutschen Tageszeitungen. Sieben Jahre nach Beginn der Verhandlungen von dju in ver.di und DJV mit dem Verlegerverband BDZV sind die Gemeinsamen Vergütungsregeln für freie Journalistinnen und Journalisten in Kraft.

Als angemessene Vergütungen im Sinne des Urheberrechts gelten Honorare für Textbeiträge je nach Auflagenhöhe und journalistischer Gattung zwischen 47 Cent und 1,65 Euro pro Druckzeile, beim Zweitdruck zwischen 38 Cent und 1,25 Euro. Diese Sätze liegen zwar sieben bis 14 Prozent unter den Werten des Tarifvertrags für arbeitnehmerähnliche Freie (12a-Tarifvertrag), können für viele Freie aber zu einem deutlich höheren Einkommen führen, zum Teil zur Verdoppelung von bisher gezahlten Zeilenhonoraren.

### Was vereinbart wurde

Niedrigere Zeilenhonorare können nicht mehr rechtsverbindlich vereinbart werden. Zahlen Verlage bereits höhere Honorare (es sind wenige), gelten diese als angemessen. Eine Absenkung ist nach den Vergütungsregeln ausgeschlossen.

Wie für die Print- ist auch für die Online-Ausgabe nur eine einmalige Veröffentlichung abgegolten, wenn vorher vereinbart, aber auch im Rahmen von Mantellieferungen und klar definierten Redaktionsgemeinschaften (Auflagenaddition im Rahmen der Tabelle).

Wird darüber hinaus eine Weitergabe an Dritte vereinbart, werden ab 300.000 Exemplare Gesamtauflage Honoraraufschläge von 40 Prozent der jeweiligen Auflagenstaffel fällig. Für andere zusätzliche Online-Nutzungen und die Einstellung in externe Datenbanken wie GBI-Genios erhalten Freie 55 Prozent der erzielbaren Netto-Erlöse. Für ein Total-Buy-Out müsste ein deutlich höheres als das Vergütungsregel-Honorar gezahlt werden.

Die Vergütungsregeln enthalten keine Bildhonorare. Die Gewerkschaftsseite konnte die BDZV-Honorarspannen von etwa 35 bis 60 Prozent der 12a-Bildhono-

rare nicht akzeptieren. Der Verlegerverband veröffentlicht sie aber als Bildhonorare, „die nicht unterschritten werden sollten“. Damit deklariert er noch niedrigere Honorare als unangemessen. Das ist also rechtlich angreifbar. Die Verhandlungen über Bildhonorare werden ab Januar 2011 fortgesetzt mit dem Ziel, in neun Monaten einen Abschluss zu erreichen, über die Vergütungsregeln insgesamt dann erneut ab Januar 2012.

### Lage wurde schwieriger

Das Verhandlungsergebnis ist naturgemäß ein Kompromiss. Es brauchte 45 Verhandlungsrunden bis er erreicht war. Auf Seiten der Verlage gab und gibt es durchaus unterschiedliche Interessen und Meinungen, auf was man sich einlassen

könne – bei den Honoraren und der Rechteübertragung. Anfangs hatten einige auch noch die Hoffnung, man könne die mit großen Kampagnen bekämpfte Urheberrechtsreform von 2002 zurückdrehen.

Schwerwiegend war die zunehmende Diskrepanz zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und der Realität an vielen Tageszeitungen. Online-Übernahme von Artikeln ohne Honorar sind fast schon Regel, Rechte-Buy-Out bleibt weiterhin klaglos – beklagt ja, geklagt wird kaum – und auch nach Honorarkürzungen fanden sich genügend Auftragnehmer.

Diese Entwicklung schwächt nicht nur die Durchsetzungskraft der freien Journalisten, sondern prägt natürlich auch den Erfahrungs- und Erwartungshorizont der Verleger und Verlagsmanager – ebenso wie die aufziehende „Zeitungskrise“, die seit längerem auch für Redakteure und andere Verlagsangestellte zu massiven Einschnitten bis hin zum Arbeitsplatzverlust führt.

### Akzeptabler Kompromiss

Vor dem Hintergrund der Branchenentwicklung sind die Gemeinsamen Vergütungsregeln ein akzeptabler Kompromiss. So haben es auch die Freien der dju-Tarifkommission gesehen und einstimmig für Annahme votiert. ▶

## Honorare für Textbeiträge in Tageszeitungen

### a) Nachrichten, Berichte

| Auflage         | bis 10.000 | bis 25.000 | bis 50.000 | bis 100.000 | bis 200.000 | über 200.000 |
|-----------------|------------|------------|------------|-------------|-------------|--------------|
| Erstdruckrecht  | 47–51      | 52–56      | 62–68      | 73–79       | 84–91       | 94–103       |
| Zweitdruckrecht | 38–42      | 41–45      | 46–50      | 56–60       | 63–69       | 71–78        |

### b) Reportagen, Gerichtsberichte, Spitzen, Glossen, unterhaltende Aufsätze, Kurzgeschichten

| Auflage         | bis 10.000 | bis 25.000 | bis 50.000 | bis 100.000 | bis 200.000 | über 200.000 |
|-----------------|------------|------------|------------|-------------|-------------|--------------|
| Erstdruckrecht  | 59–64      | 62–68      | 78–84      | 94–102      | 116–126     | 121–132      |
| Zweitdruckrecht | 44–48      | 46–50      | 61–66      | 71–77       | 88–95       | 91–100       |

### c) Kommentare, Leitartikel, Interviews, fachliche und wissenschaftliche Aufsätze, Kunstkritiken, Essays, Alleinveröffentlichungsrechte

| Auflage         | bis 10.000 | bis 25.000 | bis 50.000 | bis 100.000 | bis 200.000 | über 200.000 |
|-----------------|------------|------------|------------|-------------|-------------|--------------|
| Erstdruckrecht  | 74–80      | 78–85      | 98–105     | 119–128     | 145–158     | 151–165      |
| Zweitdruckrecht | 55–60      | 58–63      | 76–83      | 89–96       | 110–119     | 114–125      |

Angabe der Beträge in Cent. Die Berechnung der Honorare erfolgt nach Anzahl der Druckzeilen (Normalzeile mit 34 bis 40 Buchstaben). Als Mindesthonorar für einen Beitrag ist das Honorar für 20 Zeilen des jeweiligen Erstdruckrechts zu zahlen.

## Gemeinsame Vergütungsregeln für Freie an Tageszeitungen

im Download unter: [http://dju.verdi.de/freie\\_journalisten/tarifvertrag\\_ftaz/vergutungsregeln-tz](http://dju.verdi.de/freie_journalisten/tarifvertrag_ftaz/vergutungsregeln-tz) und als Broschüre in allen dju-Geschäftsstellen



Der Abschluss kann sogar als Erfolg bewertet werden, wenn die vereinbarten Standards für die Honorare freier Journalistinnen und Journalisten in weiten Teilen der Tageszeitungsbranche auch wirklich durch- und umgesetzt werden. Dafür werden sich die Freien gemeinsam in den Verlagen, aber auch einzeln gegenüber ihrem Auftraggeber mit der dju in den kommenden Monaten stark machen müssen. Erforderlich ist auch die Unterstützung der Redakteurinnen und Redakteure und der Betriebsräte. Diese Phase hat jetzt begonnen – und man darf durchaus optimistisch sein, dass ein Ende des Honorardumpings in Sicht ist.

Rüdiger Lühr, als freier Journalist in der dju-Verhandlungskommission ■

Foto: Christian v. Polentz/transit



Wieder aktuell! Slogan auf einer Protestaktion 2005 gegen Montgomerys Sparpläne

## Tarifstandards erhalten

Die Tarifverhandlungen für die etwa 9.000 im Bundesgebiet bei Zeitschriftenredaktionen angestellten Redakteurinnen und Redakteure sind auch nach der dritten Runde am 21. Januar ergebnislos geblieben und auf den 15. April in Berlin vertagt worden.

Der Manteltarifvertrag für Zeitschriftenredaktionen ist zum Ende 2009 vom Zeitschriftenverleger-Verband (VDZ) gekündigt worden. Der VDZ hat erneut von den Journalistengewerkschaften die Absenkung der Arbeitgeberbeiträge zur Presseversorgung gefordert und will für den neuen Manteltarif über eine Absenkung von Urlaubsgeld und Jahresleistung, Streichung von Zuschüssen zum Krankengeld und eine Verkürzung von Kündigungsfristen verhandeln. Zusätzlich soll die Arbeitszeit um vier Stunden verlängert werden, wodurch jede zehnte Redakteursstelle eingespart werden könnte. Die dju in ver.di hat die vom VDZ geforderten Verschlechterungen strikt abgelehnt. Sie will über zeitgemäße Anpassungen der Tarifwerke konstruktiv sprechen. Doch über die von der dju geforderte Einbeziehung der Onlineredakteurinnen und -redakteure, über bezahlte Qualifikationsansprüche, Arbeitszeitkonten und die Verlängerung des bis Ende 2010 laufenden Beschäftigungssicherungstarifvertrages hat der VDZ bisher nicht verhandeln wollen. „Die Haltung der Verleger-Vertreter zeigt damit mangelnden Respekt vor den Leistungen der Redakteurinnen und Redakteure“, kritisiert dju-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. Red. ■

# Eine für Vier

Trotz Ausgliederungsverbot: MDS gründet Redaktionsgemeinschaft

**Die Mediengruppe DuMont Schauberg (MDS) macht ernst: Die lange angekündigten „Synergieeffekte“ nehmen Gestalt an. Am Freitag, den 29. Januar um 18 Uhr wurde den Redakteurinnen und Redakteuren von Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau, Kölner Stadtanzeiger und Mitteldeutscher Zeitung mitgeteilt, dass die DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH gegründet wird. Dort werden „etwa 25 Journalisten zusammen arbeiten, die künftig für alle vier Titel auf den Themenfeldern Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schreiben“, heißt es in einer MDS-Mitteilung.**

Die Redaktionsgemeinschaft mit der jetzigen Vizechefredakteurin der Berliner Zeitung, Brigitte Fehrle, als Chefredakteurin, und Robert von Heusinger, aktuell noch Ressortchef Wirtschaft der Frankfurter Rundschau als ihr Stellvertreter, soll Anfang April die Arbeit aufnehmen. Die Stellenausschreibung läuft, bis 18. Februar sollen die Bewerbungen eingegangen sein. Da noch nicht geklärt sei, auf welche Bedingungen sich die Bewerber für die Redaktionsgemeinschaft einlassen, moniert ver.di die Stellenausschreibungen und kurze Bewerbungsfrist. „Ein faires Verfahren sieht anders aus“, so die Gewerkschaft in einer Tarifinformation an die Beschäftigten.

„Es geht nur um eine dauerhafte Senkung der Kosten mit schleichendem Arbeitsplatzabbau, nicht um Qualitätssteigerung“, wertet ver.di-Tarifsekretär und MDS-Konzernbetreuer Matthias von Fintel die

MDS-Pläne. Die „neue Zentralredaktion“ sei gesellschaftsrechtlich vom Verlag getrennt“ und damit zunächst ohne Tarifbindung. MDS wurde aufgefordert, mit ver.di „in den nächsten zwei Wochen“ Tarifverhandlungen aufzunehmen, „um noch im Entscheidungsprozess für oder gegen die Redaktionsgemeinschaft klare Bedingungen und verlässliche Regelungen ermöglichen zu können“.

Zudem macht ver.di darauf aufmerksam, dass mit dem Weg der Ausgliederung gegen das Redaktionsstatut der Berliner Zeitung verstoßen werde, demnach das Hauptstadtblatt eine „Zeitung mit Vollredaktion und eigenen überregionalen Ressorts“ sei. Auch der Haustarifvertrag der Frankfurter Rundschau verbiete solche Ausgliederungen. „Durch die Zentralredaktion werden die Ressorts Wirtschaft und Politik zumindest bei der Frankfurter Rundschau und der Berliner Zeitung faktisch aufgelöst“ stellt Matthias von Fintel fest.

Für Michael Ridder von epd-Medien ist die Gründung der MDS-Redaktionsgemeinschaft ein „Tabubruch“. Zwar gebe es solche Modelle bereits für Regionalzeitungen, doch auf der Ebene der überregionalen Zeitungen sei eine Vollredaktion so noch nicht entkernt worden. „Hier droht Einheitsbrei“ sagte Ridder im Deutschlandradio. Die Medienforschung würde belegen, dass jede Zeitung ihren individuellen Zuschnitt brauche und man Artikel nicht so ohne weiteres verpflanzen könne. <http://mds.verdi.de> fre ■

## Das neue Blättchen im Netz

BERLIN. „Das Blättchen“ ist wieder da. Nicht im roten Mantel und nicht auf Papier gedruckt, aber interessant und streitbar wie eh und je kommt es mit Chefredakteur Wolfgang Sabath online daher. [www.das-blaettchen.de](http://www.das-blaettchen.de) Bereits die dritte Ausgabe erscheint Mitte Februar. Zum Neustart am Jahresanfang wurde mit einer Kostbarkeit aufgewartet. In einem Sonderteil erschien zum ersten Mal in deutscher Sprache das Nachlassverzeichnis von Kurt Tucholsky. Es lohnt nachzulesen.

Ende September vergangenen Jahres war zunächst Schluss nach zwölf Jahrgängen seit 1998 mit mehr als dreihundert Ausgaben. Produziert wurde immer am Limit, sowohl generell finanziell als auch die Arbeitskraft der unermüdlichen Macher selbstausbeutend. Auch künftig wird das in der Tradition der Weltbühne stehende Blättchen – Zeitschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft – vor allem von Idealisten honorarfrei gefüllt. „Links ohne Linkslastigkeit; kritisch ohne Dogma“ (ND 18.1.2010) scheint weiter die Devise. *wen* ■

## Konzernbetriebsrat bei Bauer-Tochter

HAMBURG. Im Konzern der Verleger-tochter Yvonne Bauer gibt es seit dem 27. Januar einen Konzernbetriebsrat (KBR). Die Betriebsräte der verschiedenen Betriebe des Konzerns haben damit unmittelbar auf die jüngsten Umstrukturierungen in der Bauer Media Group reagiert. Zur Vorsitzenden des KBR wurde Kersten Artus (ver.di) gewählt, zu ihrer Stellvertreterin Anne Stark. Der KBR vertritt die Interessen von über eintausend Beschäftigten.

In einem Schreiben an die Konzernleitung fordert der Konzernbetriebsrat die Konzernleitung auf, ihre soziale Verantwortung nach den zahlreichen arbeitsrechtlichen Verschlechterungen in den zurückliegenden Jahren wahr zu nehmen und die bestehenden Arbeitsplätze für die kommenden Jahre zu sichern. Zudem stellt der KBR fest, dass es in den Redaktionen von *In Touch* sowie *Life & Style* keine geregelten Arbeitszeiten gibt. Häufig müsse bis in die Nacht gearbeitet werden. Hier möge die Konzernleitung Abhilfe schaffen. Der Yvonne Bauer Konzern ist zu Jahresbeginn entstanden, da der Hamburger Verleger Heinz Heinrich Bauer (70) einen Teil seiner Unternehmen an seine Tochter Yvonne übertragen hat. ■

# 21 Redakteure zu viel

## Schickler-Zahlen bestimmen die WAZ-Redaktionen

Nach Ansicht der Personalabteilung der WAZ-Mediengruppe und der Unternehmensberatung Schickler sind in den Redaktionen der *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung (NRZ)* und der *Westfälischen Rundschau (WR)* immer noch 21 Redakteurinnen und Redakteure zuviel beschäftigt. Dies geht aus einer Rundmail hervor, die der Personalchef der Mediengruppe, Jochim Kopatzki an die Redaktionen der vier WAZ-Titel verschickt hat. 296,5 Stellen seien nach einer aktuellen Bestandsaufnahme schon abgebaut worden. Dabei habe sich aber auch herausgestellt, dass einige Redaktionen unterhalb und andere oberhalb der Schickler-Zahlen liegen. Nach jetzigem Stand der Dinge ergebe sich das Bild, dass bei der NRZ 10 und bei der WR 11 so genannte Mitarbeiterkapazitäten überschüssig sind. Die *Westfalenpost* hat die Vorgaben erfüllt.

Es würden aber weiterhin „alle An-

strengungen“ unternommen, um die Schickler-Zahlen überall zu erreichen. Das sei mit allen beteiligten Chefredaktionen „einvernehmlich“ besprochen worden. Aus gegebenem Anlass erinnerte Kopatzki daran, dass bei der NRZ und der WR die Angebote gemäß Sozialplan (mit Ausnahme der Altersteilzeit) weiter gelten. Aufgrund der Stellenausschreibung der WAZ zum Beispiel an den personell noch unterbesetzten Regiodesks in Duisburg, Essen und Bochum gebe es Möglichkeiten, andere Aufgaben in NRW zu übernehmen. Eine Betriebsvereinbarung, die die titelübergreifende Versetzung regelt, sei mit den Betriebsräten bereits abgeschlossen. Kopatzki bittet darum, den Wechsel an einen anderen Titel zu überdenken, bevor über „eine einseitige Versetzung“ gesprochen werden müsse. Diese „letzten Schritte“ zum Erreichen der Schickler-Zahlen seien nötig, damit die wirtschaftlich dringend notwendigen und erforderlichen Einsparungen auf Redaktionsebene erreicht werden, heißt es in dem Schreiben, das der Redaktion von M vorliegt.

Damit wird nach Ansicht der dju NRW der Personalabbau in den Lokalredaktionen der NRZ und der WR noch einmal verschärft. Schon auf der letzten Betriebsversammlung der vier WAZ-Titel hatten sich insbesondere die Kolleginnen und Kollegen aus den Lokalredaktionen über die immense Arbeitsbelastung beklagt. *Frank Biermann* ■



## Tarifabschlüsse in Sachsen und Bayern

Für die Angestellten an Zeitungsverlagen in Sachsen wurde Ende 2009 ein Tarifabschluss vereinbart. Spätestens mit der Gehaltsabrechnung Februar 2010 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 260 Euro fällig. Auszubildende erhalten 125 Euro. Eine lineare Erhöhung konnte nicht erreicht werden. Der Tarifabschluss hat eine Laufzeit von 16 Monaten bis zum 31. August 2010.

Am 25. Januar wurde für die Angestellten in Zeitungsverlagen in Bayern eine Einigung erzielt. Auch hier gibt es im Februar zum Gehalt eine Einmalzahlung dazu: 150 Euro (Azubis 75 Euro, Teilzeitkräfte anteilig). Zum 1. August erfolgt eine lineare Erhöhung um 1,6 %. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 24 Monate, kündbar zum 30. April 2011. ■

## Neue Berufsgenossenschaft für Fotografen

DÜSSELDORF. Für Kameralente, Fotografinnen, IT-Experten und Grafikdesignerinnen ist seit Anfang des Jahres eine neue Berufsgenossenschaft zuständig: Die Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienprodukte (BG ETEM) wurde aus mehreren alten Genossenschaften gegründet. Die Konditionen für die Versicherten blieben weitgehend unverändert; selbstständige Fotografen und Grafikdesignerinnen sind hier weiterhin pflichtversichert. Beiträge (Gefahrtarife) sind weitgehend erhalten gegenüber den Vorläufer-BG. Dagegen wurden die Mindestversicherungssummen deutlich erhöht. ■

[www.mediafon.net](http://www.mediafon.net)

# Video als Beweis für Kriegsverbrechen

## Öffentliches Interesse contra sensationeller Berichterstattung

In seinen Sitzungen im Dezember 2009 hat der Deutsche Presserat sechs Rügen, 15 Missbilligungen und 29 Hinweise ausgesprochen. Insgesamt wurden in den zwei Ausschüssen 102 Beschwerden behandelt.

Eine Beschwerde war gegen *SpiegelOnline* gerichtet. Es galt, der Frage nachzugehen, wie die Abwägung zwischen öffentlichem Interesse und unangemessener sensationeller Berichterstattung gelingen kann, ohne den Pressekodex zu verletzen. „Kopfschuss, Gelächter, Genickschuss“ titelt *SpiegelOnline*. In dem Beitrag geht es um ein Video, das Kriegsverbrechen in Sri Lanka beweisen soll. Der von einem Soldaten der Regierungsarmee mit Handy aufgenommene Film zeigt die Tötung von nackten Gefangenen. Am Ende des Beitrages weist die Redaktion auf einen Link mit der Überschrift „Hinrichtungsvideo aus Sri Lanka: Die Armee bestreitet jede Verantwortung“ hin. *SpiegelOnline* teilt mit, dass Journalisten der Zugang zu der umkämpften Region verweigert worden sei. Das Video sei über die Organisation „Journalists for democracy“ an die internationale Presse weitergegeben worden.

Zwei Nutzer von *SpiegelOnline* sehen sowohl im Beitrag als auch im Video einen Verstoß gegen die Ziffern 8 (Persönlichkeitsrechte) und 11 (Sensationsberichter-

stattung, Jugendschutz) des Pressekodex. Nach ihrer Meinung sollten solche Bilder nicht öffentlich gezeigt werden, wenn es sich um ein Propaganda-Video handeln könnte.

Das Nachrichtenmagazin ist jedoch der Meinung, dass in diesem Fall zwischen dem journalistischen Auftrag, auch die Grausamkeit von Kriegen in Text und Bild darzustellen, und den Anforderungen der Ziffern 8 und 11 abgewogen werden müsse. Statistiken allein könnten kein angemessenes journalistisches Bild von Krieg und Gewalt vermitteln. Im Video seien die Betroffenen nicht zu identifizieren. Die Tötungsszenen würden nicht gezeigt.

Der Beschwerdeausschuss folgt dieser Argumentation und kommt zu dem Schluss, dass *SpiegelOnline* nicht gegen ethische Grundsätze verstoßen hat. Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Frage, ob es zulässig ist, die Bilder zu zeigen, obwohl dessen Wahrheitsgehalt nicht erwiesen ist. Danach ergibt sich gerade aus dem Problem, dass Journalisten nicht vor Ort sein konnten, ein öffentliches Interesse an dem Material und die Redaktion thematisiert das Problem der unklaren Quellenlage. So kann der Leser die Aufnahmen kritisch einordnen.

Red. ■

## VG Wort: Einigung mit Geräteindustrie über PC-Vergütung

Fast zwei Jahre nach Inkrafttreten des neuen Urheberrechtsgesetzes haben die VG Wort, die VG Bild-Kunst und die übrigen in der Zentralstelle für private Überspielungsrechte (ZPÜ) zusammengeschlossenen Verwertungsgesellschaften eine Einigung über die Urheberrechtsvergütung für private Vervielfältigungen mit PCs erzielt. Mit dem neu gegründeten „Bundesverband Computerhersteller e.V.“ (BCH) wurde eine Vereinbarung über die Zeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2010 und ein Vergleich über die Vergütung für die Jahre 2002 bis 2007 geschlossen. Die Vereinbarung für die Jahre 2008 bis 2010 umfasst neben der Vergütung für audiovisuelle Medien auch die Reprographievergütung für PCs. Der Vergleich für den Zeitraum 2002 bis 2007 hingegen beschränkt sich auf eine Regelung für den audiovisuellen Bereich wie sie bis Ende 2007 galt. Zur Reprographievergütung für PCs nach dieser alten Regelung, die in einem Urteil des Bundesgerichtshofs verneint worden war, ist weiterhin eine Verfassungsbeschwerde der VG Wort anhängig.

Diese Einigung ist ein Durchbruch bei der Regelung der Vergütungen nach neuem Recht. Die VG Wort setze nun alles daran, auch für andere vergütungspflichtige Geräte entsprechende Einigungen zu erzielen, heißt es in ihrem Newsletter. Mit den Zahlungen der Industrie wird 2010 gerechnet, mit ersten Ausschüttungen in 2011 für 2010. ■



# Ungleiches Duell

## WDR zwischen Rundfunk- und Informationsfreiheit

Das ungleiche Duell zwischen dem freien Journalisten Marvin Oppong und dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) geht in eine neue Runde. Oppong, noch mitten im Jura-Studium und allenfalls nebenberuflich Journalist, hat gegen die größte öffentlich-rechtliche Anstalt geklagt. Denn die will ihm nicht freiwillig verraten, was er von ihr wissen will: An welche privaten Unternehmen und in welchem Umfang der Sender Aufträge vergibt. Seit nunmehr drei Jahren müht sich Oppong am WDR ab. Er hat unter Kollegen viel Staub aufgewirbelt, an die gewünschten Informationen ist er bis heute nicht gekommen. Oppong glaubt, auf die Auskünfte ein Recht zu haben und beruft sich dabei auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) NRW. Weil seine Klage in erster Instanz gescheitert ist, zieht er vor das nächste Gericht.

Das IFG trage dem wachsenden Bedürfnis nach Informationen und nach Transparenz der öffentlichen Verwaltung Rechnung, hieß es bei Inkrafttreten des Gesetzes 2002 im Düsseldorfer Innenministerium. Ob es auch auf den WDR anwendbar ist, da gehen die Meinungen weit auseinander. „Sowohl der presserechtliche als auch der allgemeine Auskunftsanspruch nach dem IFG sind staatsgerichtete Ansprüche. Der WDR ist aber als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt nicht Teil der unmittelbaren oder mittelbaren Staatsverwaltung“, hatte WDR-Intendantin Monika Piel im August 2009 gegenüber der Landesregierung bezogen. Drei Monate später ist das Verwaltungsgericht (VG) Köln dieser Argumentation gefolgt und hat Oppongs Klage abgeschmettert. Das war im November 2009.

### ■ Neues Gesetz für WDR anwendbar

Kurz darauf hat der Düsseldorfer Landtag die Anwendbarkeit des IFG auf den Sender im Landesmedienrecht geregelt: Seit dem 15. Dezember heißt es unter Paragraph 55a des WDR-Gesetzes: „Das Informationsfreiheitsgesetz findet auf den WDR Anwendung, es sei denn, dass journalistisch-redaktionelle Informationen betroffen sind.“ Diese Gesetzes-Novellierung schon im Blick hatte das VG Köln ebenfalls dargelegt, dass nicht-redaktioneller und redaktioneller Bereich nicht voneinander zu trennen seien. Dieser Ansicht ist auch der Sender und warnt vor einer drohenden Gefährdung von Redaktionsgeheimnissen.

Um zu überprüfen, wie groß die Gefahr im konkreten Fall tatsächlich ist, hilft ein Blick auf die Unternehmen, über die Oppong Auskünfte haben will. Darunter sind Banken, Versicherungen, Unternehmen aus der Telekommunikations-Branche und Messeveranstalter. „Was hat der Kauf von Stühlen und Tischen mit Redaktionsgeheimnissen zu tun“, fragt Oppong, um deutlich zu machen, dass es ihm nicht um journalistische Bereiche gehe. Es kommen auch Beratungsfirmen, Privatpersonen und Medienunternehmen in seiner Liste vor. Diese Auswahl hat er nicht ganz zufällig getroffen. Oppong will offenbar abklopfen, ob jemand aus dem WDR-Rundfunkrat Geschäfte mit dem Sender macht. Laut WDR-Gesetz ist das untersagt. Andernfalls würde die Mitgliedschaft in dem Kontroll-Gremium erlöschen. Oppong ist misstrauisch, ob die Dinge ihren rechten Lauf nehmen. Anlass dazu habe die Internetseite des Senders geboten. „Ein Rundfunkratsmitglied hat sich dort als Berater von Banken und Medienunternehmen ausgewiesen. Ich fragte denjenigen, ob zu diesen Medienunternehmen auch der WDR gehöre“, berichtet Oppong. Eine Antwort sei ausgeblieben, stattdessen der Eintrag aus dem Netz verschwunden. Mit Mutmaßungen über die Gründe hält er sich zurück und erhofft sich stattdessen Klarheit durch seine Anfragen.

Wenn man Thomas Hoeren glauben darf, muss der WDR auspacken. Für den Medienrechtler von der Universität Münster ist mit Inkrafttreten des neuen WDR-Gesetzes die Sache klar „Das IFG ist grundsätzlich immer auf den WDR anwendbar“, sagt er. Ausnahmen seien eng auszulegen und die Beweislast liege beim Sender. Der aber hält die Rundfunkfreiheit dagegen. Sie schütze alle mit Rundfunk zusammenhängenden Tätigkeiten, von der Beschaffung einer Information und der Produktion von Sendungen bis hin zur Informationsverbreitung. In einer schriftlichen Stellungnahme des Senders gegenüber „M“ heißt es: „Bürgern und Journalisten steht grundsätzlich kein rechtlicher Auskunftsanspruch gegen den WDR zu, da

Foto: Michael Billig



### Jurastudent und Journalist: Marvin Oppong klagt gegen den WDR

dieser keine Behörde ist und im Übrigen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch keine staatliche Verwaltungstätigkeit ausübt.“ Mit den „wenigen Ausnahmen“ sind die Einnahmen aus Rundfunkgebühren und die Vergabe von Sendeplätzen an Dritte, beispielsweise Wahlwerbespots für Parteien gemeint.

### ■ In Münster Revision angemeldet

Scheint ganz so, als habe der WDR in der Sache IFG trotz neuem Landesmedienrecht auf stur geschaltet. Marvin Oppong lässt dennoch nicht locker und hat jüngst am Oberverwaltungsgericht Münster Revision angemeldet. Bestärkt fühlt er sich durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH). Der hat im Dezember vergangenen Jahres den Schuldspruch gegen den ehemaligen HR-Sportchef Jürgen Emig bestätigt. Emig war vom Landgericht Frankfurt wegen Bestechlichkeit und Veruntreuung zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden. Begründung für die Gefängnisstrafe: Als Verantwortlicher Redakteur einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt sei er Amtsträger im strafrechtlichen Sinne. An diesem Punkt setzt auch Oppong an: Dass ein Redakteur eines gebührenfinanzierten Senders als Amtsträger gelte, der Sender aber nicht wie ein Amt Auskunft geben müsse, wolle er nicht einsehen. Oppong rüstet sich für die erneute Auseinandersetzung vor Gericht und hat, um Kosten vollständig abdecken zu können, auf seiner Internetseite [www.oppoing.de](http://www.oppoing.de) einen Spendenaufruf gestartet.

Michael Billig ■

# Hallo-Ü-Wagen

## Zukunft einer traditionsreichen Radiosendung in Frage gestellt

**Beim WDR steht die Sendung „Hallo Ü-Wagen“ zur Disposition. Hörerinnen und Hörer befürchten die Einstellung der traditionsreichen Alltagsberichterstattung auf WDR 5 und wenden sich an Intendanz und Rundfunkrat.**

Seit 35 Jahren spiegelt „Hallo-Ü-Wagen“ den Alltag der Menschen in NRW, geht direkt vor Ort, fährt auf die Marktplätze und spricht mit den Bürgern. Die Themen werden größten Teils von Hörerinnen und Hörern vorgeschlagen. Nachdem bekannt wurde, dass es Bestrebungen geben soll, die Sendung abzusetzen, formierte sich Widerstand. Ein Freundeskreis wurde gebildet. Mit Protestschreiben an Intendanz und Rundfunkrat und mit einer Petition an den NRW-Landtag setzt er sich für dieses „beispielhafte und bewährte Medienformat demokratischer Öffentlichkeit“ ein. „Mit ihrem Konzept hat die Sendung Hallo-Ü-Wagen ein vorbildhaftes Allein-

stellungsmerkmal. Der Prozess des Denkens und der Meinungsbildung wird auf einzigartige und nachahmenswerte Weise abgebildet und in nachvollziehbaren Schritten öffentlich gemacht“, heißt es in der Petition. Dem vermeintlichen Argument eines Sparzwangs wird entgegen gehalten: „Statt über ein Beenden dieser wertvollen Sendung nachzudenken, sollte ein besserer Platz gefunden werden, an dem sie prominent zur Geltung kommt. Dann würde sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit nicht stellen.“

Der WDR-Rundfunkrat und inzwischen auch sein Programmausschuss haben sich mit dem Thema und den an das Gremium gerichteten Eingaben beschäftigt. Der Rundfunkrat unterstütze „Ihre Position, dass die Sendung Hallo-Ü-Wagen für die Identifikation mit dem WDR und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Nordrhein-Westfalen sehr hoch eingeschätzt

wird“, schrieb die Rundfunkratsvorsitzende Ruth Hieronymi an eine Hörerin, die sich ebenfalls mit einer Online-Petition an den Landtag gewandt hat. Dies sei verbunden mit der Hoffnung gegenüber der Hörfunkredaktion, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sendung zu erhalten“. Mögliche Änderungen sollten mit „Bedacht und Vorsicht“ vorgenommen werden, heißt es weiter. Gegenüber dem Rundfunkrat habe die Intendantin derweil bestätigt, „dass zur Zeit über die Zukunft der Sendereihe Hallo-Ü-Wagen nachgedacht werde“. Hieronymi wies allerdings auch darauf hin, dass die Intendantin für das Programm des WDR zuständig und verantwortlich sei und der Rundfunkrat nur eine beratende Aufgabe habe. Sie habe das Schreiben der Hörerin mit der Bitte um Stellungnahme an die Intendantin weiter geleitet, in der Hoffnung, dass damit „eine intensivere Prüfung“ der vorgetragenen Argumente für Hallo-Ü-Wagen erreicht werden könne. Antworten aus der Intendanz waren bis zur Drucklegung von M noch nicht bekannt. Betroffen von einer Einstellung der Sendung oder auch einer Reduzierung des Umfangs wären vor allem freie WDR-Mitarbeiter, denn sie stemmen den größten Teil der Sendung. *Karin Wenk* ■

## Trotz voller Auftragsbücher

### Kündigungen beim Start der Bavaria-Tochter

**Das neue Tochterunternehmen Bavaria Studios & Production Services GmbH nahm am 1. Februar seinen Geschäftsbetrieb auf. Der Zusammenschluss der Bavaria Film- und Fernsehstudios (BFFS) und der Bavaria Produktion Services (BPS) bietet Dienstleistungen aus einer Hand an. Kurz vor dem Zusammenschluss kündigte die Geschäftsführung der BPS erste Entlassungen an.**

Der neue Geschäftsführer der BPS und BFFS, Martin Moll, sprach davon, dass im Rahmen der Zusammenführung „doppelte Arbeitsplätze“ in beiden Unternehmen abgebaut würden. Jeder Arbeitsplatz stehe zur Disposition. Inzwischen wurden vier Kündigungen bei der BPS ausgesprochen, zwei Kollegen mit befristeten Verträgen werden nicht weiter beschäftigt. Zudem plant die BPS, die Sendeabwicklung zum 31. März zu schließen. Insgesamt sind von diesen Planungen etwa 10 Mitarbeiter betroffen. Der Betriebsrat der BPS hat einen Interessenausgleich und Sozialplan abgeschlossen. ver.di hat die Geschäftsführung der BPS und BFFS zu Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag aufgefordert. Desweiteren wurden ZDF und Bavaria Film GmbH aufgefordert, jedem Beschäftigten einen Ersatzarbeitsplatz anzubieten.

Die Auftragsbücher der Bavaria seien voll, weiß ver.di-Sekretär Jörg Reichel. Neben Produktionen für das ZDF und ARD gebe auch Hollywoodstar Kevin Costner in 2010 sein Debüt in München. „Das ZDF und Bavaria Film GmbH stehen deshalb in der Pflicht, Ersatzarbeitsplätze anzubieten“, fordert Reichel. Es gebe keinen Grund, Mitarbeiter auf die Straße zu setzen: „Für jeden ist Arbeit da – ob bei Bavaria oder beim ZDF“, so Reichel. ver.di werde wie bei den Dekorationsbauern von „Wetten dass?“ im August 2008 um jeden Arbeitsplatz kämpfen, kündigte Reichel an. *Red.* ■

Anzeige

# Mit Hartnäckigkeit ans Ziel

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen Tarifabschluss beim RBB

Was lange währte, wurde endlich gut. Nach schwierigen Auseinandersetzungen, die von mehreren Warnstreiks der Belegschaft begleitet waren und schließlich in der Zuziehung von externen Vermittlern gipfelten, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RBB aufatmen: Ein ansehnlicher Abschluss ist nun unter Dach und Fach gebracht.



Foto: Christian v. Polentz/transit

„Wir können mit dem Ergebnis zufrieden sein, die gewerkschaftlichen Forderungen wurden weitgehend erfüllt“, sagt der zuständige ver.di-Landesbezirksfachbereichsleiter Andreas Köhn. Die Gehälter der festangestellten Beschäftigten werden mit einem Plus von insgesamt 5,36 Prozent dem durchschnittlichen ARD-Niveau angeglichen, die Honorare der freien Mitarbeiter erfahren eine wertgleiche Erhöhung. Das Ergebnis zeigt vor allem eins: Allen Unkenrufen zum Trotz kann mit Engagement, Kampfbereitschaft und Solidarität viel erreicht werden. Ein Ergebnis, auf das die Gewerkschaft zu Recht stolz sein darf.

Der alte Tarifvertrag endete am 30. September 2009, seitdem wurden die Verhandlungen mit harten Bandagen geführt. Die Belegschaft des RBB wollte nicht länger auf der ARD-Skala weit hinten rangieren. Außerdem verlangte sie eine strikte Trennung zwischen Fragen des Gehaltstarifs und denen des Manteltarifs. Mit sechs Warnstreiks verliehen zahlreiche Arbeitnehmer ihrem Willen immer wieder hör- und spürbar Nachdruck. Programmausfälle etwa beim Inforadio oder bei „rbb aktuell“ machten schließlich auch Zuschauer und Hörer auf den Konflikt aufmerksam. Als Anfang Dezember immer noch keine Einigung in Sicht war, stimmten die Gewerkschaften schließlich einer externen Vermittlung zu.

Das Vermittlungsverfahren startete am Anfang Dezember und war von vornherein auf zwei Wochen begrenzt. Selbst während der Vermittlung durch prominente Arbeitsrechtler – Wolfgang Däubler für die Arbeitnehmerseite und Jutta Glock für die Arbeitgeberseite – stand zeitweise alles auf der Kippe. Erst am 15. Dezember legten die Vermittler einen Vorschlag vor,

## Wochenlange Aktionen für akzeptable Bezahlung

der sich sehen lassen konnte. ver.di befragte dazu die Beschäftigten und erzielte breite Zustimmung. Die betriebliche Tarifkommission nahm daraufhin am 21. Dezember die Empfehlung der Vermittler an. Die RBB-Geschäftsleitung hatte schon vor Aufnahme des Verfahrens angekündigt, dass sie den Vorschlag in jedem Fall akzeptieren werde.

## ■ Mehr Honorar für Freie

Der neu ausgehandelte Tarifvertrag tritt rückwirkend zum 1. Oktober 2009 in Kraft. Er enthält Verbesserungen für alle Mitarbeitergruppen. Für alle Festen erhöht sich ab dem 1. Januar 2010 das Gehalt um einen festen Sockelbetrag von 40 Euro. Die Gehälter steigen ab dem gleichen Zeitpunkt um 2,0 Prozent, ab dem 1. Dezember 2010 nochmals um 2,0 Prozent. Für die Monate Oktober bis Dezember 2009 gibt es eine ausgleichende Einmalzahlung von 300 Euro.

Auch die freien Mitarbeiter können sich – rückwirkend ab Oktober – über eine Steigerung der typischerweise gezahlten Honorare um 3,0 Prozent freuen. Ab 1. Januar 2010 wird die Erhöhung nur noch 2,6 Prozent betragen, die Differenz von 0,4 Prozent soll in eine Neuregelung des Krankentagegelds fließen. Vom 1. Oktober 2010 an wachsen die Honorare nochmals um 2,3 Prozent.

Endlich soll auch die Ungleichbehandlung der beiden Senderstandorte von SFB und ORB schwinden: Der Kinderzuschlag liegt nun bei einheitlich 97 Euro pro Kind, Potsdamer mussten sich bisher mit 89 Euro begnügen. Einige frühere SFB-

Mitarbeiter aus Berlin müssen ab 2013 auf die Extrazahlung in den Dienstzeitstufen verzichten. Dafür erhalten dann jedoch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Tarifstufe neun einen Zuschlag von 130 Euro. „Die fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben konnte damit erfolgreich verhindert werden“, heißt es seitens der ver.di-Tarifkommission. In die Portemonnaies der Auszubildenden fließen ab Januar zusätzliche Sockelbeträge von 20 Euro sowie jeweils lineare Erhöhungen ab 1. Januar 2010 um 2,5 Prozent und ab 1. Oktober 2010 um 2,3 Prozent. Für die Zeit von Januar bis Dezember 2009 werden ihnen einmalig 150 Euro gezahlt.

Der Tarifvertrag läuft über zwei Jahre. Da er rückwirkend zum 1. Oktober 2009 in Kraft tritt, endet er regulär am 30. September 2011. Dies hat den Vorteil, dass die nächsten Verhandlungen nicht erst kurz vor Weihnachten geführt werden müssen. RBB-Verwaltungsdirektor Hagen Brandstätter gab sich erleichtert über die Einigung. Sie bringe allen eine deutliche Erhöhung der Bezüge, „angesichts der schwierigen finanziellen Lage des Senders kein einfacher Schritt“. Dass es leicht ist, würde zurzeit wohl auch niemand behaupten. Niemand wird die allgemeinen Sparzwänge angesichts der zu erwartenden Gebührenaufschläge ausblenden. Allerdings sollte sich ein Sender, der auf motivierte Mitarbeiter angewiesen ist, gut überlegen, wo er die Schere ansetzt. Das Streikmotto des längsten Arbeitskamps innerhalb der ARD „Genug gespart am Programm und allen, die es machen!“ spricht eine deutliche Sprache und ist noch längst nicht verhallt.

Ute C. Bauer ■



# Hirn will Arbeit

## Deutschlandradio Wissen – eine Art Labor mit Netzanschluss

Hirn will Arbeit – mit diesem forschenden Slogan startete am 18. Januar mit „DRadio Wissen“ das dritte Programm des 1994 gegründeten Deutschlandradios. „Eine wunderschöne Abrundung unseres Qualitätsbouquets“, freut sich DLR-Intendant Willi Steul über diese „ideale Ergänzung“ zum Deutschlandfunk und zu Deutschlandradio Kultur, den anderen beiden Säulen der DLR-Programmfamilie. DRadio Wissen will sich allem widmen, „was wissenschaftlich ist: von Wissenschaft bis Alltagswissen, von Campus bis Karriere, von Natur bis Literatur, von Web bis Wirtschaft“, so die sendereigene Beschreibung.

Das Programm sei eine Art Labor mit Netzanschluss, sagt Steul, „wir werden darin die Grenzen des Experimentellen ausloten“. Man fühle sich privilegiert, in medienpolitisch bewegten und wirtschaftlich schwierigen Zeiten „etwas komplett Neues auf die Beine zu stellen“, bekennt Programmchef Dietmar Timm. Die rechtliche Grundlage lieferte der 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, in dem die Länder das Deutschlandradio ausdrücklich mit der Entwicklung von DRadio Wissen beauftragten. Das Programmschema sieht tagsüber von sechs bis 18 Uhr so genannte Nachrichtenquadranten vor. Zur vollen und zur halben Stunde werden klassische News ausgestrahlt. Um Viertel nach und Viertel vor jeder vollen Stunde stehen Kultur- und Wissenschaftsnachrichten auf dem Programm. Dazwischen gibt es thematische Blöcke, sortiert nach Rubriken wie Agenda, Natur, Medien, Globus und Kultur. Am späteren Abend sind Halb- oder Ganzstundensendungen vorgesehen.

### ■ Kooperationen mit vielen Partnern

Dabei kooperiert DRadio Wissen mittels „Radiolinks“ mit geeigneten Redaktionen verschiedener ARD-Landesrundfunkanstalten, etwa mit „SWR2 Campus“ oder mit „hr2 Kultur Wissenswert“. Daneben gibt es auch eine Zusammenarbeit mit internationalen Radiopartnern, etwa mit dem Schweizer DRS und mit Radio France. Eine Kooperationsvereinbarung mit der BBC ist geplant; im Februar startet die Zusammenarbeit mit Zeit Online. Werktags um 18:30 Uhr lädt das Programm zur andertalbstündlichen „Redaktionskonferenz“, in der Redakteure, Hörer und Gäste aktuelle Themen diskutieren. Eine Besonderheit bildet auch die „Musikfarbe“: Sie besteht aus Soundstreams, die teilweise Auftragsarbeiten prominenter DJs sind.

Gestemmt wird das innovative Programm von elf Festen und 60 bis 70 Freien Mitarbeitern. Der Jahresetat liegt bei 6,9 Millionen Euro, davon sind vier Millionen Programmmittel. Mittel, die im aktuellen Haushalt nicht eingeplant sind, sondern einstweilen aus eigenen Reserven rekrutiert werden. Über UKW ist der neue Sender nicht zu empfangen, wohl aber über Kabel und Satellit sowie als Livestream im Internet. Alle Beiträge lassen sich aber schon direkt nach Fertigstellung unter [www.dradio.de](http://www.dradio.de) abrufen. Frei nach der Devise „online first!“ Ein Service, auf den speziell die Zielgruppe der jüngeren Hörer gern zurückgreifen dürfte. *kel* ■

# Etwas von Viktualienmarkt

60 Jahre Berlinale – ein Gespräch mit Festivalchef Dieter Kosslick



Am 6. Juni 1951 feierten die Internationalen Filmfestspiele Berlin ihre Premiere. Seit fünf Jahrzehnten gehören sie zu den drei wichtigsten Filmfestivals der Welt, wobei Berlin der einzige Ort ist, an dem das Publikum so viele Filme sehen kann. 2009 verzeichnete die Berlinale mit 275.000 verkauften Eintrittskarten und fast 500.000 Kinobesuchen in zehn Tagen einen neuen Besucherrekord. Dieter Kosslick hat die Leitung ein Jahr nach dem Umzug des Festivals vom alten Festivalstandort am Ku'damm an den Potsdamer Platz übernommen und das Angebot kräftig ausgebaut. Er kreierte die „Perspektiven Deutsches Kino“, den Talent Campus, auf dem Hunderte junge Filmemacher aus aller Welt Kontakte knüpfen können, die Kulinarische Reihe und im Vorjahr die Special Screenings, die zu einem Schaufenster des deutschen und internationalen Films wurden.

Dieter Kosslick hat die Leitung ein Jahr nach dem Umzug des Festivals vom alten Festivalstandort am Ku'damm an den Potsdamer Platz übernommen und das Angebot kräftig ausgebaut. Er kreierte die „Perspektiven Deutsches Kino“, den Talent Campus, auf dem Hunderte junge Filmemacher aus aller Welt Kontakte knüpfen können, die Kulinarische Reihe und im Vorjahr die Special Screenings, die zu einem Schaufenster des deutschen und internationalen Films wurden.

**M | Die Berlinale feiert in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag (11. bis 21. Februar). Seit wann sind Sie dabei?**

**DIETER KOSSLICK |** Das war 1984. Ich war als Geschäftsführer des Hamburger Filmbüros gekommen, um die Premiere von Detlev Bucks erstem Film „Erst die Arbeit und dann“ zu erleben. Wir waren alle mächtig stolz auf diesen Film. Detlev fuhr mit seinem Traktor vor dem Bikinihaus und dem völlig überfüllten Filmtheater FK66 vor. Ich war überwältigt, weil ich noch nie in meinem Leben auf einem Filmfestival war. In meiner Naivität habe ich Hellmuth Karasek, damals noch Starkritiker des *Spiegel* und seiner hochschwangeren Frau versprochen, ihnen zwei Sitzplätze zu besorgen. Das hat dann nur durch die Stadlers, die das Kino noch heute führen, geklappt. Den Rest des Festivals haben wir im „Florian“ in der Grolmannstraße verbracht, wo damals alle nachts gelandet sind.

**M | Nicht mal 20 Jahre später wurden Sie dann nicht ganz unerwartet selbst Chef der Berlinale?**

**KOSSLICK |** Das Gerücht entstand ein Jahr vor der Anfrage von Kulturstatsminister Michael Naumann nach einer Kolumne in einer Berliner Tageszeitung, in der ich zum Thema „Meine Berlinale“ irgendwas politisch Korrektes geschrieben habe: Bunt wie der Viktualienmarkt in München, elegant wie Hamburg, sympathisch wie NRW. Jahre zuvor war ich schon mal inoffiziell von Vertretern der Filmwirtschaft gefragt worden, aber da dachte ich noch, das ist ein Job, den ich nie in meinem Leben machen würde.

**M | Was hat Sie umgestimmt?**

**KOSSLICK |** Die Anfrage kam nach 20 Jahren Filmförderungstätigkeit und versprach eine neue Herausforderung. Ich war ein bisschen ermüdet. Über Filmfinanzierung kann ich heute noch im Schlaf ein Panel halten. Ich habe dann gezögert, denn wir hatten gerade eine Superwohnung in Kölns Südstadt bezogen und das kalte Berlin bot vor neun Jahren lange nicht so viel Spaß wie heute. Kulturstatsminister Michael Naumann hat mich mit dem Heine-Zitat überzeugt, es sei manchmal gut den Schreibtisch zu wechseln. Als ich ihn dann gewechselt hatte, hatte er seinen auch nicht mehr.

**M | Ist die Berlinale denn jetzt so geworden, wie Sie es sich erträumt hatten?**

**KOSSLICK |** Die Kolumne war eher humoristisch gemeint, aber man kann sie durchaus ernst nehmen. In der Rückschau auf 60 Jahre wird man sehen, die Berlinale hatte immer was vom Viktualienmarkt und war immer elegant. Das sind nicht alles Neuerfindungen des vierten Direktors. Aber sie ist dahin gewachsen, wohin ich sie ausdehnen wollte: Im Nachwuchsbereich und auf der wirtschaftlichen Seite, dem Filmmarkt. Mit allen Sorgen, die wir durch die Wirtschaftskrise hatten, werden wir auch in diesem Jahr mit einem glänzenden Ergebnis dastehen. Der Markt ist wieder ausgebucht. Daher ist sie so geworden, wie ich das mal skizziert hatte.

**M | Vor allem hat die deutsche Filmszene ihre jahrzehntelang gepflegten Animositäten gegenüber der Berlinale abgelegt und ist in Scharen gekommen. Mittlerweile sind Fatih Akin oder Andreas Dresen Stammgäste auf anderen A-Festivals. Erfüllt Sie das auch ein wenig mit Wehmut?**

**KOSSLICK |** Ich habe mal scherzhaft zu Thierry Frémaux, dem Chef der Filmfestspiele von Cannes gesagt, ich treibe das mit den deutschen Filmen so lange, bis du mir alle wegschnappst. Diesem Klassenziel bin ich näher gekommen. Nach 20 Jahren in der deutschen Filmszene wusste ich natürlich um das hiesige Potential. Durch die Präsentation im Wettbewerb ist die internationale Szene auf Fatih Akin, Tom Tykwer, Andreas Dresen, Wolfgang Becker und viele andere aufmerksam geworden. Überzeugt haben aber ihre Filme, wir haben nur Starthilfe gegeben. Manchmal passiert auch etwas ganz Besonderes wie vor zwei Jahren bei der Uraufführung von Doris Dörries „Hanami – Kirschblüten“. Der Film löste ungeheure Emotionen aus. Ich hoffe, dass wir so etwas wiederholen können.

**M | Doris Dörries „Die Friseurin“ läuft ebenso wie Matti Geschonnecks Adaption des Bestsellers „Boxhagener Platz“ in der 2009 eingeführten Reihe der Special Screenings im Friedrichstadt-Palast, die sich bewährt hat?**

**KOSSLICK |** Wer spüren will, dass die Berlinale ein Publikumsfestival ist, sollte in den Friedrichstadt-Palast gehen, der 2009 von der ersten bis zur letzten Vorführung ausverkauft war. Dort entsteht in kürzester Zeit durch diesen atriumhaften Bau eine ungeheuer stimmungsvolle Atmosphäre. Natürlich werden wir ihn weiter bespielen.

**M | Andererseits hat man den Eindruck, dass Ihnen die neuen, mit viel Geld von ihren Regierungen ausgestatteten Festivals den einen oder anderen Titel vor der Nase wegschnappen?**

**Festivalleiter Dieter Kosslick**



Alle Fotos: Internationale Filmfestspiele Berlin



**KOSSLICK** | Mit 60 sieht man die Dinge sicher etwas gelassener. Die Berlinale musste mehr als andere Festivals viele Stürme überstehen. Auch jetzt habe ich nicht das Gefühl, dass wir die Konkurrenz nicht aushalten könnten. Ein Wermutstropfen bleibt aber. Wenn jedes neue Festival in den umliegenden Monaten nur einen guten Film eines bekannten Regisseurs spielt, den wir auch gewollt hätten, kann dies das Programm schon beeinflussen. Trotzdem sieht es gut für uns aus. In diesem Jahr wird man sehen können, dass das Independent-Kino weltweit wieder sehr stark geworden ist. Es gibt viele Neuentdeckungen.

**M** | *Trotzdem – hat die Berlinale an Attraktivität verloren?*

**KOSSLICK** | Vor 20 Jahren war es selbstverständlich, dass der Produzent eines Films, der im Oktober fertig war, bis zur Berlinale gewartet hat. Das gibt es heute nur noch in Ausnahmefällen wie jetzt bei Benjamin Heisenbergs „Der Räuber“ (der sich wegen der Geburt seines zweiten Kindes gegen Venedig entschied, d.A.) oder dem Panoramafilm „Die Fremde“. Die Marktbedingungen haben sich grundlegend verändert. Viele Filme sind kreditfinanziert und müssen schnell ins Kino. Produzenten haben Angst vor der Internet-Piraterie. Und es ist auch ein Investment, auf so einem Festival eine große Öffentlichkeit herzustellen. Für diese Situation habe ich Verständnis. Der Verlust mancher Titel bereits bekannter Regisseure wird heute aber kompensiert durch die Entdeckung neuer Talente und ihrer Filme. Filme, die zum Teil über unsere eigenen Gründungen, den Co-Production Market, den World Cinema Fund und den Talent Campus entstehen konnten. Dazu gehört auch der Gewinner des Goldenen Bären 2009,

„Eine Perle Ewigkeit“. In diesem Jahr sind zwei Filme dabei, die auf dem Co-Production Market vorgestellt wurden: Die iranisch-deutsche Koproduktion „The Hunter“ von Rafi Pitts im Wettbewerb und Esmir Filhos Spielfilmdebüt „The Famous and The Dead“ in der Reihe Generation 14plus.

**M** | *Könnten Sie im Berlinale-Palast auch 3-D-Filme spielen?*

**KOSSLICK** | Wenn wir wollten ja. Uns sind aber nur wenige 3-D-Filme angeboten worden, einen haben wir ausgewählt und werden ihn im Zoo-Palast zeigen.

**M** | *Wird 3-D das Kino retten?*

**KOSSLICK** | „Avatar“ und die anderen Filme sind Innovationen, die das Kino für viele Leute wieder attraktiv gemacht haben. Sie haben eine Latte gelegt, was man im Kino audiovisuell herstellen kann. Das ist eine Neuigkeit, eine Sensation, so wie es das Kino immer bot. Und die Entwicklung wird weiter gehen. Ich habe mich aber mit diesem Aspekt weniger beschäftigt. Mich hat immer eher das Gebäude interessiert, in dem das Kino stattfindet. Wie es aussieht und was es sozial und wirtschaftlich für ein Dorf, einen Kiez oder eine Stadt bedeuten kann.

**M** | *Wozu Sie sich immer eingemischt haben, zum Beispiel durch Proteste gegen die Schließungen von Kinos am Ku'damm?*

**KOSSLICK** | Jetzt ist der Ku'damm wieder reanimiert und es geht Gott sei Dank durch Investition in Technik und Komfort wieder los. Beim 60. Jubiläum werden wir auch über die Veränderungen der Kinolandschaft und die Bedeutung von Kino diskutieren, Mit „Berlinale goes Kiez“, bei dem zehn Berliner Kinos in den Bezirken

Berlinale-Filme spielen, sowie der Vorführung von „Metropolis“ und der künstlerischen Installation eines Kinovorhangs am Brandenburger Tor wollen wir das Kino bei der Berlinale thematisieren.

**M** | *Kiez-Kino, Installation – ihr Etat steigt weiter. Haben Sie auf das Angebot von Kulturstatsminister und Kulturausschuss des Bundestages zurückgegriffen, Ihnen finanziell unter die Arme zu greifen?*

**KOSSLICK** | Ich habe gesagt, wir versuchen den möglichen Ausfall von Sponsoren zu kompensieren. Das war eben nicht sicher und wir sind eine Zeit lang mit angezogener Handbremse gefahren. Aber die Politiker hatten mein Wort und ich hatte ihr Wort. Das hat mir Sicherheit gegeben, dass wir nicht in ein Loch fallen würden. Unser Budget beträgt 18 Millionen Euro. 6,5 Millionen Euro bekommen wir vom Kulturstatsminister Bernd Neumann. Er hat zudem das Engagement auf den Talent Campus ausgeweitet. Als Vorsitzender des Stiftungsrats der Kulturstiftung des Bundes hat er auch befürwortet, dass der World Cinema Fund weitere zwei Jahre gefördert wird. Und wir haben Unterstützung von Berlin, vom Hauptstadtkulturfonds für die Installation eines riesigen Kinovorhangs am Brandenburger Tor anlässlich unseres Jubiläums erhalten. Das sind schöne Geburtstagsaktionen für das Kino und das Publikum.

*Das Gespräch führte  
Katharina Dockhorn* ■

## „Systemfehler?“

### Filmemachen in Zeiten erschwerter Produktionsbedingungen

Der BundesFilmverband in ver.di lädt zu einem Berlinale-Panel ein am 16.02.2010 von 11 – 13 Uhr in der HomeBase Lounge, Köthener Str. 44, 10963 Berlin. [www.connexx-av.de](http://www.connexx-av.de)

## Tarifrunde für Filmtechniker ohne Annäherung

Die Tarifverhandlungen für über 1000 Beschäftigte in Filmproduktions-, Postproduktions- und Studiobetrieben zwischen dem Verband für filmtechnische Betriebe (VTFF) und ver.di sind auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 25. Januar in Berlin ohne Annäherung geblieben. Zum Jahresende 2009 hatte der VTFF den Manteltarifvertrag mit den grundlegenden Arbeitsbedingungen gekündigt und die Streichung von Zuschlägen angekündigt. ver.di hatte den Entgelttarifvertrag ebenfalls zum Jahresende gekündigt, um über

Tariferhöhungen von 4,5 % zu verhandeln.

„Bisher verlangt der VTFF nur Geld von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Form von reduzierten Mehrarbeitszuschlägen. Wir lehnen dies ab, weil Zuschläge nicht nur finanziell wertvoll sind, sondern auch zu planbareren Arbeitszeiten verhelfen. Wir erwarten statt Minusgeschäften vielmehr spürbare Tariferhöhungen“, erklärte ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel. Die Tarifverhandlung wird am 9. März in München fortgesetzt. ■

## Drei Millionen für Kino-Digitalisierung

Für die Digitalisierung der Kinos sollen drei Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt von Kulturstatsminister Bernd Neumann eingestellt werden. Das beschloss der Ausschuss für Kultur und Medien am 27. Januar in Berlin. Die Förderung soll ausschließlich Filmtheatern in der Fläche zugute kommen, große Kinoketten sind davon ausgenommen. Neumann ist nun aufgefordert ein konkretes Konzept dafür vorzulegen. ■





Foto: REUTERS / Eliana Aponte

Schwierige Arbeitsbedingungen im zerstörten Haiti

# Wieder auf Sendung

Internationale Hilfe für die Medien in Haiti

**Auch die Medien wurden Opfer des Erdbebens in Haiti: Nach der Katastrophe gab es erst einmal keine Zeitungen und auch viele Radiokanäle mussten das Senden einstellen. Doch mit viel Improvisation und auch dank internationaler Unterstützung kommen die Medien so langsam wieder auf die Beine.**

Joseph Guyler Delva hatte Glück: Der 43-jährige Journalist saß gerade im Auto, als die Erde zu beben begann. Um ihn herum stürzten Häuser ein und innerhalb von Sekunden bedeckte eine große Staubwolke die haitianische Hauptstadt Port-au-Prince. Auch seine Familie überlebte: Wie durch ein Wunder blieben seine Frau und seine drei Kinder nahezu unverletzt.

Weniger gut war es um sein berufliches „Kind“ bestellt: Die Räumlichkeiten der Organisation „SOS Journalistes“, die er 2005 mitbegründet hatte, waren völlig zerstört. Von der Einrichtung, den Computern und den Daten ist nichts übrig geblieben.

Auch zahlreiche Verlagsgebäude und Rundfunkstationen in Haiti waren nach dem Erdbeben unbrauchbar. Dazu kam: Mindestens vier Journalisten waren unter den schätzungsweise 200.000 Toten des Bebens. Viele Redakteure hatten selbst Opfer zu beklagen oder suchten tagelang nach Angehörigen. Erst nach einer Woche nahmen die meisten Radiostationen wieder ihren Betrieb auf. Nicht zuletzt wegen der hohen Analphabetenrate ist das Radio das wichtigste Medium in Haiti. Endlich konnten die Bewohner der Insel die lebenswichtigen Informationen erhalten: Wo gibt es Lebensmittel, welche Krankenhäuser verfügen über Medikamente? Einige Sender und Zeitungsverlage wurden aber auch völlig zerstört, so dass an einen

Redaktionsalltag gar nicht zu denken ist.

Delva informierte das „Komitee zum Schutz von Journalisten“ (CPJ), das die Situation von „SOS Journalistes“ bekannt machte und Hilfe zusagte. In einem Aufruf appellierte der Verband an haitianische Medienvertreter, genau mitzuteilen, welche Unterstützung benötigt werde. Gleichzeitig startete CPJ einen Spendenaufruf. „Ziel ist es, im Interesse der Überlebenden möglichst schnell wieder funktionierende Medien und einen Informationsfluss über die aktuelle Lage herzustellen“, erklärte CPJ-Direktor Joel Simon.

Auch andere Journalistenorganisationen blieben nicht untätig. Die „Internationale Journalistenvereinigung“ IFJ organisierte ebenfalls ein Hilfsprogramm: „Es gibt unmittelbare humanitäre Bedürfnisse, aber es ist auch überlebenswichtig, das Kommunikationssystem, inklusive der Medien, schnellstmöglich wieder in Gang zu bringen“, erläutert IFJ-Generalsekretär Aidan White das Vorgehen. Der Verband nutzte seine Strukturen in der benachbarten Dominikanischen Republik, um zügig Hilfe anbieten zu können. Unter anderem wurde die verletzte Journalistin Porina Ozama – sie arbeitet für den Sender „Channel 11“ – medizinisch versorgt und in ein Krankenhaus gebracht.

Die „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) haben innerhalb weniger Tage ein Notzentrum für einheimische Journalisten aufgebaut. Dort konnten zahlreiche Medienvertreter, deren Arbeitsplätze zerstört wurden, neun Tage nach dem Beben ihre Arbeit wieder aufnehmen. „Ein großer Teil der Presselandschaft in Haiti wurde durch das Beben zerstört, und technische Mittel zur Kommunikation und Informationsbeschaffung sind Mangelware“, betont

Anja Viohl von der deutschen ROG-Sektion. „Deshalb haben wir das Zentrum mit Laptops, Mobiltelefonen und Generatoren ausgestattet.“ Die kanadische Botschaft in Port-au-Prince beherbergt das Büro, das bis zu 20 Journalisten gleichzeitig Platz bietet und von Ives-Marie Chanel, einem Redakteur der haitianischen Nachrichtenagentur Mediacom geleitet wird. Das Zentrum soll auch Medienorganisationen, die sich für den Schutz von Journalisten einsetzen, eine Operationsbasis bieten und als Ort der Begegnung mit ausländischen Kollegen und als Kontaktstelle für Nichtregierungsorganisationen dienen. Dafür wurde auch ein Konferenzraum eingerichtet.

Die kanadische Mediengruppe „Quebecor“ half bei der Erstaussattung des Zentrums und sorgte unter anderem für Breitband- und Telefonverbindungen sowie für ein Audio- und Videosystem. Mittelfristig, so betont Viohl, sei aber die Unterstützung weiterer Organisationen notwendig, um die Medienlandschaft des Landes wiederherzustellen.

Harald Gesterkamp ■

## Sechs Jahre Haft für Dokumentarfilmer

XINING. Der tibetische Dokumentarfilmer Dhondup Wangchen bleibt im Gefängnis. Ein Volksgericht in der westchinesischen Stadt Xining verurteilte ihn am 28. Dezember wegen „Staatsgefährdung“ zu sechs Jahren Haft. Das Verfahren verstieß gegen nahezu alle Grundsätze eines fairen Prozesses: Es fand im Geheimen statt, der Angeklagte hatte keinen Zugang zu einem Anwalt, und es gibt für Wangchen keine Möglichkeit, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen. Der Verurteilte war 2008 im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking festgenommen und ein Jahr später angeklagt worden (M, 8–9/2009). Nach Informationen von Amnesty International wurde Wangchen im Gefängnis gefoltert und erhielt trotz einer Hepatitis-Erkrankung keine medizinische Versorgung.

Unmittelbar vor seiner Festnahme hatte er ausländischen Journalisten den von ihm gedrehten Dokumentarfilm „Leaving Fear Behind“ gezeigt. Zu sehen waren Interviews mit Tibetern, die sich skeptisch über die von China im Vorfeld der Olympischen Spiele versprochenen größeren Freiheiten für Tibet äußerten, ihre Sympathie für den Dalai Lama kundtaten und die chinesischen Behörden kritisierten. Die Filmvorführung wurde seinerzeit von der Polizei gestoppt. hg ■

# Exodus aus dem Iran

## Die größte „Journalistenwanderung“ der letzten Jahre

Für iranische Journalisten ist die Arbeit seit Monaten ein Wagnis: Seit der umstrittenen Präsidentschaftswahl im vergangenen Juni wurden mehr als hundert Medienschaffende festgenommen. Im Januar waren mehr als 30 von ihnen noch immer hinter Gittern. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) nennt den Iran deshalb das „größte Gefängnis für Journalisten weltweit“. Denn mittlerweile sind dort mehr Redakteure und Blogger inhaftiert als in China – das Land trug bisher diesen unrühmlichen Titel.

Gegen mehrere Journalisten haben iranische Gerichte drakonische Strafen verhängt: Am 4. Januar beispielsweise wurde Bahaman Ahamadi Amoe zu sieben Jahren und vier Monaten Gefängnis und 34 Peitschenhieben verurteilt. Der reformorientierte Reporter war bereits am 20. Juni

im Zuge der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen festgenommen worden.

Da verwundert es nicht, dass seit Juni schon etwa 50 (!) Journalistinnen und Internet-Autoren nicht länger bereit waren, ihre Freiheit zu riskieren. Genauso wenig wollten sie jedoch die Propaganda der Regierung verbreiten, nachdem die Behörden viele als regierungskritisch geltende Medien geschlossen hatten. So sahen sie nur einen Ausweg: In Angst um ihr Leben entschlossen sie sich zur Flucht. Es dürfte die größte Journalistenwanderung der letzten Jahre sein.

„Die wenigsten schafften es bis in ein sicheres Exilland“, erklärt Alexandra Tryjanowski von ROG: „Manche zahlten Schmugglern viel Geld, um zumindest bis in den Irak, nach Syrien, Afghanistan oder in die Türkei zu gelangen. In all diesen

Ländern sind sie nicht gerade willkommene Gäste. Einige sind von Abschiebung bedroht, anderen dürfte der iranische Geheimdienst auf der Spur sein.“

Die „Reporter ohne Grenzen“ haben daraufhin eine Kampagne gestartet, um die geflüchteten iranischen Journalisten zu unterstützen. Dabei geht es um Hilfe bei der Visaerteilung damit sie in sichere Länder weiterreisen können, um Unterstützung bei eventuellen Asylverfahren oder um materielle Hilfe bei der Bestreitung des Lebensunterhalts. Auch eine neue berufliche Perspektive soll langfristig ermöglicht werden, zum Beispiel durch Stipendien in Westeuropa.

Auch die deutsche ROG-Sektion engagiert sich für die bedrohten Kolleginnen und Kollegen aus dem Iran. Das kostet Geld, und deshalb hat ROG einen Spendenaufruf gestartet:

Reporter ohne Grenzen,  
Konto: 566 7777 080,  
Berliner Volksbank, BLZ: 100 900 00,  
Verwendungszweck: Iran

Harald Gesterkamp ■

## Aktion für Hisham Bashraheel, Jemen

AMNESTY  
INTERNATIONAL



amnesty  
international  
Postfach  
53108 Bonn  
Tel.: 0228 / 98 37 30  
www.amnesty.de

ver.di

ver.di  
Bundesverwaltung  
Paula-Thiede-  
Ufer 10  
10179 Berlin  
www.verdi.de

M-Redaktion  
karin.wenk@  
verdi.de

## Nach Protesten gegen Zeitungsverbot festgenommen

Acht Monate nach dem faktischen Verbot der Zeitung „al-Ayyam“ gab es Anfang Januar 2010 neue Proteste gegen die Schließung des Blattes. An der Demonstration in der südjemenitischen Stadt Aden nahm auch der Chefredakteur Hisham Bashraheel teil. Den Behörden missfiel der Protest allerdings: Mindestens zehn Menschen wurden am 5. Januar festgenommen, einen Tag später dann auch Hisham Bashraheel und sein Sohn Hani. Ein weiterer Sohn, Muhammad Bashraheel, war zu diesem Zeitpunkt bereits in Haft. Mehrere der Festgenommenen kamen binnen weniger Tage wieder auf freien Fuß. Nicht so die Familie Bashraheel. Erst eine Woche nach ihrer Festnahme durften Angehörige sie im Gebäude der Kriminalpolizei besuchen. Auch ein Rechtsanwalt erhielt erstmals Zugang zu ihnen. Dennoch ist unklar, was dem „al-Ayyam“-Chef und seinen Söhnen konkret vorgeworfen und ob Anklage gegen sie erhoben wird.

Die drei Männer hatten sich an einem Sitzstreik in den Räumen der Redaktion beteiligt, um auf das Druck- und Auslieferungsverbot ihres Blattes aufmerksam zu machen. Am 30. April 2009 hatten Sicherheitskräfte sämtliche Exemplare der Tageszeitung

„al-Ayyam“ beschlagnahmt. Eine Woche später umstellten sie das Verlagsgebäude, um eine Auslieferung des Blattes zu verhindern. Seitdem konnte „al-Ayyam“ nicht mehr erscheinen. Die Zeitung wurde 1958 gegründet und ist eines der auflagenstärksten Blätter des Landes. Ihre Schließung ging einher mit einem ähnlichen Vorgehen gegen weitere sechs Zeitungen. Alle Blätter hatten über politischen Widerstand im Süden des Jemen berichtet. Die Regierung unterstellt den Protestierenden separatistische Bestrebungen.

In den vergangenen Jahren haben Menschenrechts- und Journalistenorganisationen immer wieder Einschränkungen der Pressefreiheit im Jemen dokumentiert. Gegen Regierungskritiker wird häufig juristisch vorgegangen. Die Möglichkeit dazu bietet der vage Straftatbestand der „Untergrabung der nationalen Einheit“. Der Jemen gilt als Rückzugsgebiet des Terrornetzwerks „al-Kaida“ und dürfte verstärkt ins Zentrum des Anti-Terror-Kampfs rücken. Es ist zu befürchten, dass im Zuge dessen die Behörden auch ihr Vorgehen gegen regierungskritische Medien verschärfen werden.

### Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den jemenitischen Innenminister und bitten Sie um Informationen darüber, warum der Journalist Hisham Bashraheel und seine Söhne in Aden inhaftiert wurden. Fordern Sie ihre Freilassung, sollten die Festgenommenen nicht umgehend wegen einer erkennbaren Straftat angeklagt werden. Verlangen Sie generell die Achtung der Pressefrei-

heit im Land und plädieren sie für die Wiedezulassung der Zeitung „al-Ayyam“.

### Schreiben Sie auf Arabisch, Englisch oder Deutsch an:

His Excellency  
Mutaher Rashad al-Masri  
Ministry of Interior  
Sana'a – JEMEN  
Fax: 00 967-13 31 899

### Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Jemen  
S.E. Herrn  
Prof. Dr. Mohammed L. Al-Eryani  
Budapester Straße 37  
10787 Berlin  
Fax: (030) 89 73 05 62  
E-Mail: info@botschaft-jemen.de



# Fehlende Beweise

Prozess gegen baskische Journalisten vor dem Ende



Foto: Ralf Streck

Demonstration in Bilbao am 19. Dezember – an der Spitze die fünf Angeklagten

Schon beim Eintritt in den Gerichtssaal wird klar, dass im Nationalen Gerichtshof Spaniens kaum jemand wirklich die Vorwürfe glaubt, die dort fünf baskischen Journalisten gemacht werden. Es soll sich bei den Ex-Führungsmitgliedern von *Euskaldunon Egunkaria* (Baskische Tageszeitung) um Mitglieder der Untergrundorganisation ETA handeln. Doch weder trennt, wo sonst üblich, schussicheres Glas die Prozesszuschauer ab, noch sitzen die Angeklagten im Panzerglaskasten. Das zeigt, dass hier nicht über gefährliche Mitglieder einer „terroristischen Bande“ verhandelt wird, wie man das in Spanien nennt, obwohl sich das in den geforderten Haftstrafen von 12 bis 15 Jahren ausdrückt.

Als das Sondergericht 2003 die einzige Tageszeitung in baskischer Sprache „vorläufig“ schließen und die Journalisten verhaften ließ, behauptete der Ermittlungsrichter Juan del Olmo, sie „wurde von der ETA gegründet, wird von ihr finanziert und geleitet“. Drei Jahre nachdem die Redaktion im Februar 2003 von der paramilitärischen Guardia Civil gestürmt und die Journalisten zu Hause aus den Betten gezerrt wurden, ging die Staatsanwaltschaft auf Abstand. „Es existiert nicht ein Dokument, das die Verbindung von *Egunkaria* zur ETA bestätigt“, schreibt Staatsanwalt Miguel Ángel Carballo. In 13 Jahren des Erscheinens habe man nicht einen Bericht gefunden, welcher die Bevölkerung hinter die ETA scharen soll. „Wenn *Egunkaria* weder ein Instrument zur Finanzierung oder zur Geldwäsche der Terroristen ist, noch eine klare oder taktische Unterstützung der ETA leistet,

die Gewalt legitimiert oder schürt, in welcher Form könnten die Aktivitäten der Zeitung dann die Ziele der ETA unterstützen?“, fragte er sich und forderte die Einstellung des Verfahrens.

Im Juli 2009 wurde die letzte Chance verpasst, um den Schaden nicht weiter zu vergrößern. Der Nationale Gerichtshof entschied trotzdem, das Hauptverfahren als „Volksanklage“ zu eröffnen. So etwas gibt es in Deutschland nicht und in Spanien hatte der Oberste Gerichtshof derlei in einem Präzedenzfall beschränkt. So durfte das Verfahren gegen den Bankier Emilio Botin nicht geführt werden, da es nur auf Anzeigen von Konsumentenschutzorganisationen beruhte. Der Nationale Gerichtshof führte im Fall *Egunkaria* aber ein „abstraktes Risiko“ an, von dem die Gesellschaft betroffen sei, weshalb Anzeigen von zwei rechtsradikalen Organisationen nun ausreichten. Dass der Oberste Gerichtshof kurz zuvor das Verbot gegen die baskische Zeitung und Radio Egin (Machen) kassierte, änderte daran auch nichts. Erst 12 lange Jahre nachdem der Ermittlungsrichter Baltasar Garzón die Zeitung schließen ließ, war geklärt, dass es die behaupteten Verwicklungen der Medien zur ETA nicht gab.

Dass über die angebliche Finanzierung der ETA oder die Geldwäsche nun nicht einmal verhandelt wird, sagt viel über die dünne Anklage aus. Es geht seit Dezember 2009 in dem Prozess, in dem die Staatsanwaltschaft schweigt, nur darum, ob die Angeklagten der ETA angehören, was sie stets bestreiten. So sagte Martxelo Otamendi, einer der Angeklag-

ten aus: „Ich hätte niemals in einer Zeitung gearbeitet, die Befehle von der ETA erhält“. Dass er von ihr zum Direktor gekürt wurde, wiesen alle Zeugen zurück und die Guardia Civil lieferte keine Beweise. Das ehemalige ETA-Führungsmitglied José Luis Álvarez Santacristina sagte als Zeuge aus, man habe niemals Kommunikationsmedien betrieben. Er wurde 1992 verhaftet und die Gründung der Zeitung 1990 fiel unter seine Ägide. Deren Kritik an der „ETA und dem Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele“ habe beigetragen, dass er sich von ihr distanzierte, weshalb er 1998 aus der Organisation geworfen wurde.

Der Prozess wirft ein Licht auf das Vorgehen der Guardia Civil. Am 12. Januar sagte hinter der Trennwand, welche die namenlosen Zivilgardisten verdeckt, ein „Übersetzer“ der Guardia Civil aus. Auf die Frage des Verteidigers Jose Mari Elosua, welches Niveau er bei der baskischen Sprache habe, erklärte er: „Basisniveau“. Auf die Nachfrage von Elosua, ob er einem Gespräch folgen könne, sagte er offen: „Nein“. Doch er räumte ein, Zusammenfassungen abgehörter Telefonate in Baskisch abgefasst zu haben. Doch die älteste Sprache Europas unterscheidet sich vom Spanischen so stark wie Deutsch vom Finnischen. Auf Baskisch durfte er nicht befragt werden.

Zuvor hatte der Zivilgardist ausgesagt, der die Ermittlungen seit 1996 vorantrieb, mit denen praktisch alle Firmen durchleuchtet wurden, die mit der baskischen Kultur und Sprache zu tun haben. Er wiederholte die Vorwürfe, konnte trotz langjähriger und umfassender Ermittlungen aber noch immer keine Beweise vorlegen. Er erklärte stolz, dass er die Schließung der Zeitung und die Verhaftung der Journalisten anordnete. Der eigentlich zuständige Ermittlungsrichter diente der Guardia Civil offenbar nur als Erfüllungsgehilfe.

Angesichts der abgeschlossenen Beweisaufnahme müsste das Gericht zu Freisprüchen gelangen. Doch das kann nach den Plädoyers noch Monate dauern. Txema Auzmendi zweifelt. Der angeklagte Jesuit soll 15 Jahre hinter Gitter: „Da man es soweit kommen ließ, könnte man auch einige verurteilen, um das Vorgehen zu rechtfertigen“, erklärte er M. „Die Schließung und den Prozess hätte es nie geben dürfen“. Er glaubt nicht an Gerechtigkeit vor dem Gerichtshof. Das zeige schon die Tatsache, dass Vorwürfen der Journalisten, von der Guardia Civil gefoltert worden zu sein, nie nachgegangen wurde und nun beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof liegen. Menschenrechtsorganisationen, ja sogar der Europarat und die UNO werfen Spanien immer wieder den Einsatz von Folter vor. Ralf Streck ■



## Journalismus aktuell

**ABP, München.** 11./12. März: Lokaljournalismus – Crossmedial.  
20./21. März: Bücher schreiben – Belletristik I. 22. bis 24. März: Redigieren – Zeitschrift.  
**ABZV, Bonn.** 15./16. März: Moderationstraining für Print- und Onlinejournalisten. 24./25. März in Stuttgart: Redigieren für Tageszeitungen.  
**ADB, München.** 25./26. März: Freies Lektorat I – Sicher redigieren. 26. März: Crashkurs Recht im Lektorat – Vermeidung von Rechtsverletzungen in Büchern, Zeitungen und Zeitschriften. 26. März: Urheber- und Vertragsrecht beim Hörbuch.  
**AFP, Hamburg.** 22./23. März: Recherche in sozialen Netzwerken. 31. März/1. April: Formate für Kinder.  
**AKAD, Berlin.** 16. März: Beginn des 3-wöchigen Onlinekurses „Recherche im Internet“.  
**AM, Düsseldorf.** 10./11. März: Veranstaltungen und Events moderieren – Praxistraining für erfolgreiche Auftritte.

**JA, München.** 6. März: Texte schnell redigieren (dju-Mitglieder erhalten 50% Rabatt).  
**JHB, Hagen.** 8./9. März: Recherche.  
**KEP, Wetzlar.** 12. bis 13. März: Die journalistische Recherche.  
**KLARA, Berlin.** 24. März: Texte kürzen, aber richtig.  
**MAZ, Luzern.** 8. bis 11. März: Quellen und Recherchen – Den Fakten auf der Spur. 15. bis 17. März: Journalistisches Texten II – Schreiben, hobeln, glänzen. 22. bis 25. März: Journalistisches Texten I – Was ist ein guter Text? 22./23. März: Redigieren – Zusammenstreichen? Zusammen streichen!  
**NA, Hamburg.** 15./16. März in Zürich: Kreatives Texten. 17. März in Zürich: Effizientes Korrekturlesen.  
**NK, Rendsburg.** 26. bis 28. März: Textwerkstatt Nordtext VII.

## Journalistische Themen

**ABP, München.** 15. bis 17. März: Sportbericht.  
**ABZV, Bonn.** 8./9. März in Blaubeuren:

Wirtschaft im Lokalen.

**ADR, Rottenburg-Stuttgart.** 22. bis 26. März: Wissenschaftsjournalismus.  
**AM, Düsseldorf.** 16./17. März: Seminar mit der Georg-v.-Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalisten – Das ABC des Wirtschaftsjournalismus.  
**APB, Tutzing.** 23. bis 25. März: Europa in den Medien – Journalistenreise in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission ins Wunderland der Eurokraten.  
**FES/JAK, Bonn.** 24. März in Berlin: Umweltberichterstattung – Erneuerbare Energien.  
**MAZ, Luzern.** 15. bis 17. März: Sportberichterstattung – Wie wir alle gewinnen.

## Journalistische Formen

**ABP, München.** 15. Bis 17. März: Kommentar und Leitartikel.  
15. Bis 20. März: Feature.  
**ABZV, Bonn.** 10./11. März in Stuttgart: Interviewtechnik. 18./19. März: Reportage und Feature. 22./23. März: Die große Kunst der kleinen Texte. 22./23. März: Die Kunst der Glosse.  
**ADR, Rottenburg-Stuttgart.** 19. bis 21. März und 26. bis 28. März: Schreib-

praxis II – Glosse, Kommentar, Leitartikel, Reportage und Feature (Termine bauen aufeinander auf).  
**FES/JAK, Bonn.** 11./12. März in Hamburg: Wer fragt, der führt – Das politische Interview.

## Journalismus online

**AFP, Hamburg.** 10. bis 12. März: Multimediales Erzählen I. 30. März bis 1. April: Web Documentary.  
**ARD.ZDF.** 10./11. März in Hannover: Web 2.0 – Neue Trends  
**FES/JAK, Bonn.** 9. bis 11. März in München: Titel, Teaser, Text – Grundlagen des Online-Journalismus.  
**JA, München.** 22. bis 24. März: Professionelles Arbeiten mit Texten – Modul III der Workshopreihe „Contentmanagement for Professionals“ (dju-Mitglieder erhalten 50% Rabatt).  
**MAZ, Luzern.** 24./25. März: Multimedia I – Produzieren fürs Web.  
**MKZ, Bad Honnef.** 6./7. März: Schülerzeitung 2.0 – Crossmediale Berichterstattung aus dem Schulalltag.  
**MR, Köln.** 10. März: Webseiten gestalten in OpenCMS – Einführungskurse Basis I und II.  
**NA, Hamburg.** 26. März: Internet-Newsletter.  
**VDZ, Berlin.** 17. März: Durch „User generated content“ Leser binden und neue Nutzer gewinnen – Wie Redaktionen und Verlage Leser zum Mitmachen bewegen können. 25. März: Hyperdistribution – wie man mit Facebook, Twitter & Co mehr Nutzer auf seine Website holt.

## Layout / Infografik

**AFP, Hamburg.** 31. März/1. April: Bildbearbeitung.  
**DJU, Berlin.** 27./28. März: Einführung/Grundkurs Adobe InDesign CS4.  
**JA, München.** 26. bis 28. März: Bildbearbeitung mit Photoshop (dju-Mitglieder erhalten 50% Rabatt).  
**MAC, München.** Ab 8. März werden an den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Printdesign, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).  
**NA, Hamburg.** 10. März in Düsseldorf: Bildbearbeitung für Pressestellen.  
**NW, Hamburg.** 26./27. März: Print gewinnt – Leser locken mit Layout!

## ► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: <http://mmm.verdi.de>

**ABP** Fon 089/49 99 92 – 0, [www.a-b-p.de](http://www.a-b-p.de)  
**ABZV** Fon 02 28/259 00 – 0, [www.abzv.de](http://www.abzv.de)  
**ADB** Fon 089/29 19 53 84, [www.buchakademie.de](http://www.buchakademie.de)  
**ADR** Fon 07 11/16 40 726, [www.seminarprogramm.info](http://www.seminarprogramm.info)  
**AFP** Fon 040/41 47 96 – 0, [www.akademie-fuer-publizistik.de](http://www.akademie-fuer-publizistik.de)  
**AKAD** Fon 030/61655 – 0, [www.akademie.de](http://www.akademie.de)  
**AM** Fon 02 11/43 69 01 50, [www.medienverband.de](http://www.medienverband.de)  
**APB** Fon 081 58/256 – 0, [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)  
**ARD.ZDF** 06 11/59 05 04 – 0, [www.ard-zdf-medienakademie.de](http://www.ard-zdf-medienakademie.de)  
**AVM** Fon: 071 21/531 60 70, [www.av-mediatraining.de](http://www.av-mediatraining.de)  
**BET** Fon 040/4 10 84 – 0, <http://bet.de>  
**BKB** Fon 053 31/808 – 418, [www.bundesakademie.de](http://www.bundesakademie.de)  
**COP** Fon 02 21/739 32 62, [www.cop-morrien.de](http://www.cop-morrien.de)  
**DJU** Fon 030/88 66 41 06, [www.dju-berlinbb.de](http://www.dju-berlinbb.de)  
**DWH** Fon: 040/390 37 22, [www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de](http://www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de)

**FCP** Fon 089/34 07 79 77, [www.forum-corporate-publishing.de](http://www.forum-corporate-publishing.de)  
**FES/JAK** Fon 02 28/883 -71 24, [www.fes.de/journalistenakademie](http://www.fes.de/journalistenakademie)  
**FHB** Fon 040/399 099 31, [www.filmhochschule-hamburg-berlin.de](http://www.filmhochschule-hamburg-berlin.de)  
**FHF** Fon 069/13 37 99 94, [www.filmhaus-frankfurt.de](http://www.filmhaus-frankfurt.de)  
**HFS** Fon 069/92 10 74 05, [www.hoerfunktsschule-frankfurt.de](http://www.hoerfunktsschule-frankfurt.de)  
**IFP** Fon 089/54 91 03 – 0, [www.ifp-kma.de](http://www.ifp-kma.de)  
**IFRA** Fon 061 51/733 – 6, [www.wan-ifra.org](http://www.wan-ifra.org)  
**IP** Fon 07 11/997 86 91, [www.interspherial.com](http://www.interspherial.com)  
**JA** Fon 089/167 51 – 06, [www.journalistenakademie.de](http://www.journalistenakademie.de)  
**JHB** Fon 023 31/365 – 6 00, [www.hausbusch.de](http://www.hausbusch.de)  
**KEP** Fon 064 41/91 51 66, [www.cma-medienakademie.de](http://www.cma-medienakademie.de)  
**KFH** Fon 02 21/222 710 – 0, [www.koelner-filmhaus.de](http://www.koelner-filmhaus.de)  
**KLARA** Fon 030/690 415 85, [www.KLARABerlin.de](http://www.KLARABerlin.de)  
**LSM** Fon: 03 41/562 96 – 702, [www.leipzigsschoolofmedia.de](http://www.leipzigsschoolofmedia.de)  
**MAC** Fon 089/544 151 – 74, [www.macromedia.de](http://www.macromedia.de)

**MAZ** Fon 00 41/41/226 33 33, [www.maz.ch](http://www.maz.ch)  
**MEZ** Fon 030/68 30 20 90, [www.medienkonkret.de](http://www.medienkonkret.de)  
**MFW** Fon 089/20 333 712, [www.muenchner-filmwerkstatt.de](http://www.muenchner-filmwerkstatt.de)  
**MH** Fon 040/306 201 140, [www.medienbuero-hamburg.de](http://www.medienbuero-hamburg.de)  
**MKZ** Fon 022 24/955 – 129, [www.ksi.de](http://www.ksi.de)  
**MQ** Fon 02 21/29 93 05 – 31, [www.medienqualifizierung.de](http://www.medienqualifizierung.de)  
**MR** Fon 02 21/29 93 05 – 31, [www.erzbistum-koeln.de/medien](http://www.erzbistum-koeln.de/medien)  
**NA** Fon 040/41 13 – 28 42, [www.newsaktuell.de](http://www.newsaktuell.de)  
**NK** Fon 043 31/14 38 – 11, [www.nordkolleg.de](http://www.nordkolleg.de)  
**NW** Fon: 040/538 60 85, [www.nw-medien.de](http://www.nw-medien.de)  
**PFA** Fon 069/92 10 72 22, [www.ev-medienhaus.de](http://www.ev-medienhaus.de)  
**RTL** Fon 02 21/82 02 – 0, [www.rtl-journalistenschule.de](http://www.rtl-journalistenschule.de)  
**TA** Fon 08 21/41 90 36 – 0, [www.textakademie.de](http://www.textakademie.de)  
**VDZ** Fon 030/72 62 98 – 113, [www.zeitschriften-akademie.de](http://www.zeitschriften-akademie.de)  
**VSM** Fon 089/83 51 91, [www.videoschule.de](http://www.videoschule.de)

## Volontäre

**ABP, München.** 15. Bis 26. März: Grundkurs II – Zeitschrift.  
**ABZV, Bonn.** 15. bis 19. März in Stuttgart: Aufbau-seminar. 15. bis 26. März: Grundlagen journalistischer Arbeit.  
**AFP, Hamburg.** 6. bis 30. April: Kompaktkurs für Print-Volontäre.

## Fotografie

**ABP, München.** 22. bis 26. März in Kulmbach: Fotojournalismus.  
**ADB, München.** 12. März: Bildrechte – Das Model Release.  
**AFP, Hamburg.** 29./30. März: Einstieg in die Digitalfotografie.  
**KEP, Wetzlar.** 12./13. März: Grundkurs Fotografie.  
**MAZ, Luzern.** 8. bis 11. März: Zeitungen und Magazine – Eine Studienreise.  
**NA, Hamburg.** 8./9. März in Düsseldorf: Digitalfotografie für Pressestellen.

## Hörfunk

**AFP, Hamburg.** 18./19. März: Themen finden.  
**AM, Düsseldorf.** 15. bis 17. März: Das Hörfunk-Feature. 18./19. März: Sprechen vor dem Mikrofon.  
**IFP, München.** 18. März: Töne, Schnitt, Technik – Einführung in den digitalen Hörfunkschnitt.  
**KLARA, Berlin.** 15. bis 26. März: Radio und Fernsehen für Einsteiger.  
**MAZ, Luzern.** 8. März: Der Radiotrailer – Werbung in eigener Sache. 29. bis 31. März: Gesprochene Sprache – Zungenfertig schreiben.  
**MEZ, Berlin.** Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio-, aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: [www.medienkonkret.de](http://www.medienkonkret.de).  
**MH, Hamburg.** 20./21. März: Moderationstraining.  
**MKZ, Bad Honnef.** 13./14. März: Schreiben fürs Hören – Authentisches Schreiben fürs Radio.  
**MQ, Köln.** 12. bis 14. März: Kompaktkurs Trainer für journalistische Aus- und Weiterbildung – Vom Fachwissen zur Wissensvermittlung.

## Film & TV

**ABP, München.** 22. bis 26. März: Der Videoreporter. 6. bis 9. April: Fernsehbeiträge texten.  
**AFP, Hamburg.** 8./9. März: Der TV-Aufsager. 15./16. März: TV-Dokus und Reportagen. 6./7. April: TV-Moderation.  
**AM, Düsseldorf.** 6./7. März: TV-Interviews – Fernseh-Workshop.  
**ARD.ZDF.** 4./5. März in Nürnberg:

Computer-Basics für Techniker. 8. bis 10. März in Nürnberg: Trailergestaltung multimedial – Radio, Fernsehen, Online.  
 15. bis 17. März in Pulheim: Emotionen in Nachrichten & Magazinbeiträgen.  
 15. bis 18. März in Nürnberg: Fernseh-Dramaturgie durch Montage. 15. bis 19. März in Mainz: Achtung Rotlicht – Training verschiedener Moderationsformen.  
**AVM, Kirchentellinsfurt (bei Tübingen).** 8./9. März: AVID Basistraining. 16. März: Final Cut Pro Basics.  
**BET, Hamburg.** 12. bis 14. März: Broadcast Kamerarecorder HD. 22. bis 24. März: Videotechnik Spezial HD. 27./28. März: Videotechnik Editing HD.  
**DWH, Hamburg.** 27. bis 28. März: Aufbaukur I – Dialoge.  
**FHB, Hamburg.** 6./7. März: Kreative Ideenfindung – Ohne gute Ideen keine guten Filme. 13./14. März: Wie entsteht ein Kinofilm in der Praxis, Modul II – Preproduktion. 13./14. März: Die Sprache des Films – Bilder erzählen, bannen, lügen. 20./21. März: Wie entsteht ein Kinofilm in der Praxis, Modul III – Dreharbeiten und Postproduktion.  
**FHF, Frankfurt.** 6./7. März: After Effects. 13. März: Verleih und Vertrieb. 19. bis 21. März: Short Documents – Formulieren von Synopsen und Loglines.  
**HFS, Frankfurt.** 22. bis 24. März: Trainingsworkshop für Video-Journalisten.  
**IFP, München.** 14. bis 16. März: Achtung Studio – Einführung in die TV-Moderation.  
**IP, Stuttgart.** 13. März: Schreiben für Kino und TV – Mythen und Archetypen.  
 14. März: Schreiben für Kino und TV – Das Enneagramm.  
**JA, München.** 6./7. März: Grundlagen des Videojournalismus – Bildgestaltung und Filmdramaturgie (dju-Mitglieder erhalten 50% Rabatt).  
**KFH, Köln.** 11. März: Produktionsseminar – Controlling und Filmgeschäftsführung. 12. März: Schnittseminar – Final Cut. 20. März: Effektive Lichtgestaltung. 20. März: Drehbuchseminar – Fiktionales Schreiben. 27. März: Seminar Filmrealisation – Jugendvideokurs.  
**MAZ, Luzern.** 29. bis 31. März: Anchorwoman, Anchorman I – Die Kunst des Moderierens im TV.  
**MFW, München.** 6./7. März: Urheber- und Persönlichkeitsrecht für Filmschaffende. 6./7. März: Lichtgestaltung für Film- und Videoprojekte. 13. März: Writing Comedies I – Romantic Comedy and Farce. 14. März: Writing Comedies II – Fish out of Water. 20. März: Writing Comedies III – Travelling Angels. Writing Comedies IV – The Heroines Journey: Female Protagonists. 27./28. März: Low-Budget-Produktion II – Finanzierung und Vertrieb.  
**MH, Hamburg.** 12. bis 14. März: Text-

training für TV und Video. 26. bis 28. März: Bildtraining für TV und Video.  
**MKZ, Bad Honnef.** 26. bis 28. März: Die Grundlagen des Filmemachens – Von der Idee zum Skript.  
**NA, Hamburg.** 22./23. März: Bewegtbild in der Kommunikation.  
**PFA, Frankfurt.** 22. bis 24. März: Trainingsworkshop für Video-Journalisten.  
**RTL, Köln.** 13./14. März: Praktikums-TV-Workshop – Auf dem Weg zum Volontariat.  
**VDZ, Berlin.** 16. März: Videos produzieren für Verlags Websites – Konzeption, Umsetzung, Dreh und Schnitt, Einbindung auf der Website.  
**VSM, München.** 6. März: DVD ARA-BESK 3/4 (DVD) und 5 (Blu-ray) in Casa blanca-Systemen. 12. März: Flughafen München-Erding – Workshop mit außergewöhnlichen Kamerapositionen. 13. März: Hochzeits-Workshop – Alles für die Produktion eines gelungenen Hochzeitsfilms. 20. März: CASABLANCA Grundseminar für perfekten Schnitt, Effekte, Titel und Vertonung mit Smart-Edit 6/7 und BOGART SE.

## Selbst- und Medienmanagement

**ABP, München.** 8. März: Schnellesen für Journalisten. 8. bis 10. März: Interview – PR und Unternehmenskommunikation. 18./19. März: Bewerbungsgespräch für Journalisten. 25./26. März: PR-Strategien. 29. bis 31. März: Management in Redaktionen – Relaunch und Redesign online. 6./7. April: Freie Journalisten – Selbstmarketing I. 6. bis 8. April in Kulmbach: Kreatives Schreiben – PR.  
**ADB, München.** 15./16. März: Verhandlungsführung. 22./23. März: Autorenmanagement in Fachzeitschriften. 25./26. März: Die crossmediale Fachzeitschriftenredaktion – Entwicklung integrierter Redaktions- und Inhaltskonzepte. 29./30. März: Freies Lektorat II – Kunden finden und binden.  
**ARD.ZDF, Wiesbaden.** 17./18. März: Positionieren und Führen von Medienmarken. 29./30. März: Ziele finden für die (Programm-)Marke.  
**BKB, Wolfenbüttel.** 29. bis 31. März: Texte für die Öffentlichkeit – Prinzipien des leserorientierten Textens.  
**COP, Köln.** 17./18. März in Köln: Nomadenwissen für Medienschaffende – Handlungssicher unter allen Umständen. 24./25. März in Düsseldorf: Phoenix-Coaching für Presse-Profis – Erfolgreich Neuanfänge wagen. Zahlreiche weitere Coaching- und Karriereseminare zu verschiedenen Themen unter: [www.cop-morrien.de](http://www.cop-morrien.de).

**DJU, Berlin.** 9. März: Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler. 30. März: Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit.  
**FCP, München.** 8. März: Mitarbeitermedien – Information, Motivation, Wir-Gefühl. 17. März: Corporate Books. 22. März: Journalistisch und kundenorientiert schreiben.  
**IFRA, Darmstadt.** 8./9. März: Cross-media Werbung.  
**JA, München.** 27. März: Sprechertaining (dju-Mitglieder erhalten 50% Rabatt).  
**JHB, Hagen.** 15. bis 19. März: Grundlagen der Pressestellenarbeit. 24. bis 26. März: Grundlager kreativer Magazinstaltung.  
**KEP, Wetzlar.** 12./13. März: Das ABC der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.  
**LSM, Leipzig.** 11./12. März: Darstellungsformen und Methoden im Corporate Publishing. 12./13. März: Texten in der Auftragspublizistik.  
**MAZ, Luzern.** 8./9. März: Atem und Stimme – Entspannte Spannung. 9., 10., 11. und 12. März: Einsteigen – Auftreten – Erzählen.  
**NA, Hamburg.** 22./23. März in Düsseldorf: Strategisches Themensetting. 25. März: SOS-Training Kommunikation.  
**TA, Augsburg.** 23. März in München: PR-Meldung I. 23. März in München: PR-Meldung II.

## termine

### Journalismus

**Kölner Medienpreis**  
 KÖLN. Der von der RheinEnergie AG gestiftete Preis will Journalisten darin bestärken, ihren Beruf professionell und verantwortungsbewusst auszuüben. Die Kategorien Print, Pressefotografie, Hörfunk, TV und Online sind mit jeweils 5.000 € dotiert. Eingereichte Beiträge müssen einen eindeutigen Bezug zu Köln haben. Zugelassen sind Reportagen, Features und andere kreative journalistische Formen. Einsendeschluss: 4. März. Information: Kölner Medienpreis, Ingrid Reiche, Fon: 02 21 / 473 09 00, E-Mail: [info@koelner-medienpreis.de](mailto:info@koelner-medienpreis.de), Internet: [www.koelner-medienpreis.de](http://www.koelner-medienpreis.de).

**Alternativer Medienpreis**  
 NÜRNBERG/MÜNCHEN. Der Alternative Medienpreis will ein Zeichen setzen als Pendant zum etablierten Rundfunk, zu den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten, zur „offiziellen“ Presse. Teilnehmen können alle, die mit ihrer Arbeit emanzipatorische Ziele verfolgen,

die tätig sind für nicht-kommerzielle Medien oder für Medien, die sich aus neuen sozialen Bewegungen entwickelt haben. Prämiiert werden jeweils zwei Beiträge aus Print, Internet, Audio / Hörfunk und Video / Film mit 500 €. Eingereichte Beiträge sollten mindestens eines der Kriterien erfüllen: medienübergreifende Darstellung eines Themas, innovative Umsetzung, Bearbeitung eines von den großen Medien vernachlässigten Themas, intensive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Missständen oder Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Einsendeschluss: 15. März. Kontakt: Nürnberger Medienakademie c/o Journalistenakademie, Fon: 089/167 51 06, E-Mail: info@journalistenakademie.de, www.alternativer-medienpreis.de.

#### S-CARD Service

STUTTGART. Das Zahlverhalten der Verbraucher verändert sich – zunehmend weg vom Bargeld, hin zu schnellen, bequemen und zeitgemäßen Kartenzahlungssystemen. Der Journalistenpreis „Bezahlen mit Karte im Alltag“ soll die seriöse Medienberichterstattung zu Kartenthemen fördern und Zusammenhänge vermitteln. Zugelassen sind Beiträge in Wort, Ton oder Bild, die zwischen dem 1. September 2009 und dem 28. Februar 2010 in Deutschland publiziert wurden. Dotierung: Insgesamt 10.000 €. Einsendeschluss: 15. März. Kontakt: S-CARD Service, Stephan Arounopoulos, Fon: 07 11 / 782 99 – 230, E-Mail: stephan.arounopoulos@scard.de, Internet: www.scard.de/presseforum/journalistenpreis.

#### Deutscher Preis Denkmalschutz

BONN. Der Journalistenpreis ehrt vorbildliche Berichterstattung über Schutz und Pflege von Kulturdenkmälern. Ausgezeichnet werden Journalisten, die in ihrer Arbeit kontinuierlich – regional und überregional – in kritisch-konstruktiver Weise auf die Fragestellungen und Probleme von Denkmalschutz und Denkmalpflege aufmerksam gemacht haben. Dotierung: 2.500 €. Einsendeschluss: 31. März. Kontakt: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, Dr. Juliane Kirschbaum, Fon: 018 88 / 681 – 35 54, Internet: www.nationalkomitee.de.

#### EMMA-Journalistinnenpreis

KÖLN. 50 Prozent aller Volontäre, 27 Prozent aller Redakteure, aber nur zwei Prozent der Chefredakteure sind weiblich. Der EMMA-Journalistinnenpreis soll der strukturellen Benachteiligung von Frauen im traditionell männ-

lichen Beruf entgegenwirken. Prämiiert werden deutschsprachige Texte, die zwischen April 2008 und März 2010 veröffentlicht wurden: Reportagen, Features, Porträts, Glossen, Kommentare, Rezensionen. Entscheidend sind handwerkliche Qualität sowie ein Bewusstsein für gesellschaftliche Realitäten und die Lage der Geschlechter. Dotierung: Insgesamt 6.000 €. Da in den letzten Jahren vermehrt auch Journalisten kompetent und sensibel über Genderthemen geschrieben haben, sind auch Kollegen eingeladen, sich um den mit 1.000 € dotierten Sonderpreis für Journalisten zu bewerben. Einsendeschluss: 31. März. Kontakt: EMMA-Redaktion, Margitta Hösel, Fon: 02 21 / 60 60 60 – 23, Fax -29, Internet: www.emma.de.

#### Journalistenpreis des Europäischen Parlaments

BERLIN. Ausgezeichnet werden Journalisten oder Autorentams von bis zu fünf Personen, die mit ihrer Arbeit zum besseren Verständnis aktueller Europathemen sowie zur Funktionsweise und Politik der Europäischen Union beitragen. Teilnehmen können Staatsangehörige oder Einwohner von EU-Mitgliedsländern. Die Beiträge müssen in einer offiziellen EU-Sprache zwischen 1. Mai 2009 und 31. März 2010 veröffentlicht worden sein. Jede der Kategorien Print, Radio, Fernsehen und Online ist mit 5.000 € dotiert. Einsendeschluss: 31. März. Information: Europäisches Parlament, Jens Pottharst (Presseattaché), Unter den Linden 78, 10117 Berlin, E-Mail: presse-berlin@europarl.europa.eu, Internet: www.eppj.eu.

#### Advances in Renal Cancer

KÖLN. Bayer HealthCare und die Kidney Cancer Association (KCA) Bayer würdigen Arbeiten, in denen sich Journalisten kritisch und objektiv mit der Problematik des Nierenkrebses auseinandersetzen. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 7.500 € dotiert und berücksichtigt Veröffentlichungen aus den Bereichen Print, Hörfunk, Fernsehen und Film, die zwischen dem 15. Mai 2009 und dem 30. März 2010 publiziert wurden. Einsendeschluss: 1. April. Kontakt: Project Office Kindey Cancer Association, Fon: 022 03 / 599 47 – 19, E-Mail: kca-kidneycanceraward@cm-pr.de, Internet: www.viva.vita.bayerhealthcare.de.

#### Meridian-Journalistenpreis

FRANKFURT. Meier's Weltreisen prämiiert Printbeiträge junger Reisejournalisten unter 35 Jahren über außereuropäische Länder. Sie sollen unterhalten, vor allem aber Lust machen, Länder und Kulturen

zu entdecken, fremde Völker kennen zu lernen, Fauna und Flora zu erkunden und zur Völkerverständigung beitragen. Die Texte müssen zwischen 1. April 2009 und 31. März 2010 in einem deutschsprachigen Printmedium oder dessen Online-Auftritt erschienen sein. Bewertet werden die Kategorien bis 5.500 Zeichen und über 5.500 Zeichen. Dotierung: Recherchereisen im Wert von insgesamt 6.000 €. Einsendeschluss: 7. April. Kontakt: Meier's Weltreisen, Unternehmenskommunikation, Fon: 069 / 95 88 16 06, E-Mail: presse@der.net, Internet: www.der.net.

#### n-ost Reportagepreis

BERLIN. Prämiiert werden Reportagen aus osteuropäischen Ländern, die zwischen dem 1. April 2009 und dem 31. März 2010 in deutschsprachigen Medien erschienen sind. n-ost fördert eine Berichterstattung aus Osteuropa, die Stereotype durchbricht und Grenzen überwindet. Entscheidungskriterien sind genaue Beobachtung, gründliche Recherche und einfühlsame Beschreibungen. Die eingereichten Arbeiten müssen in deutschsprachigen Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften oder Online-Medien erschienen sein. Kontakt: n-ost Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung, Fon: 030 / 259 32 83 – 0, E-Mail: reportagepreis@n-ost.de, Internet: www.n-ost.de/reportagepreis (dort auch eine Liste der Länder, aus denen für den Preis berichtet werden kann).

#### Ludwig-Deuling-Medienpreis

GIEBEN. Die Gastro-Liga e.V. zeichnet Arbeiten aus, die wissenschaftlich korrekt und anschaulich über gastroenterologische Erkrankungen und deren Prävention berichten bzw. zum grundsätzlichen Verständnis der Verdauungsprozesse, des Stoffwechsels und der Ernährung beitragen. Eingereicht werden können Arbeiten der Kategorien Hörfunk, Fernsehen, Video, Internet, die 2009 veröffentlicht wurden. Dotierung: Insgesamt € 5.000. Bewerbungsschluss: 31. März. Kontakt: Gastro-Liga, Fon: 06 41 / 974 81 – 0, E-Mail: geschaeftsstelle@gastro-liga.de, Internet: www.gastro-liga.de.

## Film

#### Deutscher Kamerapreis

KÖLN. Auszeichnungen in den Kategorien Kinospießfilm, Fernsehfilm / Dokudrama, Kurzfilm, Bericht/Reportage, Dokumentation sowie Fernsehserie werden an deutsche oder in Deutschland wohnende Kameraleute und Cutter vergeben. Ebenfalls zugelassen sind Arbeiten

ausländischer Kameraleute für deutsche Fernsehanstalten/private Fernsehveranstalter oder für Vereinsmitglieder zum Zweck der Ausstrahlung in Deutschland oder der Schweiz. Die Produktionen müssen 2009 fertig gestellt worden sein. Dotierung: Trophäe und Urkunde, zusätzlich zwei Förderpreise für Nachwuchstalente in Höhe von 5.000 €. Einreichschluss: 28. Februar. Kontakt: Deutscher Kamerapreis Köln e.V., Organisationsbüro, Fon: 02 21 / 53 97 28 – 17, E-Mail: info@deutscher-kamerapreis.de, Internet: www.kamerapreis.de.

#### Kurzsuechtig

LEIPZIG. Vom 28. bis 30. April 2010 präsentiert das Leipziger Kurzfilmfestival „Kurzsuechtig2010“ innovative Kurzfilme aus der Region. Filmemacher aus Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen sind eingeladen, Animations-, Dokumentar- und Kurzspielfilme ab Produktionsjahr 2008 zur Teilnahme am Festivalwettbewerb anzumelden. Zulässig sind Filme bis maximal 30 Minuten. An drei Abenden vergeben Experten der mitteldeutschen Medienszene einen Jurypreis, das Publikum bestimmt die Publikumsgewinner. Der Filmverband Sachsen verleiht einen mit 500 € dotierten Nachwuchsförderpreis. Einreichschluss: 1. März. Kontakt: Kurzsuechtig c/o in one media, Fon: 03 41 / 46 26 27 – 16 / -10, E-Mail: info@kurzsuechtig.de, Internet: www.kurzuechtig.de.

#### Humor im Film

MÜNCHEN. Nichts ist schwerer als Komödie, sagen erfahrene Autoren. Die Akademie für Film- und Fernsehdramaturgie „TOP: Talente“ veranstaltet vom 18. bis 20. März im Konferenzsaal des Campo Santo Teutonico in Rom (beim Vatikan) das Symposium „Humor im Film“. Ausgewiesene Fachleute stehen für die Teilnehmer – kreative Filmschaffende – für Gespräche zur Verfügung. Kontakt und Anmeldung: TOP: Talente e.V., Akademie für Film- und Fernsehdramaturgie, Lämmerstr. 3, 80335 München, E-Mail: mail@toptalente.org, Internet: www.toptalente.org.

## Rundfunk

#### ARD/ZDF-Förderpreis

**Frauen und Medientechnologie**  
NÜRNBERG. Der Preis richtet sich an Absolventinnen technischer Studiengänge an (Fach-)Hochschulen und Universitäten in Deutschland, Österreich und der Schweiz, deren Abschlussarbeiten sich mit technischen Fragen der audiovisuellen Medienproduktion oder -distribution im Rundfunk befassen. Dotierung:



Insgesamt 10.000 €. Bewerbungsschluss: 28. Februar. Kontakt: Monika Gerber, Projektbüro ARD/ZDF Förderpreis „Frauen + Medientechnologie“, Wallensteinstr. 121, 90431 Nürnberg, E-Mail: info@ard-zdf-foerderpreis.de, Internet: www.ard-zdf-foerderpreis.de.

**Aufsatzwettbewerb Funkgeschichte NÜRNBERG.** Die „Gesellschaft zur Förderung der Geschichte des Funkwesens“ (GFGF) will das Wissen zur Geschichte von Radio und Fernsehen bewahren. Sie vergibt für Aufsätze zur Funkgeschichte von Kindern und Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren Sachpreise im Gesamtwert von 1000 €, um funkhistorisches Wissen zu sammeln und zu einem bewussteren Umgang mit dem Rundfunk anzuregen. Einsendeschluss: 15. April. Kontakt: Gunter Crämer, Fon: 09 11/96 19 – 302, E-Mail: gunter.craemer.nbg@web.de, Internet: www.gfgf.org.

## Stipendium

### Recherche-Stipendium

#### Thema Behinderung

BERLIN. Das Deutsche Institut für Menschenrechte schreibt ein Recherche-Stipendium zum Thema „Menschen – Recht – Behinderung: Die neue UN-Behindertenrechtskonvention“ aus. Das Motto heißt: „Ich bin nicht behindert, ich werde behindert“. Das Stipendium soll Journalisten anregen, das Thema Behinderung aus menschenrechtlicher Perspektive zu bearbeiten. Prämiert werden gute Recherche-Konzepte für die Sparten Print, Online und Hörfunk mit Stipendien in Höhe von je 1.500 €. Bewerber müssen in Deutschland leben und in deutschsprachigen Medien publizieren. Bewerbungsschluss: 9. April. Kontakt: Ulla Niehaus, Deutsches Institut für Menschenrechte, Tel.: 030/25 93 59 13, E-Mail: niehaus@institut-fuer-menschenrechte.de, Internet: www.institut-fuer-menschenrechte.de.

## Varia

### Israel-Studienreisen

BONN. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) bietet zwei Studienreisen mit jeweils begrenzter Teilnehmerzahl für Journalisten an. Die Reise vom 14. bis 26. Mai 2010 widmet sich „Schlüsselfragen israelischer Außen- und Sicherheitspolitik“ und kostet 990 € (www.bpb.de/veranstaltungen/7VYRB1). Vom 29. Oktober bis 8. November findet eine Reise zum Thema „Medien und demokratische Gesellschaft in Israel“ (www.bpb.de/veranstaltungen/2JEWX3) statt. Diese kostet 650 € und richtet

sich an Nachwuchsjournalisten. Interessenten können sich ab sofort bewerben. Kontakt: Bundeszentrale für politische Bildung, Daniel Kraft, Fon: 0228/995 15 – 510, E-Mail: kraft@bpb.de, Internet: www.bpb.de.

### Medienworkshop Südafrika

FRANKFURT. Die kostenlose Medienfortbildung „WM 2010 – Südafrikas Wintermärchen“ der InWEnt gGmbH in Kooperation mit ELAN e.V. und der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz am 11. und 12. März startet mit einer Podiumsdiskussion zur Frage „Wer profitiert von der WM in Südafrika? – Spiele für die Massen oder Profit für die oberen Klassen?“.

Weiter geht es unter anderem um die Bedeutung des Fußballs für Afrika, um die Infrastruktur, um „schwarze“ und „weiße“ Sportarten, um Sport als Weg zum sozialen Aufstieg. Außerdem: Welche Rolle spielt der Journalismus in und über Südafrika?

Veranstaltungsort: Presseclub Frankfurt, Saalgasse 30, Informationen: InWEnt, Katja Roehder, Fon: 06 11/999 41 – 51, E-Mail: katja.roehder@inwent.org, Internet: www.inwent.org.

### LiMA-Medienworkshops

BERLIN. Am 27. und 28. März vermittelt das Seminar „Adobe InDesign CS4“ Anfängern und erfahrenen Nutzern Grundlagen für die Gestaltung von Print-Dokumenten. Vermittelt werden alle Schritte vom Einrichten einer Datei bis zum Erstellen druckreifer PDF Dateien. Im Workshop „Strategische PR- und Öffentlichkeitsarbeit für Vereine und Verbände“ am 10. April lernen die Teilnehmer PR-Ziele und -Zielgruppen zu definieren und realistische Konzepte zur Umsetzung einer Strategie für PR- und Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Notebooks sollten mitgebracht werden oder können nach Anmeldung ausgeliehen werden. Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin. Seminarzeiten: Jeweils 10.00 bis 18.00 Uhr. Teilnahmegebühr: 30 €, ermäßigt 15 € (inkl. Mittagstisch). Referenten: Daniel Leisegang, Christoph Nitz. Kontakt: Geschäftsstelle Linke Medienakademie e.V., Fon: 030/42 02 31 16, E-Mail: info@lima-akademie.de, Internet: www.lima-akademie.de.

### Rechtsextremismus im Comic

BAD BOLL. Die NPD und andere Rechtsextreme nutzen bei ihrem „Kampf um

die Köpfe“ Comics, andererseits sollen die populären Bilder Geschichten der rechtsextremen Meinungsbildung entgegenwirken. Auf der Tagung „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics“ vom 29. bis 31. März behandeln 20 Experten in Vorträgen und Workshops Geschichte, Theorie, Forschung und Praxis. Inhalte, Funktionen, Mechanismen und Wirkungen der „Comics von Rechts“, der „Comics gegen Rechts“ sowie von Geschichtcomics mit NS-Thematik werden vorgestellt und diskutiert. Parallel ist die Wanderausstellung „Holocaust im Comic“ zu sehen. Ort: Evangelische Akademie Bad Boll (Baden-Württemberg). Beitrag inkl. Unterkunft und Verpflegung: 55 €, ermäßigt 45 €. Infos: Archiv der Jugendkulturen e.V., Fon: 030/694 29 34, E-Mail: archiv@jugendkulturen.de, www.jugendkulturen.de.

### Eine Frage der Haltung

HAMBURG. „Brauchen Journalisten eine Haltung?“ lautet die „Preisfrage“ der Akademie für Publizistik. Sie soll anregen, über die aktuelle Situation des Journalismus nachzudenken, da sich in Zeiten der Zeitungskrise die grundsätzliche und provokative Frage nach der Haltung mit Brisanz und Dringlichkeit stelle. Sind Werte wie Überzeugung und Unabhängigkeit für Journalisten, die unter wirtschaftlichem Druck arbeiten, heute purer Luxus? Unveröffentlichte Beiträge mit 6.000 Zeichen können bis 31. März eingereicht werden. Dotierung: 3.500 €. Die beste Arbeit wird auf sueddeutsche.de veröffentlicht. Kontakt: Kirstin Marquardt, Akademie für Publizistik, Fon: 040/41 47 96 – 22, E-Mail: K.Marquardt@Akademie-fuer-Publizistik.de, www.akademie-fuer-publizistik.de.

### Wettbewerb „Gelbe Hand“

DÜSSELDORF. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ richtet sich an Auszubildende, Ausbilder und Berufsschullehrer. Er unterstützt Jugendliche und Erwachsene im Engagement gegen Rassismus und für Gleichberechtigung von Migranten. Gesucht werden Beiträge jeglicher Darstellungsform, die sich gegen Ausgrenzung und Rassismus in der Arbeitswelt richten. Möglich sind etwa Projektdokumentationen, Aufsätze, Reportagen, Interviews, Filme, Fotoarbeiten, Plakate oder Collagen. Dotierung: Insgesamt 1.800 €. Einsendeschluss: 31. März. Kontakt: „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V., Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, Fon: 02 11/43 01 – 193, E-Mail: info@gelbehand.de, Internet: www.gelbehand.de.

## Impressum

«M – Menschen Machen Medien»  
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,  
erscheint neun Mal im Jahr

**Herausgeber:** Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

**Redaktion:** Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26

**Anschrift:** ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76

**E-Mail:** karin.wenk@verdi.de

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

### Anzeigen:

Network Media GmbH  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)  
Tel: 030/255 94 – 150  
Fax: 030/255 94 – 190  
E-Mail: blum@nwmd.de

### Gültige Anzeigenpreisliste:

Nr. 15 gültig ab 1.1.2010

### M im Internet

http://mmm.verdi.de

**Layout:** Petra Dreßler, Berlin  
Tel. 030/322 18 57

**Titelbild:** Hermann J. Haubrich,  
Berlin, Tel. 0171/343 88 10

### Druck und Vertrieb:

alpha print medien AG (apm)  
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

### Jahresabonnement:

36,- € einschließlich Versandkosten.

### Abonnementsverwaltung:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711/700 15 30. Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

### Weitere Publikationen:

„Kunst & Kultur“  
verantwortlich: Burkhard Baltzer  
„Druck + Papier“ verantwortlich:  
Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

### Redaktionsschluss:

M 01 – 02.2010: 22.01.2010

M 03.2010: 1.03.2010

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

ARD-Programmbeirat: **Petra Zellhuber-Vogel** (für katholische und evangelische Frauenverbände in Baden-Württemberg im SWR-Rundfunkrat), bisher stellv. Vorsitzende des Gremiums, wurde zur Vorsitzenden gewählt und löste **Tino Kunert** (RBB) ab; neuer stellv. Vorsitzender ist Dr. **Paul Siebertz** (für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft im BR-Rundfunkrat).

Der Kameramann **Michael Ballhaus** wird Leiter des neuen Studiengangs Kamera an der HFF München.

**Michael Bröcker**, bisher Korrespondent in der Berliner Parlamentsredaktion der Rheinischen Post, folgte als deren Leiter auf **Martin Kessler**, der Politikchef und leitender Redakteur in der Düsseldorfer Zentralredaktion des Blatts wurde. **Birgit Marschall** wechselte von der Financial Times Deutschland in die Parlamentsredaktion der Rheinischen Post.

**Ute Brucker**, Redaktionsleiterin des „Weltspiegels“ im SWR, folgte im Moderatorenteam des ARD-Auslandsmagazins auf **Jörg Armbruster**, Leiter der Abteilung Ausland und Europa beim SWR-Fernsehen.

**Andreas Cichowicz**, Fernseh-Chefredakteur und damit Leiter des Programmbereichs Zeitgeschehen beim NDR, wird zusätzlich stellv. Fernsehleiter des Senders.

**Claus Fesal**, Marketingchef von Datev, wurde Vorsitzender des Arbeitskreises Social Media im Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom); Stellvertreter sind **Benedikt Köhler** (ethority), **Jens Mühlner** (T-Systems International) und **Thilo Többens** (Deloitte).

**Andreas Fritzenkötter**, bisher Leiter Unternehmenskommunikation und Verlagssprecher der Bauer Media Group, verlässt das Unternehmen „wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe“. Die Leitung des Bereichs PR wird vorerst nicht neu besetzt; die operativen Aufgaben übernimmt **Berit Sbirinda**, stellv. Leiterin Unternehmenskommunikation.

Dr. **Gerhard Gensch**, Departmentleiter an der Donau-Universität Krems, wurde

Pressesprecher der Universität für Weiterbildung und Leiter des Zentralbereichs Hochschulkommunikation im Büro des Rektors.

Der Journalist **Klaus Grimberg** (Berlin) ist neuerdings bei Times Media Berlin (The Atlantic Times, The German Times u.a.) zuständig für die Kulturthemen.

Dr. **Bernd-Ulrich Haagen**, bisher stellv. Leiter der ZDF-Redaktion Recht und Justiz sowie Moderator des Gerichtsmagazins „Recht brisant“ (3sat), folgte als Leiter der Redaktion Recht und Justiz auf Dr. **Bernhard Töpfer**, der in den Ruhestand trat.

**Dorothea Hahn**, bislang Frankreich-Korrespondentin der taz, berichtet ab Januar 2010 als USA-Korrespondentin der Zeitung aus Washington.

Der Blogger **Lukas Heinser** übernimmt die Leitung des „Bildblogs“ von dem Medienjournalisten und Blogger **Stefan Niggemeier**, der aber als Autor und Herausgeber weiterhin für das Projekt tätig sein wird.

**Philipp Jessen**, seit Herbst 2009 stellv. Chefredakteur bei Bravo (Bauer Media Group), zuvor bei der Bild-Zeitung tätig, löste als Chefredakteur des Jugendmagazins **Tom Junkersdorf** ab, der als Chefredakteur für besondere Aufgaben in einer Stabstelle der Geschäftsleitung positioniert wird.

journalists.network e.V., ein Netzwerk junger Journalistinnen und Journalisten, hat sich auf die Organisation von Pressegesprächen und Recherchereisen spezialisiert. **Tamara Anthony**, Redakteurin beim Politmagazin „Panorama“ (ARD), folgte als Vereinsvorsitzende auf **Stefanie Bolzen**, Europa-Korrespondentin für Die Welt in Brüssel, die im Vorstand bleibt. Stellv. Vorsitzende sind **Björn Finke**, Redakteur in der SZ-Wirtschaftsredaktion, und **Ruth Reichstein**, freie Rundfunkjournalistin in Brüssel. **Klaus Heymach**, freier Journalist in Berlin, fungiert als Geschäftsführer.

**Miriam Krekel** folgte als Redaktionsleiterin der Bild-Ausgabe für Berlin/Brandenburg auf **Karsten Witzmann**, der stellv. Chefredakteur der Schweizer Boulevardzeitung Blick wurde.

**Henning Krumrey**, stellv. Chefredakteur der Wirtschaftswoche, löste als Vorsitzender der Kölner Journalistenschule **Ralf-Dieter Brunowsky** (BrunoMedia) ab, der nicht wieder kandidierte. Stellv.

Vorsitzende sind **Martin Kessler** (Rheinische Post) und **Jochen Wegner** (Focus Online).

**Harald Kuppek**, Magazin-Entwickler und u.a. Chefredakteur von Computer Bild, Computer Bild Spiele und Audio Video Foto Bild, zuletzt Gründungs-herausgeber dieser Titel, folgte als Chefredakteur und Redaktionsdirektor der PC-Welt und ihrer medialen Plattformen (IDG Magazine Media GmbH) auf den bisherigen Print- und Online-Chefredakteur **Andreas Perband**, der sich künftig auf die Website pcwelt.de und den weiteren digitalen Ausbau der Medienmarke konzentrieren wird.

Landespressekonferenz Mecklenburg-Vorpommern: **Jürgen Hingst** (Aktuell-Chef von NDR 1 Radio MV) bleibt Vorsitzender; Stellvertreter sind **Stefan Koslik** (Schweriner Volkszeitung), **Axel Seitz** (NDR), **Jürgen Seidel** (freier Journalist) und **Frank Pfaff** (dpa).

**Nina Maurischat**, zuletzt Chefredakteurin der Frauenzeitschrift Bella (Bauer Media Group), löst als Chefredakteurin der Zeitschrift Petra (Jalag) **Ulrike Fischer** ab.

MDR-Rundfunkrat: Zum Vorsitzenden wurde **Johannes Jenichen** (Evangelisch-Lutherische Kirche Sachsens) gewählt; Stellvertreter sind **Horst Saage** (Bauernverband Sachsen-Anhalt) und der bisherige Vorsitzende **Karl-Heinz Ducke** (Pfarrer in Jena).

**Christian Merl** wurde stellv. Leiter der Unternehmenskommunikation und Pressesprecher von Gruner + Jahr; er ist zuständig für die Pressearbeit der Unternehmensbereiche Deutschland und International. Pressesprecher für Sonderprojekte ist bis Ende März 2010 **Kurt Otto**.

**Michael Naumann**, Ex-Staatsminister für Kultur und Medien, von 2001 bis 2004 Chefredakteur und zuletzt Herausgeber des Wochenblatts Die Zeit, löste als Chefredakteur der Zeitschrift Cicero (Ringier Publishing GmbH) **Wolfram Weimer** ab (siehe dort).

NDR-Rundfunkrat: **Dagmar Gräfin Kerssenbrock** (Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein) folgte als Vorsitzende auf Dr. **Karl-Heinz Kutz** (Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern); stellv. Vorsitzende sind Kutz, Dr. **Volker Müller** (Unternehmerverbände Niedersachsen) und **Ulrike Fürniß** (DGB Landesbezirk Nord).

**Stephan Paetow**, bisher stellv. Chefredakteur des Focus, verließ das Magazin zum Jahresende.

**Jan Paulus**, Generalsekretär und Mitglied der Geschäftsleitung bei Super RTL, wird zusätzlich Direktor Neue Medien. Er folgt auf **Alexander Fromm**, der das Unternehmen verlässt.

**Christian Personn**, der zuletzt am Relaunch von text intern mitwirkte, wurde Chefredakteur des Mediendienstes.

**Jan-Eric Peters**, Gründungsdirektor der Axel Springer Akademie, zuvor von 2002 bis Ende 2006 Chefredakteur der Welt-Gruppe/Berliner Morgenpost, übernahm erneut die redaktionelle Leitung aller Welt-Titel und löste **Thomas Schmid** ab, der zum Herausgeber berufen wurde. **Marc Thomas Spahl**, bisher stellv. Direktor der Axel Springer Akademie, rückte zum Direktor auf.

Personalia bei Phoenix: Die politische Diskussionsendung „Phoenix-Runde“ hat neue Moderatoren: **Anne Gesthuysen**, weiterhin Moderatorin beim „ARD-Morgenmagazin“, löste **Anke Plättner** ab, die zum WDR zurückkehrte und Hauptstadt-Fernsehkorrespondentin wurde; **Alexander Kähler**, zuletzt u.a. Leiter der Phoenix-Ereignisredaktion II, folgte auf **Gaby Dietzen**, die in den Ruhestand ging. **Michael Kolz**, bislang stellv. Leiter der Redaktion Gesprächssendungen und Chef vom Dienst in der Programmgeschäftsführung von Phoenix, wurde Leiter der Ereignisredaktion II und neben Kähler stellv. Programmgeschäftsführer. **Michael Krons** moderiert anstelle von Kähler die Gesprächssendung „Im Dialog“ im Wechsel mit **Alfred Schier**. Neue stellv. Leiterin der Redaktion Gesprächssendungen wurde **Ursula Wissemann**.

Personalia beim TV-Konzern ProSiebenSat.1: **Andreas Bartl**, als Vorstand in der ProSiebenSat.1 Group für die German Free TV Holding zuständig, übernahm vorerst die Aufgaben des bisherigen Sat.1-Geschäftsführers **Guido Bolten**, der künftig als Berater wirken soll. **Katja Hofem-Best** wird für den Bereich Dokutainment & Reality bei der gesamten ProSiebenSat.1-Gruppe zuständig sein; den bereits zusammengelegten Bereich Fiction leitet **Joachim Kosack**. Die zu der Gruppe gehörenden Fernsehsender ProSieben, Sat.1 und Kabel eins müssen künftig ohne eigene Chefredakteure auskommen. **Carina Teutenberg**, bisher Chefredakteurin von ProSieben, leitet jetzt den Bereich

Magazine senderübergreifend. **Florian Falkenstein**, bislang Chefredakteur von Kabel eins, übernahm bei German Free TV die Leitung des neuen Bereichs Reportage & Factual Events. **Tanja Deuring**, bisher Sat.1-Chefredakteurin, wird zum 1. April Head of Free TV Organizational Development bei der ProSieben-Sat.1 Group.

**Ulrich Reitz**, bei der WAZ Chefredakteur und Content Desk-Chef, wurde nach dem Wechsel von **Katharina Borchert** zu Spiegel Online zusätzlich Chefredakteur der WAZ-Website derwesten.de.

**Thomas Satinsky**, bisher Chefredakteur des Südkuriers (Konstanz), wurde geschäftsführender Verleger der Pforzheimer Zeitung, deren Chefredakteur er früher war. Die Redaktionsleitung übernehmen **Holger Knöferl** und **Magnus Schlecht**.

**Jan Schmidt**, bislang Chef vom Dienst beim Berliner Kurier (Mediengruppe M. DuMont Schauberg), wurde neben **Jürgen Mladek** stellv. Chefredakteur des Blatts.

**Peter Schmidt-Feneberg**, seit September 2009 nach dem Ausscheiden von **Nicole Zepfer** kommissarischer Chefredakteur des bundesweiten Stadtmagazins Prinz (Jahreszeiten Verlag, Hamburg), übernahm diese Position offiziell.

**Bertold Schmitt-Feuerbach**, Leiter des Ressorts Brancheninformation von Springer Medizin (Neu-Isenburg), folgte zusätzlich als Chefredakteur der Arzneimittel Zeitung auf **Dieter Eschenbach**, der in den Ruhestand ging.

**Marius Schneider**, bisher geschäftsführender Redakteur beim Hamburger Abendblatt, und **Sebastian Zabel**, bislang leitender Redakteur der Berliner Morgenpost, wurden in die Chefredaktion der Berliner Morgenpost (Axel Springer AG) berufen. Der bisherige stellv. Chefredakteur **Ulrich Exner** wurde Korrespondent für Norddeutschland bei der Welt-Gruppe.

**Norbert Schneider**, Direktor der Landesanstalt für Medien NRW (LfM), wird sein Amt zum 31. August 2010, knapp ein Jahr vor Ablauf seines Vertrages, niederlegen.

**Elke Schneiderbanger**, bislang Geschäftsführerin und Programmdirektorin von Radio NRW, verlässt den Privatsender und wird Chefin von ARD Sales & Services. Ihre Aufgaben bei Radio NRW

übernimmt vorerst **Udo Becker**, Geschäftsführer des Zeitungsverlegerverbands in NRW.

**Michael Schroeren**, von 1998–2009 Pressesprecher des Bundesumweltministeriums, wurde Pressesprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen. Er folgt auf **Christoph Schmitz**, der im Herbst 2009 als Pressesprecher zu ver.di wechselte.

**Dieter Detlef Schulz**, derzeit Chefredakteur der Lausitzer Rundschau, folgt zum 1. April als Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag SHZ) auf **Thomas Schunk**, der Sprecher des Kieler Ministeriums für Bildung und Kultur wurde.

**Magnus Schweers**, bisher beim WDR stellv. Unternehmenssprecher und Vize-Leiter der Pressestelle, folgte als Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Senders auf **Ulrike Ries-Augustin**, die in den Ruhestand trat.

**Katja Stehmann**, bisher in der Redaktion des landespolitischen Magazins „Westblick“ (WDR 5) tätig, wird stellv. Leiterin des WDR-Studios Düsseldorf und ist insbesondere für die Hörfunk-Berichterstattung aus der Landeshauptstadt zuständig.

**Georg Streiter**, bislang Politikchef bei Bild, wechselte als Angestellter des Europäischen Parlaments nach Brüssel in den Dienst der FDP-Europapolitikerin **Silvana Koch-Mehrin**.

**Thomas Tanneberger**, bisher Chefredakteur der russischen Ausgabe der Neuen Landwirtschaft sowie Geschäftsführer der Moskauer Tochter des Landwirtschaftsverlags, folgte als Chefredakteur der Bauernzeitung (Deutscher Bauernverlag) auf **Ralph Judisch**, der Chefredakteur des Bauernblatts für Schleswig-Holstein und Hamburg (Rendsburg) wird.

**Cornelius Tittel**, Chefredakteur der Kunst- und Kulturzeitschrift Monopol (Ringier), wird Feuilletonchef der Welt-Gruppe. Er löst **Eckhard Fuhr** ab, bisher Kultur-Chef der Welt.

**Moritz von Uslar**, von 1992 bis 2004 Redakteur beim Magazin der SZ, zuletzt Mitglied der Chefredaktion des Kulturmagazins Liebling, kehrt Anfang April zum SZ Magazin zurück.

Verlagsgruppe Stern, Geo, Art des Verlags Gruner + Jahr: Die Magazine Stern

und Geo Saison werden redaktionell derart miteinander verzahnt, dass die Redaktion von Geo Saison den Reisetitel des Stern mitproduziert. Die Stern-Chefredakteure **Thomas Osterkorn** und **Andreas Petzold** lösen als Herausgeber von Geo Saison **Peter-Matthias Gaede** ab, der Chefredakteur von Geo und Geo Special sowie Herausgeber aller anderen Magazine, die unter der Dachmarke Geo erscheinen, bleibt. **Kornelia Dietrich**, geschäftsführende Redakteurin von Geo Saison, folgt zusätzlich als Leiterin des Ressorts Reise beim Stern auf **Peter Pursche**, der wieder als Autor für den Stern tätig sein wird.

**Catherine Vogel**, beim WDR Fernsehen zuletzt Moderatorin in der Regionalsendung „Lokalzeit Ruhr“ aus dem WDR-Studio Essen, folgte als Moderatorin für die „Aktuelle Stunde“ auf **Anna Plancken**, die in das Moderatorenteam des „ARD-Morgenmagazins“ wechselte.

**Tilo Vogelsang**, bisher Chef vom Dienst bei Radio SAW, rückte zum Chefredakteur auf; neuer Chef vom Dienst wurde der langjährig für den Sender tätige **Frank Wiedemann**.

Personalien bei der WAZ-Mediengruppe: **Paul-Josef Raue**, zuletzt Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung, folgte Anfang Dezember 2009 als Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen (Erfurt) auf **Sergej Lochthofen**, der überraschend abgesetzt worden war. Nachfolger Raues bei der Braunschweiger Zeitung wird **Armin Maus**, bisher Chefredakteur beim Fränkischen Tag (Bamberg). **Stefan Kläsenner**, stellv. und derzeit kommissarischer Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung, soll als Chefredakteur der Westfalenpost (Hagen) **Bodo Zapp** ablösen, wenn dieser im Januar 2011 in den Ruhestand tritt.

WDR-Rundfunkrat: **Ruth Hieronymi**, ehemalige Europa-Abgeordnete (CDU), löste als Vorsitzende den SPD-Politiker **Reinhard Graetz** ab, der altersbedingt nicht wieder kandidierte. Stellv. Vorsitzende sind **Friedhelm Wixforth** (Evangelische Kirchen in NRW) und die Europa-Abgeordnete (SPD) **Petra Kammervert** (Landtag NRW). Neue Vorsitzende des Programmausschusses ist die Journalistin **Susanne Rüsberg-Uhrig** (DJV Landesverband NRW).

**Karin Weber-Duve**, bisher Redaktionsleiterin bei Brigitte Woman, wurde stellv. Chefredakteurin des Monatsmagazins.

**Wolfram Weimer**, bisher Chefredakteur der Zeitschrift Cicero (Ringier Publishing GmbH), wird zusammen mit **Uli Baur** Ende September 2010 die Chefredaktion des Magazins Focus (Hubert Burda Media) von **Helmut Markwort** übernehmen. Markwort wird ab 1. Oktober als Herausgeber des Magazins fungieren und gibt zu Jahresbeginn 2011 auch seine Verantwortungsbereiche als Vorstand von Hubert Burda Media ab. Weimer nimmt zum 1. März die Arbeit als Entwicklungschef in der Chefredaktion von Focus auf.

Personalien beim ZDF: Dr. **Peter Frey**, bislang Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, folgt zum 1. April als Chefredakteur des ZDF auf **Nikolaus Brender**, dessen Vertrag vom CDU-dominierten Verwaltungsrat des Senders nicht verlängert wurde. Freys Position in Berlin übernimmt **Bettina Schausten**, bisher Leiterin der ZDF-Hauptabteilung Innen-, Gesellschafts- und Bildungspolitik sowie u.a. Präsentatorin der Sendung „Politbarometer“. **Peter Hahne**, bisher u.a. Abwesenheitsvertreter des Hauptstadtstudio-Leiters, wechselt zum 1. April 2010 in die Programmdirektion des ZDF und wird ab Juni eine neue Talksendung leiten und moderieren. **Thomas Walde**, derzeit Korrespondent im Londoner ZDF-Studio, wird Abwesenheitsvertreter der Leiterin des Hauptstadtstudios. **Hans-Peter Trojek**, zuletzt Reporter und Redakteur beim „heute-journal“, folgt als Leiter des ZDF-Landesstudios Niedersachsen in Hannover auf den verstorbenen **Rainer Hirsch**.

## preise

Der Axel Eggebrecht Preis wird von der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig für Autorinnen und Autoren geschrieben, die im Radiogenre Feature „ein Oeuvre von inhaltlichem Gewicht und akustischer Kreativität“ vorzuweisen haben. 2010 geht der mit 10.000 € dotierte Preis an das Autoren-Duo **Richard Goll** und **Alfred Treiber** (Wien) für ihr Lebenswerk. Sie entwickelten vor mehr als 30 Jahren neue Formen des Features, schufen ein umfangreiches Werk, gründeten im ORF die Feature-Redaktion und leisteten seither intensive Programmarbeit. Goll ist langjähriger Leiter der Feature-Redaktion im ORF, Treiber Kultur- und Sender-Chef von Ö 1.

Die Medien-Unternehmerin **Mitchell Baker**, Vorsitzende der Mozilla Founda-



tion, wurde vom Verlagshaus Hubert Burda Media mit dem Aenne Burda Award ausgezeichnet, weil sie sich „für Transparenz und Selbstbestimmung in der digitalen Welt“ engagiere. Die gemeinnützige Stiftung Mozilla entwickelt Open-Source-Software (Browser Firefox).

Das Programm „Balkan Fellowship for Journalistic Excellence“ für Journalisten aus Südosteuropa wird u.a. von der Robert Bosch Stiftung in Partnerschaft mit DIE ERSTE österreichische Spar-Cassa Privatstiftung gefördert. Bei einem im Rahmen des Programms veranstalteten Journalisten-Wettbewerb zum Thema „Identität“ wurden **Maja Hrgovic** (4.000 €), **Momir Turudic** (3.000 €) und **Yana Buhrer Tavanier** (1.000 €) ausgezeichnet.

61. „Bambi“, der Medienpreis von Burda – eine Auswahl der Preisträger. Lebenswerk: **Maximilian Schell**; Ehren-Bambi: „Deutsche in Hollywood“ – **Caroline Link, Florian Graf Henckel von Donnersmarck, Roland Emmerich, Oliver Hirschbiegel, Michael Ballhaus**; Schauspieler international: **Christoph Waltz**; Schauspieler national: **Jessica Schwarz**; Schauspieler national: **Edgar Selge**; Film national: „Wikie und die starken Männer“ (**Michael „Bully“ Herbig, Mercedes Diaz, Jonas Hämmerle**); Publikums-Bambi: der TV-Dreiteiler „Krupp – Eine deutsche Familie“ (ZDF) von **Carlo Rola**.

Mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber wurden u.a. geehrt: **Uli Bachmeier**, Leiter des Münchner Büros der Augsburger Allgemeinen, Regisseur **Franz Xaver Bogner**, Spiegel-Redakteurin **Conny Neumann** sowie **Christiane Schlötzer**, stellv. Leiterin des SZ-Ressorts Außenpolitik, für ihr Engagement in dem Verein „Journalisten helfen Journalisten“.

Die Online-Ausschreibung „Bodybits – Analoge Körper in digitalen Zeiten“ wurde initiiert von der ZDF-Nachwuchsredaktion „Das kleine Fernsehspiel“ in Zusammenarbeit mit der ZDF-Hauptredaktion Neue Medien und dem Berliner Haus der Kulturen der Welt. Die Gewinner: **Patrick Doberenz** und **Philipp Enders** mit „Alice 5.0“; **Romy Steyer** mit „Egal was ich tue, sie lieben es“; **Anil Jacob Kunnel** mit „Pixelschatten“; **Steffen Alberding** und **Kaspar von Treeck** mit „Digitale Götter“; **Silvia Casalino** mit „Embodied Creatures“; Sonderpreis: **Daniel Moshel** für „Login 2 Life“. Projektpaten beraten die Regisseurinnen und Regisseure bei der Umsetzung, die vom ZDF finanziert wird.

**Stefan Buchen** erhielt für seine Reportage „Zensierte Medien – Iraner schauen illegal Satelliten-TV“ („Zapp“, NDR Fernsehen) den mit 5.000 € dotierten „Medienpreis Menschenrechte im Iran“ der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Den B.Z.-Kulturpreis 2010 erhielten u.a. der Schauspieler **Til Schweiger**, der Philosoph und Publizist **Peter Sloterdijk** sowie die Schauspielerin und Aids-Aktivistin **Judy Winter**; der Publikumspreis ging an die Schauspielerin **Nora Tschirner**.

Oscars für Filmtechnik erhielten u.a.: **Michael Cieslinski, Reimar Lenz** und **Bernd Brauner** für die Entwicklung des Arriscan-Filmscanners; der Software-Ingenieur **Hilmar Koch** für Neuerungen in der 3D-Computergrafik; die Mitarbeiter der DFT Digital Film Technology Holding GmbH (Weiterstadt) **Klaus Anderle, Christian Bäker, Frank Billasch, Volker Maßmann, Markus Hasenzahl** und **Andreas Löw** für ihre Mitwirkung an einem neuen Scanner-System.

Rückblende 2009 – deutscher Preis für politische Fotografie und Karikatur / „Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen“ des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) – 1. Preis (5.000 €): **Mathias Hühn** (taz); 2. Preis (2.000 €): **Dirk Meissner** (SZ); 3. Preis (1.000 €): **Reiner Schwalm** (Sächsische Zeitung). Der Preis für politische Fotografie wird von der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin gestiftet – 1. Preis (7.000 €): **Arno Burgi** (dpa); 2. Preis: **Marc-Steffen Unger** (freier Fotograf); 3. Preis: **Hermann Bredehorst** (Polaris Images).

Florian **Felix Weyh** erhält für sein Radiofeature „Beim Halma gibt's keinen Elf-meter“ (Regie: **Rita Höhne**; DLF) den mit 1.000 € dotierten ALEX-Medienpreis 2010 der Spiele-Autoren-Zunft (SAZ).

Der CNN Journalist Award ist der Nachwuchspreis für Auslandsjournalismus von CNN International. Die Preisträger 2010 aus Deutschland, Österreich und der Schweiz – TV-Reportage: **Rebecca Gudisch** mit „Kindersklaven“ („die story“, WDR); sie wurde „CNN Journalist of the Year“ und damit Gesamtgewinnerin; TV Aktuell: **Carsten Behrendt** für „Ein Mann jagt sein Geld“ (u.a. „heutejournal“, ZDF); Print: **Mathias Irl** für „Die Treppe der Willigen“ (brand eins); Radio: **Anna Kuhn-Osius** für „Oh Amerika“ (Eldorado – Campusradio der Universität Dortmund, Deutsche Welle);

Online: **Hasnain Kazim** für „Angriff auf Mumbai: Protokoll eines mörderischen Feldzugs“ (Spiegel Online). Die Preise sind mit je 1.000 € dotiert; die Gesamtsiegerin erhält ein Stipendium im CNN-Headquarter in Atlanta.

Der Deutsche Wirtschaftsfilmpreis wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie verliehen. Kategorie Filme über die Wirtschaft – 1. Preis: **Stephan Lamby** für die Dokumentation „Retter in Not – Wie Politiker die Krise bändigen wollen“ (NDR/ARD) und **Tim Gorbauch** für „Weltklasse – Frischer Wind (FuhrländerAG)“ (ZDFinfokanal); 3. Preis: **Reinhard Laska** und **Christian Rohde** für „Das Milliardenenspiel – Wer verzockte unser Geld“ (ZDF). Kategorie Filme aus der Wirtschaft – 1. Preis und Sonderpreis (5.000 €) für den besten Film des Wettbewerbs: **Jan Litzinger** für „250 Jahre MAN – Erfolg durch Wandel“; 2. Preis: **Jan Reiff** für „Mondi GmbH“; 3. Preis: **Silke Telgen** (Kemper Kommunikation GmbH) für „Geht doch“

(Fraunhofer Gesellschaft). Kategorie Nachwuchs – 1. Preis (5.000 €): **Anja Reiß** (Filmakademie Baden-Württemberg) für „Manager der Straße“; 2. Preis: **Moritz Koepf** und **Jan Schütze** für „Die glückliche Familie“ (Rubner Haus AG); 3. Preis: **Andreas Gräfenstein** und **Fabian Daub** für „Was übrig bleibt“.

Der Deutsche Reporterpreis wird ausgeschrieben von dem Journalistenverein Reporterforum, der von der Rudolf-Augstein-Stiftung gefördert wird. Reportage: **Sabine Rückert** für „Todfreunde“ (Die Zeit); Text des Jahres: **Beat Balzli, Klaus Brinkbäumer, Jochen Brenner, Ullrich Fichtner, Hauke Goos, Ralf Hoppe, Frank Hornig** und **Ansbert Kneip** für „Der Bankraub“ (Der Spiegel) und **Wolfgang Uchatius** für „Kapitalismus – wir könnten auch anders“ (Die Zeit); Lokalreportage: **Antje Windmann** für „Die Frau am Fenster“ (Hamburger Abendblatt); Web-Reportage: **Matthias Eberl** für „Außen Puff, innen die Hölle“ (sueddeutsche.de).



# Eine starke Stimme für alle

*ver.di-Kolleginnen  
und Kollegen  
in die Betriebsräte*

*Betriebsratswahl*

**dju.**

Deutsche  
Journalistinnen- und  
Journalisten-Union

**ver.di**

Fachgruppe Medien  
in ver.di